



Plenarprotokoll

47. Sitzung

Mittwoch, 25. Mai 2011

Bericht zu den EHEC-Infektionen in Schleswig-Holstein	3986	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3988
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1546		Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	3989
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	3986	Wolfgang Kubicki [FDP].....	3989
Ausgewogene Wahlkreiseinteilung vornehmen!	3986	Beschluss: Dringlichkeit verneint.....	3990
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1549		Aktuelle Stunde	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3986	Steuer- und haushaltspolitische Konsequenzen aus der jüngsten Steuerschätzung	3991
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	3987	Antrag der Fraktion der SPD	
Anke Spoorendonk [SSW].....	3988	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3991, 4002
		Tobias Koch [CDU].....	3992
		Katharina Loedige [FDP].....	3994
		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3995

Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	3996, 4005	Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	4024, 4035
Lars Harms [SSW].....	3998, 4004	Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4026
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3999	Werner Kalinka [CDU].....	4027
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	4001	Wolfgang Baasch [SPD].....	4028
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4003	Christopher Vogt [FDP].....	4030
Rainer Wiegard, Finanzminister....	4007	Antje Jansen [DIE LINKE].....	4031, 4033
		Silke Hinrichsen [SSW].....	4033
Finanzielle Situation des Landes Schleswig-Holstein	4008	Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/1488 und des Antrags Drucksache 17/1513 an den Sozialausschuss.....	4035
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1252			
Antwort der Landesregierung Drucksache 17/1352		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 - BVAnpG 2011/2012)	4035
Rainer Wiegard, Finanzminister....	4008	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1452	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4010	Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	4035
Tobias Koch [CDU].....	4012	Dauergrünland wirksam schützen..	4035
Birgit Herdejürgen [SPD].....	4016	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Drucksache 17/1495 (neu)	
Katharina Loedige [FDP].....	4017	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4036
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	4018	Heiner Rickers [CDU].....	4037
Lars Harms [SSW].....	4020	Sandra Redmann [SPD].....	4039, 4048
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4021, 4023	Günther Hildebrand [FDP].....	4040
Anke Spoorendonk [SSW].....	4023	Ranka Prante [DIE LINKE].....	4041
Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 17/1352, an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	4024	Lars Harms [SSW].....	4042
		Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	4043
Gemeinsame Beratung		Dr. Michael von Abercron [CDU].	4044
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz (AG-SGB II/ BKGG)	4024	Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	4045
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1488		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4046
b) Bildungs- und Teilhabepaket auch für Kinder aus Asylwerberfamilien	4024	Beschluss: Ablehnung.....	4049
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1513		Bericht zu den EHEC-Infektionen in Schleswig-Holstein	4049

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1546

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit.. 4049
Ursula Sassen [CDU]..... 4051
Bernd Heinemann [SPD]..... 4051
Christopher Vogt [FDP]..... 4052
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 4053
Antje Jansen [DIE LINKE]..... 4053
Lars Harms [SSW]..... 4054

Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt..... 4055

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR)..... 4055

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/1493

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr..... 4055
Daniel Günther [CDU]..... 4057
Dr. Kai Dolgner [SPD]..... 4057
Kirstin Funke [FDP]..... 4060
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 4061
Björn Thoroë [DIE LINKE]..... 4063
Anke Spoorendonk [SSW]..... 4063

Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss..... 4065

Gemeinsame Beratung

a) Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe..... 4065

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/908

Antwort der Landesregierung
Drucksache 17/1241

b) Im Bündnis für Ausbildung neue Schwerpunkte setzen..... 4065

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1516

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1548

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr..... 4065
Björn Thoroë [DIE LINKE]..... 4066
Anette Langner [SPD]..... 4068
Hartmut Hamerich [CDU]..... 4070
Christopher Vogt [FDP]..... 4071
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 4072
Lars Harms [SSW]..... 4074

Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 17/1516 und des Änderungsantrags Drucksache 17/1548 an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss
2. Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 17/1241, an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung..... 4075

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 17. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Beurlaubt für den heutigen Tag ist Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen von CDU und FDP haben mit Drucksache 17/1546 einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt.

Bericht zu den EHEC-Infektionen in Schleswig-Holstein

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/1546

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1546 abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, mir mitzuteilen, auf welche Redezeiten man sich verständigt hat und wann dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen werden soll.

Meine Damen und Herren, weiter liegt Ihnen mit Drucksache 17/1549 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD vor.

Ausgewogene Wahlkreiseinteilung vornehmen!

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 17/1549

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist der Fall. Ich erteile für die SPD-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier in diesem Haus nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts, das uns zu einer vorgezogenen Neuwahl aufgerufen hat, versucht, in einem Verfahren überparteilich und über Fraktionsgrenzen hinweg zu einem vernünftigen

(Dr. Ralf Stegner)

gen **Wahlgesetz** zu kommen. Wir haben unter Moderation des Herrn Landtagspräsidenten ein solches Verfahren gefunden. Das hat die Erwartung der Öffentlichkeit mit sich gebracht, dass auch bei der **Umsetzung** und erstmaligen Anwendung dieses neuen Wahlgesetzes, nämlich bei der **Wahlkreisenteilung**, eine Lösung vorgelegt wird, die seriös und sachgerecht und die über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg für alle akzeptabel ist.

Es gibt einen solchen Vorschlag, der - ich betone das - kein Vorschlag meiner oder einer anderen Fraktion ist, sondern der Vorschlag der **Landeswahlleiterin**. Es gibt auch einen Vorschlag aus dem zuständigen **Wahlkreisausschuss**, der am Freitag wieder tagen wird, der ein Vorschlag der Union ist und die Zustimmung von FDP, SSW und der Landeswahlleiterin gefunden hat.

Wir sind der Auffassung, dass ein Vorschlag, der erkennbar **regionale Strukturen** zerschneidet und, erkennbar parteipolitischen Präferenzen dient, dem eben genannten Ziel und insbesondere der langjährigen Praxis widerspricht. Ich weise darauf hin, dass die letzte **Wahlkreisneuschneidung** - übrigens zuzeiten anderer Mehrheiten, Herr Kollege - im fraktions- und parteiübergreifenden Einvernehmen erfolgt ist. Es ist langjährige und jahrzehntelange Praxis in Schleswig-Holstein, dass man so etwas nicht mit knapper Mehrheit durchstimmt. Da am Freitag dieser Ausschuss, an den wir diese Entscheidung in der Sache überwiesen haben, tagt, ergibt sich die Dringlichkeit, darüber heute oder morgen zu beraten.

Als letzte Begründung füge ich noch hinzu - das können Sie auch unserem Antrag entnehmen -, dass der Herr Landtagspräsident uns in den letzten Wochen mehrmals aufgefordert hat, durch öffentliche Stellungnahmen, durch Besuche in den Fraktionen und durch ein Papier, das er formuliert hat, im Geiste eines anderen Umgangs im Parlament miteinander gerade die Fragestellungen zu behandeln -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sagt der Richtige!)

- Herr Kollege Kubicki -, bei denen es um die Spielregeln für dieses Parlament geht, wo es nicht um irgendeine Sachfrage geht, über die man leidenschaftlich streiten kann, sondern wo es um die Spielregeln geht, Transparenz für eine **Landtagswahl** herzustellen, die übrigens Wahlkreise hat, die noch niemand gewonnen oder verloren hat, sondern die alle noch zur freien Auswahl der Bürgerinnen und Bürger stehen. Dafür muss man eine Transparenz herstellen, damit die Entscheidungen in der Sache nachvollziehbar sind.

renz herstellen, damit die Entscheidungen in der Sache nachvollziehbar sind.

Ich habe noch niemanden getroffen, der sich den aktuellen Vorschlag angeschaut und gesagt hat, dass er der Meinung sei, dass das Wort „sachgerecht“ ein Adjektiv sei, das man in diesem Zusammenhang ernsthaft verwenden könnte.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne beantragen wir, dass hierüber in dieser Landtagstagung diskutiert wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stegner, wenn Sie einen Antrag damit begründen, das Ziel sei eine fraktionsübergreifende Lösung, dann bleibt zunächst einmal festzuhalten, dass die SPD-Fraktion in allen Gesprächen, die im Vorwege der letzten Sitzung des Landeswahlkreisausschusses stattgefunden haben, keinerlei Kompromissbereitschaft an den Tag gelegt hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Wir haben in mehreren Runden mit den Mitgliedern des Landeswahlkreisausschusses zusammengesessen, es hat mehrere direkte Gespräche zwischen Ihnen und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU gegeben. Aber wenn ich eine Position vertrete, die heißt: „Ich möchte eine fraktionsübergreifende Lösung, aber die muss genau so aussehen, wie ich sie haben will“, dann ist das kein ernsthaftes Angebot.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der **Wahlkreisausschuss** ist ein Gremium unter der Leitung der **Landeswahlleiterin**. Die Vorsitzende dieses Gremiums hat nicht die Möglichkeit, hier im Plenum zu sprechen. Wir wehren uns dagegen, dass man in einer solchen Debatte den Eindruck erweckt, als seien die Landeswahlleiterin oder die übrigen Mitglieder des Wahlkreisausschusses an ein **Weisungsrecht** des Landtags gebunden. Genau das ist nicht der Fall, und genau deshalb haben wir auch die Konstruktion eines unabhängigen Wahlkreisausschusses.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

(Dr. Axel Bernstein)

Im Übrigen hat er mit einer breiten Mehrheit von sieben zu vier Stimmen, mit den Stimmen von CDU, FDP, SSW und der Landeswahlleiterin, die Vorschläge, die CDU und SSW eingebracht haben, gebilligt.

Die Kampagne, die in den Tagen danach versucht worden ist auf den Weg zu bringen, nach dem Motto, das sei eine parteipolitisch motivierte Lösung, das sei eine Lösung, die womöglich in Verbindung mit Diskussionen zur Universität Lübeck zu sehen und gegen eine bestimmte Region gerichtet sei, bedeutet in der Tat Krokodilstränen, die hier vergossen werden.

(Zurufe von der SPD)

Das ist eine alte Strategie von Ihnen, Herr Stegner. Ich sagen bewusst „von Ihnen“, weil das nicht die Strategie Ihrer Mitglieder im Wahlkreisausschuss ist. Das ist eine Strategie von Ihnen, eine Eskalation herbeizuführen und im Nachhinein Krokodilstränen zu vergießen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben sich - um es ganz simpel zu sagen - in den Verhandlungen verzockt.

(Martin Habersaat [SPD]: Pokern Sie um Wahlkreise, oder was? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Eine Abstimmungsniederlage in einem Gremium nach dem Landeswahlgesetz ist ein normaler demokratischer Vorgang und keine Begründung für eine Dringlichkeit. Der **Vorschlag**, der von CDU, FDP, SSW und der Landeswahlleiterin im Wahlausschuss verabschiedet wurde und am Freitag mit der straßengenauen Schneidung in den Bereichen Kiel, Lübeck und Schwentinal auf den Weg gebracht werden wird, ist sachgerecht und er entspricht 100-prozentig den Regelungen des **Wahlgesetzes**, das - Sie haben darauf hingewiesen - hier gemeinsam verabschiedet wurde. Deshalb ist eine Dringlichkeit nicht gegeben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erteile ich jetzt der Vorsitzenden der SSW-Fraktion, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus gegebenem Anlass möchte ich für den SSW

auch ein paar Worte zu dem Dringlichkeitsantrag sagen. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Wir werden der Dringlichkeit aus einem entscheidenden Grund zustimmen: Wir brauchen zu diesem schwierigen Thema der **Wahlkreiseinteilung** eine **Debatte** im öffentlichen politischen Raum, sprich: hier im **Landtag**.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen diese Debatte, weil es in den Medien doch ganz viele Aussagen gegeben hat, die für den SSW nicht hinnehmbar waren.

(Zurufe)

Wir brauchen diese Debatte, weil deutlich von uns und von mir gesagt werden muss, dass wir nicht Anhängsel der CDU oder anderer Parteien sind. Wir haben eigene Prioritäten gesetzt und danach gehandelt. Wir brauchen diese Debatte, weil wir Missverständnisse ausräumen müssen. Keiner von uns ist so naiv, dass er oder sie glaubt, dass wir einander noch überzeugen können. Wir brauchen aber die Abwägung der Argumente, und wir brauchen Klarheit. Um es ganz deutlich zu sagen: Der SSW wird sich hier nicht und niemals einer Debatte entziehen, die zu mehr **Transparenz** führen wird.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, die ersten beiden Beiträge haben gezeigt, dass eine Debatte notwendig ist. Es geht weniger um die Frage der Dringlichkeit, es geht vielmehr um die Sache an sich. Frau Spoorendonk hat es eben auf den Punkt gebracht. Nichts wäre schlechter, als wenn wir etwas hier nicht ausdiskutierten, was breit diskutiert wird. Die Bürger und Bürgerinnen haben einen Anspruch darauf, unsere Argumente zu hören und dass wir uns darüber austauschen. Deshalb: Ja zur Dringlichkeit. Ich verstehe überhaupt nicht, warum CDU und FDP diese Debatte scheuen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir scheuen sie nicht!)

(Monika Heinold)

- Ich weiß nicht, warum Sie diese Debatte scheuen. Also stimmen Sie der Dringlichkeit zu!

Noch eines zum Schluss: Wenn hier der Eindruck erweckt wird, der **Vorschlag der Landeswahlleiterin** sei der Lieblingsvorschlag von irgendeiner Fraktion gewesen, ist das völlig absurd. Völlig absurd!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Der Vorschlag der Landeswahlleiterin hat auch Schwächen; er ist nicht das Wunschmodell der einen oder anderen. Aber es wäre vielleicht ein Vorschlag gewesen, auf den man sich - mit leichten Veränderungen - gemeinsam hätte verständigen können. Ich bin der festen Überzeugung, dass es unserem Land mehr als gut anstehen würde, wenn wir zumindest eine Wahlkreisschneidung finden würden, über die wir uns einig sind, auf die wir uns verständigen und dass wir den Bürgerinnen und Bürgern das Signal geben: Ja, es gibt Dinge, die wir gemeinsam hinbekommen. Scheuen Sie die Debatte nicht!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Stimmen Sie der Dringlichkeit zu!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich will auf das zurückkommen, worüber wir diskutieren: die Dringlichkeit. Die **Geschäftsordnung** sagt aus, dass Anträge als Dringlichkeitsanträge zu behandeln sind, wenn sie nach dem Antragsschluss für die Tagesordnung des Landtags gestellt werden. Die Geschäftsordnung sagt nichts darüber aus, dass wir während dieser Dringlichkeitsprüfung prüfen sollen, ob diese Anträge sinnvoll sind oder uns passen.

Der Wahlkreisausschuss hat vor sechs Tagen getagt. Da war die Antragsfrist für die Tagesordnung dieser Landtagstagung schon abgelaufen. Also ist dieser Antrag dringlich. Wir haben nicht darüber zu entscheiden, ob wir ihn inhaltlich behandeln wollen, ob er richtig oder falsch ist. Wenn er nämlich eine Woche vorher gestellt worden wäre, müssten

wir ihn behandeln. Wir haben einzig und allein darüber zu entscheiden, ob er dringlich ist. Das Ereignis, auf das er sich bezieht - letzte Sitzung des Wahlkreisausschusses -, lag nach dem Antragschluss für Tagesordnungspunkte des Landtags. Deswegen weiß ich überhaupt nicht, wie man die Dringlichkeit dieses Antrages ablehnen kann.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass man den Inhalt dieses Antrags ablehnen oder dass man ihm zustimmen kann, damit bin ich völlig einverstanden. Aber nutzen Sie doch einfach die Gelegenheit, Ihre Argumente vorzubringen, und zwar nicht über die Presse, sondern hier, wo Sie sie vorbringen sollen.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erteile ich jetzt dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Heinold, ich finde Appelle an die Gemeinsamkeit immer sehr bezeichnend, weil Sie sie immer nur dann erheben, wenn es darum geht, Ihre Interessen durchzusetzen, ansonsten Gemeinsamkeiten für Sie keine große Rolle spielen.

(Beifall bei der FDP - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Interessen?)

- Herr Habeck, an einem anderen Wahlkreis. Sie haben sich doch mit Ihrem Vorschlag, südlich von Lübeck einen Wahlkreis nach Ihren Vorstellungen zu schneiden, nicht durchgesetzt. Das wollen Sie doch nur öffentlich debattieren.

Ich bin auch davon sehr begeistert, dass uns die Linken juristische Erklärungen über die Auslegung der Geschäftsordnung geben, was die Dringlichkeit angeht.

(Vereinzelter Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

- Dass Sie das toll finden, Frau Heinold, kann ich verstehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(Wolfgang Kubicki)

Aber es ändert nichts an der Sachlage, dass diese Interpretation leider falsch war.

Wenn wir uns schon einmal juristisch unterhalten wollen, will ich darauf hinweisen, dass es einen guten Grund hat, dass der Wahlkreisausschuss nicht öffentlich tagt.

(Thorsten Förter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er kann auch öffentlich! - Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

- Herr Förter, es hat einen guten Grund, dass der **Wahlkreisausschuss** nicht öffentlich tagt. Wenn jetzt erklärt wird, wir müssten das hier ins Plenum ziehen, weil die **Öffentlichkeit** ein Interesse daran habe, dass es debattiert wird, sage ich nur: Alle Fraktionen haben sich bereits öffentlich erklärt. Hier Schaukämpfe zu liefern und sozusagen eine Stunde der Parlamentsarbeit

(Zurufe)

mit dem Ergebnis zu opfern - Frau Spoorendonk hat es gesagt -, dass der Landtag gar nicht befugt ist, eine andere Entscheidung zu treffen, das zeigt, welchen Stellenwert Sie, Herr Stegner, diesem **Parlament** zu billigen.

(Zurufe der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Peter Eichstädt [SPD] - Glocke des Präsidenten)

Noch einmal: Ich finde es sehr vernünftig, wie Sie mit der Geschäftsordnung, dem Wahlgesetz und Ihrer Meinung umgehen. Sie lassen auch gar keine andere zu. Sie erklären, wir hätten Angst vor einer öffentlichen Debatte. Die haben wir nicht.

(Zurufe)

Aber Sie bestimmen nicht die Determinanten, unter denen wir debattieren - Sie nicht!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Deshalb wird meine Fraktion - ähnlich wie die CDU-Fraktion - der Dringlichkeit nicht zustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1549 abstimmen. Es gilt auch hier das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen gibt es keine.

Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt. Die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln wurde nicht erreicht. Der Antrag wird daher nicht beraten.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 7, 9, 10, 17, 21, 34, 41, 43, 44, 45, 48, 50 bis 55 sowie 62 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 46, 47, 56, 59, 60 und 61. Der Wahlvorschlag zu Tagesordnungspunkt 10 wurde ebenso wie Tagesordnungspunkt 51 zurückgezogen.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 6 und 36 - Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Bundeskindergeldgesetzes sowie Antrag „Bildungs- und Teilhabepaket auch für Kinder aus Asylbewerberfamilien“ -, 11 und 39 - Große Anfrage „Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe“ sowie Antrag „Im Bündnis für Ausbildung neue Schwerpunkte setzen“ -, 14 und 23 - Anträge zur Dänemark-Strategie des Landtags und zur dänischen EU-Ratspräsidentschaft -, die Tagesordnungspunkte 15, 31 und 35 - Anträge „Solidarität mit den demokratischen Bewegungen weltweit“, „Dem Ruf nach Bürgerrechten, Demokratie und Freiheit folgen“, „Sofortiger Abschiebestopp nach Syrien“ -, die Tagesordnungspunkte 32, 33, 37 und 42 - Anträge zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze und zum Europa der offenen Grenzen -, die Tagesordnungspunkte 22 und 26 - Anträge zum Ausbau der Stromnetze für erneuerbare Energien - sowie 19 und 25 - Anträge zur Neuregulierung und zur Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 17. Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine verkürzte Mittagspause in der Zeit von 13 bis 14 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte von der Immanuel-Kant-Schule aus Neumünster sowie vom Gymnasium Schenefeld. - Seien Sie uns alle herz-

(Präsident Torsten Geerds)

lich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich begrüße unseren ehemaligen Landtagskollegen Gerhard Poppendiecker. - Herzlich willkommen wieder einmal in Kiel!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde**Steuer- und haushaltspolitische Konsequenzen aus der jüngsten Steuerschätzung**

Antrag der Fraktion der SPD

Ich erteile dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Oppositionsführer Dr. Ralf Stegner, das Wort.

(Zurufe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die letzte **Steuerschätzung** betrachtet, der freut sich natürlich darüber, dass die Zahlen besser sind als gedacht. 180 Millionen € mehr als noch im November geplant, aber immer noch weniger als vor der Krise eingeplant, für **2012** immerhin 430 Millionen € weniger als ursprünglich gedacht.

Nun ist Schleswig-Holstein Haushaltsnotlageland. Wir haben lange versucht, dies zu vermeiden, um eine größtmögliche Eigenständigkeit zu behalten.

(Lachen bei CDU und FDP)

Ich glaube, dass die parteipolitischen Auseinandersetzungen darüber, wer in der Vergangenheit daran schuld war, das Publikum weitgehend langweilen und nichts Neues beizutragen haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glauben wir nicht!)

- Herr Kollege Kubicki, Sie sind heute so schlecht in Form, Sie sollten an sich arbeiten.

Was zu tun ist, ist etwas ganz anderes: Wir brauchen auf der einen Seite strukturelle Hilfen, einen fairen Altschuldenfonds und nach wie vor eine deutliche Stärkung der Einnahmehasis, und wir brauchen ein **nachhaltiges Konzept** von Kürzungen und Investitionen, von Prioritäten und Posterioritäten, wo die Vorsorge im Vordergrund steht und nicht das ständige Anhäufen von Reparaturkosten.

Deshalb geht es in der Debatte, die zu führen ist, nicht um die Frage, ob wir für oder gegen Konsolidierung sind. Das ist nicht der Dissens, auch wenn Sie immer wieder so tun, als gäbe es da einen Dissens. Da gibt es keinen Dissens. Jeder vernünftige Mensch weiß, dass wir uns konsolidieren müssen, weil wir unseren Kindern und Enkeln die Spielräume erhalten wollen und müssen und weil die Zinslasten das zerstören.

Es geht um etwas ganz anderes, es geht darum, ob man am richtigen Ende kürzt. Es geht darum, ob man die richtigen **Schwerpunkte** setzt. Es geht darum, ob man Konzepte hat oder Strukturen zerstört, ob man - wie die Regierung - sozial unausgewogen mit regionaler Schlagseite kürzt, ob man den Rechnungshof braucht, um noch von einem Einzigem an der einen oder anderen Stelle Lob zu kriegen. Ich muss allerdings sagen, auch der Rechnungshof ist nur in wenigen Bereichen mit seinen eigenen Vorschlägen weitsichtig, etwa bei der Verwaltungsreform, wo bei Ihnen glatte Fehlanzeige herrscht, nichts kommt zu diesem Thema, absolut gar nichts.

Kurzsichtigkeit ist der Kernteil der marktliberalen Wirtschaftsanschauung,

(Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

dass Sie die Folgekosten für diese schwarz-gelbe Haushaltspolitik überhaupt nicht betrachten,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

für eine verfehlte Umwelt- und Wirtschaftspolitik, die die alten Strukturen fördert und neue, zukunftsweisende zerstört, nicht nur in der Landwirtschaft, für eine verfehlte Bildungspolitik, die am Ende mit weniger Ansiedlungen, mehr Arbeitslosen und mehr sozialen Problemen einhergeht. Das ist der Kern. Sie attackieren das, was unter anderem Hannelore Kraft, aber auch andere vertreten, und sagen, wir nehmen klaglos hin, dass die Sozialkosten wachsen, weil wir nicht dafür sorgen, dass ordentliche Einkommen und Bildungsinvestitionen in dem Maße stattfinden, dass die Kosten bei der Jugendhilfe endlich zurückgehen, dass die Arbeitslosigkeit zurückgeht, und all diese Fragen.

(Christopher Vogt [FDP]: Hannelore Kraft ist Ihr Vorbild? - Zurufe von CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Anfang der Tagung. Vielleicht sollten wir es ein bisschen mit Ruhe versuchen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Sie machen, ist eine verfehlte Sozialpolitik, zu wenig Investitionen in die richtigen Bereiche und dann noch Ihr Privatisierungswahn, mit dem öffentliches Eigentum verschleudert werden soll und die Beschäftigten alleingelassen werden, beim UK S-H und anderswo. All diese Dinge werden wir nach den Wahlen im nächsten Jahr ändern und ändern müssen, weil **Konsolidierung** nur dann vernünftig ist, wenn man es richtig macht.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt etwas anderes hinzu. Ich lese in der letzten Woche vom „Neustart der FDP“. Und was macht der neue Parteivorsitzende der FDP? - Er kommt als Erstes wieder mit dem Wort „Steuersenkungen“ daher und sagt, jetzt müssten die Steuern doch gesenkt werden, er habe sich mit Herrn Schäuble darüber verständigt. - Wer in dieser Lage der öffentlichen Haushalte immer noch über Steuersenkungen redet, ist von vorgestern und hat es verdient, dass er in öffentlichen Umfragen bei 2 bis 3 % gehandelt wird.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist das, was Herr Wiegand beizutragen hat, auch nicht besser: Erbschaftsteuer abschaffen, Stufen tarif wie bei Herrn Merz, ermäßigte Mehrwertsteuersätze abschaffen mit sozialer Schlagseite - das sind Stützungsprogramme für Besserverdienende zulasten derer, die wenig haben.

(Zurufe)

Das ist angesichts der **Lage der öffentlichen Haushalte** falsch und muss zurückgewiesen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer bei der **Unterfinanzierung** des Staates solche Vorschläge macht, der handelt verantwortungslos zulasten unserer Zukunftsfähigkeit. Konsolidierung muss sein. Die **Schuldenbremse** hat übrigens einen großen Vorteil: Sie weist auch darauf hin, dass wir unsere Einnahmen nicht verschlechtern sollen. Sie ist auch eine Bremse, die Einnahmen zu verschlechtern. Lesen Sie einmal, was Sie gemeinsam mit uns beschlossen haben!

Die Antwort kann nur sein: Bildung, Bildung, Bildung und Investieren in die Bereiche, die uns von Sozialkosten entlasten, die unser Land erdrücken, die ungerecht sind, die die Kommunen treffen. Wer als Arbeitnehmer nicht genug verdient, hat eine Armutsrente, und da springt die öffentliche Kasse wieder ein. Diese **Zusammenhänge** endlich zu be-

greifen, ist das, wozu die Landesregierung leider nicht die Kraft hat, die Mehrheit in diesem Hause nicht den Willen hat. Deshalb wird die Mehrheit hier im Hause auch nur noch ein Jahr Bestand haben.

(Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das war die Rede vom Parteitag! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dass es Ihnen nicht zu denken gibt, dass die eigenen Mitglieder Sie nicht mehr wollen!)

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Steuerschätzer** haben uns in ihrer Mai-Steuerschätzung für die Jahre 2011 und 2012 400 Millionen € mehr **Steuereinnahmen** vorhergesagt, als sie selbst noch im November geschätzt haben. Das ist eine aktuelle Meldung, die aber keine aktuellen Auswirkungen auf unseren Haushalt hat. Insofern habe ich mich gefragt, was für die SPD Anlass war, hier eine Aktuelle Stunde zu beantragen. Ich muss zugeben: Auch nach dem Debattenbeitrag des Kollegen Stegner bin ich da nicht wirklich schlauer geworden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das war ja noch nicht mal eine aktuelle Rede. Die Rede haben Sie hier schon einmal gehalten. Das ist doch Ihre Haushaltsrede aus dem letzten Jahr.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Unterschied ist, dass wir die **Schuldenbremse** verstehen, die wir gemeinsam beschlossen haben, Herr Kollege Stegner. Damit haben wir unsere **Haushaltskonsolidierung** von den **konjunkturellen Schwankungen** abgekoppelt. Im Mittelpunkt steht unser strukturelles Defizit, losgelöst von konjunkturellen Steuereinnahmen. Wir machen nicht die Fehler, die frühere Landesregierungen, die frühere Finanzminister gemacht haben, die sich immer reich gerechnet und gefreut haben, wenn in guter Konjunkturphase die Steuereinnahmen stiegen, und dann ganz große Augen gemacht haben, wenn es wirtschaftlich wieder nach unten ging,

die Steuereinnahmen wegbrachen, auf einmal die Löcher wieder da waren und nichts, aber auch gar nichts, getan worden ist, um diese Löcher im Vorfeld zu stopfen. Man muss sich schon fragen, was

(Tobias Koch)

der Kollege Scholz in Hamburg, der jetzt seine Wahlversprechen aus diesen sprudelnden Steuereinnahmen bezahlt, 2017 oder 2020 macht, wenn es wirtschaftlich wieder anders aussieht. Dann muss auch er die Schuldenbremse einhalten.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Was macht Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen? - Sie schafft es selbst jetzt - bei sprudelnden Steuereinnahmen - noch nicht mal, einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Wie will sie denn 2020 die Schuldenbremse einhalten?

(Beifall bei CDU und FDP)

Für unseren **Landeshaushalt** gibt es nur eine Konsequenz - das hat der Finanzminister bei der Vorlage der regionalen Steuerschätzung deutlich formuliert -: Mit den unerwarteten **Einnahmen** werden wir die **Neuverschuldung** weiter senken. Zu verteilen gibt es aufgrund dieser Steuerschätzung nichts, so Rainer Wiegard.

Ich selbst habe für die CDU-Fraktion erklärt: Wir werden jeden Euro, der zusätzlich hereinkommt, zum Abbau der Neuverschuldung einsetzen. Das sind keine bloßen politischen Willenserklärungen. Das ist eine sehr zutreffende juristische Beschreibung unserer Gesetzeslage, unserer **Verfassungslage**, dessen, was unsere **Schuldenbremse** vorschreibt. Solange wir noch Kreditaufnahmen für konjunkturell bedingte Mindereinnahmen im Haushalt haben, gibt es keine anderen Möglichkeiten, was wir mit diesen Steuermehreinnahmen, die rein der Konjunktur geschuldet sind, machen können.

Herr Kollege Stegner, wenn heute etwas aktuell gewesen wäre, dann wäre es Ihr Konzept zur Haushaltskonsolidierung gewesen, auf das wir nach wie vor warten. Was wir von Ihnen zu hören bekommen, ist die rote Wundertüte der Versprechungen. Ihr Spitzenkandidat Torsten Albig verspricht den Kommunen, den Eingriff in den kommunalen Finanzhaushalt in Höhe von 120 Millionen € rückgängig zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippell
[DIE LINKE])

Das ist ein tolles Versprechen. Da freuen sich die Kommunen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Macht er nicht mehr! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Hat er wieder zurückgenommen!)

- Macht er nicht mehr? Hat er zurückgenommen? - Mag sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

- Ja, hätte aber auch geheißen, dass wir zusätzlich zu den 130 Millionen €, die wir jedes Jahr einsparen müssen, noch einmal 120 Millionen € hinzugeben müssen.

(Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

- Das wird der Finanzminister noch mal näher ausführen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Koch, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Zwischenbemerkungen und Diskussionsbeiträge von der Regierungsbank sind grundsätzlich nicht möglich. Der Minister bekommt aber nachher eine Redezeit von fünf Minuten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank Herr Präsident, dass Sie meine Redezeit so lange angehalten haben. Das war sehr korrekt.

(Heiterkeit)

Damit nicht genug. Der SPD-Landesparteitag in Husum beschließt das beitragsfreie Kindergartenjahr nicht nur für ein Jahr, sondern für alle drei Jahre - 90 Millionen €. Der SPD-Landesparteitag beschließt, 1.800 Lehrerstellen, für die es aufgrund der demografischen Entwicklung keine Schüler mehr gibt, zu halten - Kosten: 90 Millionen €. In der Summe sind das 300 Millionen €.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch
[SPD])

Ich habe noch gut Ihre Anträge aus der Haushaltsdebatte in Erinnerung: Kürzung beim Landesblindengeld zurücknehmen, Kürzung bei der Schülerbeförderung zurücknehmen, Kürzung bei dänischen Schulen zurücknehmen. Das ist die rote Wundertüte und kein Konzept, das sind keine Aussagen, auch keine aktuellen Aussagen von Ihnen, wie das alles bezahlt werden soll.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Stattdessen zetteln Sie eine Phantomdebatte zu Steuersenkungen an, und weisen Forderungen zurück, die niemand aus diesem Land erhoben hat.

(Tobias Koch)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, niemand hat sich für Steuererhöhungen eingesetzt.

(Beifall und Lachen bei der SPD)

- Niemand aus diesem Land hat sich für Steuersenkungen eingesetzt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP)

Das ist Ihr reines Wunschdenken, damit Sie ein Thema haben. Erklären Sie den Bürgern lieber, was auf sie zukommt, wenn Rot-Grün regiert, welche Einnahmesteigerungen Sie erzielen wollen, welche Steuern Sie erhöhen wollen! Das wären aktuelle Aussagen gewesen, dann hätte diese Aktuelle Stunde ihren Namen verdient gehabt. So war es nur Kaffee von gestern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Katharina Loedige das Wort. - Die Redezeit in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten.

Katharina Loedige [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es bemerkenswert, dass Herr Stegner sich hier hinstellt und der Regierung Vorwürfe macht. Im Mai 1988 hat die SPD die Regierung mit 9 Milliarden € Schulden übernommen. Als wir an die Macht kamen, waren es 25 Milliarden € Schulden. Das ist ein Plus von 180 %.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass Sie beim Wirtschaftswachstum genauso zugelegt hätten. Das war leider ein Fehlschluss. Das hat nicht funktioniert. Ich weiß auch nicht, was die Überschrift „Haushaltspolitische Konsequenzen“ oder was der Antrag überhaupt sollte. Die **haushaltspolitischen Konsequenzen** haben Sie uns heute leider überhaupt nicht vorgelegt. Sie haben überhaupt keinen Plan, wie es hier weitergehen soll.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir reden über eine Steuerschätzung, also geplantes Geld, noch nicht eingenommenes Geld. Das wäre natürlich konsequent, wenn die Steuerschätzung düster und dunkel wäre, dann müssten wir heute eine Aktuelle Stunde machen. Aber nein, sie ist ja

ganz hervorragend. Wir sehen haushaltspolitisch guten Zeiten entgegen, hoffen wir jedenfalls. Aus dieser **Mai-Prognose** sollten wir natürlich auch die Konsequenz ziehen, die die Regierung gezogen hat: Kredite tilgen und den Haushalt konsolidieren. Das hätte man auch schon früher machen können - in Zeiten, als Rot und Grün regiert hat. In guten Zeiten bildet man Rücklagen, von denen man sich in schlechten Zeiten auch nähren kann. Das ist in den Zeiten der letzten Regierung in den letzten 20 Jahren nie passiert. Ihr schlechtes Regierungsverhalten, 20 Jahr lang, hat die schwarz-gelbe Regierung jetzt auszubaden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die nächsten **Haushaltsrisiken** stehen schon vor der Tür. Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung zu Recht beschlossen, dass wir schneller als bisher vorgesehen aus der Kernkraft aussteigen wollen. Das ist auch richtig so, aber wir müssen uns dann auch davon verabschieden, eine Oberflächenwasserabgabe von über 35 Millionen € jährlich einzunehmen. Das heißt, die **Ausgaben** müssen dann auch geringer werden. Die können wir auf diesem Niveau natürlich auch nicht halten. Einen Vorschlag dazu habe ich bisher von Ihnen noch nicht gehört.

Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sind die Eckpfeiler dieser Steuerprognose. Sie gehen nach oben. Das zeigt uns, dass wir es mit einer erholenden Konjunktur zu tun haben, die sich jetzt auf den Weg macht, die Zahlen von 2008 in kürzerer Zeit zu erreichen, als wir alle gehofft haben. Das freut uns, es wird uns aber nicht übermütig machen. Wir sind nach wie vor ein Konsolidierungsland, auch wenn die unerwartete **Steuermehrinnahme** letzte Woche in Höhe von 560 Millionen € suggeriert, dass wir ein Geberland würden. Unter dem Strich bleibt nichts über, im Gegenteil, wir müssen noch 35 Millionen € an den Bund abführen. Das zeigt einmal wieder, dass der **Länderfinanzausgleich** außerordentlich absurd ist und wir ihn ganz schnell ändern müssen.

(Beifall bei der FDP)

Die Fehler der Vorgängerregierungen, nach guten Steuerschätzungen die Ausgaben zu erhöhen und vermeintlich wichtige Wohltaten zu verteilen, werden wir nicht machen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Brand-Hückstädt [FDP])

(Katharina Loedige)

Das rate ich auch unseren Kommunen, die in gleicher Weise an den virtuellen Steuermehreinnahmen beteiligt sind.

Der **SPD** geht es ja nie darum, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen, sondern lediglich darum, wie kann ich den Steuerzahler noch mehr zur Kasse bitten. Herr Stegner, das haben sie gerade auch bestätigt und erklärt: Erbschaftsteuer hinauf, Vermögensteuer einführen. Da freut sich natürlich jeder Haus- und Grundeigentümer, von denen wir - im Vergleich zu anderen europäischen Ländern - viel zu wenige haben. Frau Herdejürgen sagt fairerweise allerdings in ihrer Pressemitteilung auch, dass eine übersichtliche und transparente Besteuerung durchzuführen ist, um Steuerschlupflöcher zu schließen. Dabei finden Sie die Liberalen natürlich an Ihrer Seite. Steuervereinfachung ist das Zauberwort, das in Berlin leider noch nicht so richtig gehört worden ist.

Welche Vorstellungen Ihr Spitzenkandidat Albig, von der **Konsolidierung** eines Landeshaushalts hat, hat sich uns noch nicht so ganz erschlossen. Wir haben gerade gehört, dass er von 120 Millionen € Finanzausgleich wieder ab ist. Es geht einmal rauf, einmal runter. Letzte Woche war er dafür, jetzt ist er wieder dagegen. Er will auch den Lehrstellenabbau nicht. 2.000 Lehrer bedeuten über 100 Millionen € im Personalhaushalt, die wir aufbringen müssten. Merkwürdigerweise kriedet er der schwarz-gelben Regierung den Eingriff in den Finanzausgleich an. Ich stelle hier klar, dass das zuzeiten eines Innenministers Ralf Stegner gemacht worden ist und nicht von dieser schwarz-gelben Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Die SPD plant über 200 Millionen € mehr Ausgaben in einem Jahr und weiß nicht, woher das Geld kommen soll. Es bleibt des Kandidaten Geheimnis. Vielleicht hofft er ja noch auf einen Telefonjoker. Meine Redezeit ist leider abgelaufen. Ich hätte noch einiges zu sagen und werde mich sicherlich noch mal melden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Loedige, mit den Zahlen und den Vergleichen ist das ein bisschen schwierig. Ich könnte mich hier hinstellen und sagen: Die teuerste Regierungszeit war die, in der die FDP dabei war. In den zwei Jahren gab es über 2 Milliarden € Schulden mehr. Was ist das aber für eine Rechnung? -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Zahlen der Steuerschätzung** sprechen eine deutliche Sprache. Finanzminister Wiegard hat die Entwicklung der Steuereinnahmen in seiner Pressemitteilung anschaulich dargestellt. Deutschland erholt sich schneller als bisher gedacht von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Die konjunkturell bedingten Steuereinbrüche gehen zurück. Wenn es so kommt, wie es prognostiziert ist, dann wird Schleswig-Holstein im Jahr 2012 in etwa so viel einnehmen wie im Jahr 2008. Das heißt, dass die **Ausgaben** jährlich um zirka 1,1 % gestiegen sind. Die **Einnahmen** sind aber nicht gleichermaßen gestiegen. Dementsprechend ist die Lücke größer geworden.

Deshalb zeigt uns diese Steuerschätzung noch einmal, was die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise tatsächlich verursacht hat. Das **Minus**, das in die **öffentlichen Kassen** hineingetragen wurde, ist katastrophal. Verantwortlich dafür waren milliarden-schwere Spekulationsgeschäfte von Banken und von anderen gewinn gierigen Akteuren. Wenn wir über die Steuerschätzung und über die Entwicklung der Steuern reden, dann muss dies in dieser Deutlichkeit benannt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weder die Vereinigten Staaten noch Europa sind aus dem Tal raus. Wir wissen noch nicht, wie es mit dem Euro weitergeht. Dies gilt insbesondere dann, wenn wir nach Südeuropa gucken. Im Klartext heißt das: Diese Steuerschätzung ist nicht mehr als eine Prognose. Sie ist keine Einladung, den Konsolidierungskurs zu verlassen. Schleswig-Holstein hat schwierige Jahre vor sich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Steuermehreinnahmen glätten gerade eben mal das konjunkturelle Defizit. Herr Koch hat es benannt: Das **strukturelle Defizit** ist durch diese Steuerschätzung überhaupt nicht kleiner geworden. Herr Koch, der Schuldenberg ist leider auch nicht verschwunden. Deshalb ist jede Debatte über Steuerensenkungen völlig fehl am Platz.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich hoffe, dass die FDP in Berlin das endlich begriffen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Ich gucke nicht Sie an, Herr Boetticher, sondern von Ihnen hoch geschätzten Koalitionspartner in Kiel und in Berlin, der immer wieder das Gespenst der Steuersenkung aus der Kiste holt. Das ist genauso fehl am Platz wie finanzpolitische Versprechen, die nicht eingelöst werden können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer in diesen Wahlkampf zieht und sagt, an welcher Stelle er mehr Geld ausgeben will, der wird gleichzeitig sagen müssen, an welcher Stelle es weniger Geld geben soll. Dies gilt auch für Herrn Albig und die von ihm genannten 120 Millionen €. Herr Kubicki sagte, er hat dies schon wieder zurückgenommen. Ich habe das noch nicht so klar aus dem „sh:z“-Interview herausgehört. Wir haben aber noch ein bisschen Zeit, bevor der Wahlkampf beginnt.

Die Steuerschätzung hilft, den eingeschlagenen **Konsolidierungskurs** weiter zu gehen, aber sie löst bei Weitem nicht die Haushaltsprobleme des Landes. Ich werbe hier noch mal dafür, dass diese Landesregierung verstärkt mit dem **Bund** in den Dialog darüber eintritt, wie es gelingen kann, die **Altschulden** gemeinsam in den Griff zu bekommen. Weiter ist die Frage, wie es gelingen kann, für **Bildung** Investitionen frei zu machen und endlich diesen Bildungsgipfel abzuschließen und die damals versprochenen 100 Millionen € in das Land hineinzubringen, Herr Carstensen. Wir sind darauf dringend angewiesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens muss es eine offensive Debatte über höhere **Einnahmen** geben. Wir kommen später noch zu der Antwort auf die Große Anfrage, die auch deutlich macht, dass uns im Landeshaushalt trotz aller Sparsbemühungen Geld fehlt. Es war gerade in der Presse zu lesen, dass in den nächsten Jahrzehnten 1 % aller deutschen Kinder 25 % - also ein Viertel - des gesamten Vermögens erben werden, während ein Drittel aller Kinder überhaupt nichts von ihren Eltern erben wird. Da ist es doch Zeit, dass die Landesregierung den Mut hat, nach Berlin zu fahren und im Bundesrat für eine Reform der **Erbschaft-**

steuer zu streiten, die endlich Bildungsinvestitionen ermöglicht und Chancengleichheit eröffnet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, beim **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** sind Sie damals eingeknickt. Ich muss dies immer wieder erwähnen, weil es einfach strukturell ein Problem ist. 120 Millionen € fehlen Land und Kommunen Jahr für Jahr, weil Sie in Ihrer misslungenen Mission gemeinsam mit ihrem Freund Wolfgang Kubicki die Sache vergeigt haben. Sie sind nicht hart geblieben. Dieses Geld fehlt in unserem Landeshaushalt, es fehlt Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deshalb sage ich zum Abschluss dieser Debatte: Ja, wir Grünen sagen, wir wollen den Konsolidierungskurs. Wir haben uns zur Schuldenbremse bekannt, aber wir sagen auch: Es darf keine weiteren Steuer geschenke geben. Gerechtigkeit muss der Massstab unserer Finanzpolitik sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Heinold, vielleicht hätten Sie es gern, dass die Debatte beendet ist. Sie ist aber noch nicht beendet. Es kommen noch DIE LINKE und der SSW ans Pult.

Meine Damen und Herren, ich habe damals gesagt, ich entscheide mich im Landtag für **Finanzpolitik**, weil es da um Zahlen geht. Das ist alles berechenbar, das kann politisch wenig instrumentalisiert werden. Dann bin ich hier in diesen Landtag eingezogen und musste merken, dass das irgendwie ein bisschen anders ist.

Es ging los mit den Kosten für ein beitragsfreies Kita-Jahr. Hier wurde über 35 Millionen € gesprochen. In Wahrheit waren es nur 26 Millionen €. Es ging weiter in der Debatte über die Uni Lübeck. Es wurde gesagt, dies koste 25 Millionen €. Die Opposition müsste dies gegenfinanzieren. Die Landesregierung hat dann die glorreiche Idee gehabt, das GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft zu überführen. Die Zahlen, die ich bekommen habe, bedeu-

(Ulrich Schippels)

ten, dass wir dort 13 bis 18 Millionen € an Entlastung bekommen. Das heißt, von den geforderten 25 Millionen € bleiben noch knapp 50 % der vorgesehenen Entlastungen. Hier wird mit Zahlen jongliert, wie es gefällt - frei nach dem Motto von Pippi Langstrumpf „zwei mal drei macht vier“.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir gucken uns heute die Zahlen der **Steuerschätzung** an. Im Mai 2010 hatten wir für das Jahr 2010 geplante Steuereinnahmen von 6,19 Milliarden €. Was kam heraus? - 6,4 Milliarden €. Das ist ein Plus von 290 Millionen € in nur sieben Monaten. In dem Papier, über das heute diskutiert wird, steht nicht, dass wir auch bei der Ausgabenseite 147 Millionen € sparen konnten, und zwar aufgrund der entsprechenden Zinsentwicklung auf den Kapitalmärkten. Insgesamt ist das ein Plus von 357 Millionen € gegenüber der Mai-Steuerschätzung von 2010. Es gibt 357 Millionen € weniger an Defizit im Haushalt.

Ich erinnere daran, dass wir am Anfang der Legislaturperiode im Januar einen Gesetzesentwurf eingebracht haben. Wir wollten damals die Beitragsfreiheit für alle drei Kita-Jahre sowie ein kostenfreies Schulesen. Das Ganze hätte uns 220 bis 300 Millionen € gekostet. Ich weiß noch genau, wie hier bei allen Fraktionen die Abwehrfront war. Es wurde gesagt, dies gehe überhaupt nicht, das sei nicht finanzierbar. Jetzt sehen wir im Haushaltsvollzug 2010, dass dies allemal finanzierbar gewesen wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Drei beitragsfreie Kita-Jahre wären finanzierbar gewesen und das Schulesen auch. Herr Dr. Klug, Frau Herdan und auch Herr Buder, Sie sollten sich noch einmal Ihre Reden aus dem Jahr 2010 durchlesen. Wir hätten das finanzieren können. Wir hätten finanzpolitisch trotzdem nicht schlechter dagestanden als jetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu der Frage der Zinsen komme ich beim zweiten Tagesordnungspunkt, bei der Großen Anfrage. Dazu hätte ich auch noch etwas zu sagen.

Eine Geschichte sei jedoch schon zur **Haushaltsnotlage** erwähnt. Ich möchte erwähnen, dass eines dieser Kriterien, nämlich die Zinssteuerquote, im Haushaltsvollzug 2010 nicht bei den prognostizierten 18,1 % lag, sondern real bei 14,7 %. Wir wären unter dem damaligen Schwellenwert geblieben. Das Problem ist jedoch, dass sich dieser Schwellenwert verändert.

Eine Haushaltsnotlage wird nicht festgestellt, wenn ein Land real schwierige Zahlen vorzeigt, sondern die Zahlen werden immer im Vergleich zu den anderen Bundesländern gesehen. Eine Haushaltsnotlage ist also immer dann da, wenn wir schlechter dastehen als der Mittelwert der anderen Länder. Genau das ist das Problem eines strukturschwachen Landes, wie wir es sind: Wir können uns abrackern, wie wir wollen, wir werden diesen Mittelwert tatsächlich nie realisieren können; selbst dann nicht, wenn unsere Haushaltslage gut ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Zinssteuerquote: Sie haben vorhin auf die Zinsbelastung im Jahr 1988 im Zusammenhang mit dem Regierungsantrag hingewiesen. Die **Zinssteuerquote** lag damals auf dem gleichen Niveau wie jetzt, Frau Loedige. Das wollte ich nur noch einmal erwähnt haben. So dramatisch ist das nicht, womit wir hier konfrontiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir alles zusammenzählen, auch in der Steuerschätzung: Wir hatten 2010 357 Millionen € plus. In der neuesten Steuerschätzung haben wir gegenüber der Steuerschätzung von Mai 2010 - die Grundlage war für den Haushaltsentwurf - in 2011 440 Millionen € mehr, und 2012 werden es 560 Millionen € sein. Das sind insgesamt Pi mal Daumen 1,5 Milliarden €. Was macht der Finanzminister? - Der Finanzminister sagt: Wir haben nichts zu verteilen. Wir packen es in den Sparstrumpf beziehungsweise führen die Neuverschuldung zurück. Das hätte bei dem heutigen Zinsniveau ungefähr eine Haushaltsentlastung, Konsolidierung, von 45 Millionen € oder 60 Millionen € pro Jahr oder 3 oder 4 % zur Folge.

Wir sagen: Benutzt das Geld tatsächlich, um die **Probleme** des Landes zu lösen, zum Beispiel, um den Masterplan an der Uni, die notwendigen Bauinfrastrukturmaßnahmen in Höhe von 700 Millionen € zu realisieren!

(Beifall bei der LINKEN)

Dann würde es den Menschen im Land besser gehen. Sie hätten vernünftige Kliniken. Das Personal müsste nicht durch Arbeitszeitverdichtungen weiter drangsaliert werden, und es wäre auch eine nachhaltige Entlastung. Wir hätten ein politisches Problem in diesem Land wirklich auf einen Schlag gelöst. Sie hätten dann immer noch die Hälfte dieser 1,5 Milliarden € für die Beitragsfreiheit bei den Kitas, wir könnten den Frauenhäusern das Geld wieder zurückgeben, Sie könnten das Blindengeld wie-

(Ulrich Schippels)

der erhöhen und auch die Kinderbeförderung fortsetzen, um nur einiges zu nennen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Ich möchte einen letzten Satz sagen. Das wäre eine nachhaltige Finanzpolitik, die eine ganzheitliche Betrachtung auch der Probleme des Landes berücksichtigt. Aber dazu sind Sie leider nicht in der Lage.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich dem Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht auf den Altschuldenfonds eingehen, auch nicht auf Verhandlungen mit dem Bund oder auf mögliche weitere Steuermehreinnahmen oder auf Steuergeschenke, sondern ich möchte mich auf die reinen Zahlen fokussieren, die uns vorliegen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Man muss erst einmal davon ausgehen: Was haben wir 2011/2012 geplant gehabt? Das kann man in unserem Haushalt nachlesen. Dann schaut man sich die Veränderungen an.

Nicht das gesamte Wirtschaftswachstum ist konjunkturbedingt. Aber man kann davon ausgehen, dass der größte Teil dieses **Wirtschaftswachstums** konjunkturbedingt ist. Das nehme ich einmal als eine Größe hin. Wenn wir uns die **Steuermehreinnahmen** ansehen, dann steigen die in diesem Jahr um 2,8 % auf 180 Millionen €. Unser Wirtschaftswachstum - so sagt es der Finanzminister - beträgt dieses Jahr höchstwahrscheinlich 2,6 %, das heißt eine Differenz von 0,2 %. 12,8 Millionen € wären damit nicht konjunkturbedingt. Das ist eine sehr vorsichtige Schätzung. Das heißt, es wäre in der Theorie möglich, dieses Geld auch unter **Einhaltung der Schuldenbremse** ausgeben zu dürfen.

2012 reden wir über 3,2 % Steigerung auf 220 Millionen € und von einem Wirtschaftswachstum von 1,8 %. Das führt schon zu einer etwas größeren

Summe, nämlich zu 96,25 Millionen €, die wir ausgeben dürften. Wir müssen nicht, aber wir dürfen dieses Geld ausgeben. Ohne dass wir unsere Ziele verfehlen, ohne gegen die Schuldenbremse zu stoßen, wäre es möglich, Geld zu verausgaben. Das muss man erst einmal feststellen. 2013 bis 2015 gehen wir von einer Steigerung des Bruttoinlandproduktes von 1,6 % aus.

Meine Damen und Herren, es ist also **Spielraum** da. Das bedeutet, dass wir als Politik in der Lage sind, Fehlentscheidungen zurückzunehmen, und diesen Mut sollten wir auch haben. Wir könnten die Gleichbehandlung der dänischen Schüler wieder einführen. Das kostet 4,8 Millionen € jährlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir könnten die Kürzung beim Nordfriesischen Institut zurücknehmen, denen jedes Jahr 50.000 € fehlen. Wir könnten die Kürzung der Kulturarbeit der Minderheiten wieder zurücknehmen. Wir könnten auch die Kürzung des Blindengelds zurücknehmen. Wir wären auch in der Lage, zum Beispiel der LAG der freien Wohlfahrtsverbände wieder ihren alten Zuschuss zu geben - 850.000 €;

(Beifall bei der LINKEN)

eine relativ überschaubare Summe, wenn man weiß, dass man dieses Jahr 12 Millionen € und nächstes Jahr 96 Millionen € mehr zur Verfügung hat. Wir könnten auch ein wichtiges Thema, das gerade CDU-Kollegen in der Fläche diskutieren, aufgreifen, uns wieder um die Schülerbeförderung kümmern. Das würde uns 7 Millionen € kosten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre machbar. Ich rede noch gar nicht über Frauenberatung, Migrations- und Sozialberatung, soziale Projekte, Schließung von Justizvollzugsanstalten. Alles das, meine Damen und Herren, wäre im Bereich des Möglichen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christopher Vogt [FDP]: Viel Spaß damit!)

Aber nicht nur das. Wenn Sie jetzt sagen würden, über die Fehler, die wir jetzt gemacht haben, dass wir das jetzt durchgedrückt haben, wollen wir nicht mehr reden, dann könnte man sich zumindest über die Dinge unterhalten, wo uns noch Fehler drohen. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben auch beschlossen, eine Küstenschutzabgabe einzuführen. Diese **Küstenschutzabgabe** soll 4 Millionen € in die Kassen des Landes spülen, 4 Millionen €, die wir nicht brauchten, weil wir ja

(Lars Harms)

96 Millionen € zur Verfügung hätten. Wir müssten also diese Bürger nicht über ihre Verhältnisse belasten, wenn wir es politisch nicht unbedingt wollen. Sie aber scheinen dies zu wollen - das ist auch Ihr gutes Recht -, wir als SSW wollen das aber nicht.

Wir wären in der Lage, Zukunftsfelder anzugehen. Wir könnten schon einmal eine Gemeindereform anstoßen. Das kostet nicht viel.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Das kostet vielleicht 100.000 bis 200.000 € pro Jahr. Wir könnten auch das FÖJ oder das FSJ wieder auf den alten Stand bringen. Dafür würden wir nicht viel Geld benötigen. Wir könnten natürlich auch ein großes Fass aufmachen und könnten sagen: Kostenlose Kindergartenbetreuung, wir beginnen einmal damit und sagen, pro Jahr und Jahrgang 25 bis 30 Millionen €. Denken Sie bitte einmal daran, **ab 2012** wäre es in der Theorie möglich, genau dieses Wahlversprechen, drei kostenfreie Jahre, durchzuführen.

(Johannes Callsen [CDU]: Hat mal jemand mitgerechnet?)

Das wäre möglich. Das muss man wissen. Auch „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wäre möglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb, meine Damen und Herren: Ich konnte hören, dass die Landesregierung in Sorge ist, das Breitbandnetz nicht so ausbauen zu können, wie man es gern möchte. Man möchte umschichten. Das will ich auch sehr begrüßen. Das bezieht sich aber nur auf das Jahr 2011.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Was ist 2012, was ist 2013? Wo ist da der Plan? - Wir wären in der Lage, dies für die Kommunen zu finanzieren. Wir reden hier über ungefähr 10 Millionen bis 20 Millionen € in diesem Jahr, und wir reden wahrscheinlich über eine ähnliche Summe, vielleicht noch eine geringere Summe, in den Folgejahren. Wenn man das will, wenn man das als eine der wichtigen Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes sieht, dann kann man das finanzieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, mit Schulden!)

Dann kann man nicht in der Gegend herumlaufen und sagen: Wir haben das Geld nicht. Wer erzählt, gnadenlos Sparen sei alternativlos, der sagt nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Jahr haben wir 12 Millionen €, nächstes Jahr haben wir 96 Millionen €. Das ist Geld, das wir verausgaben können. Wenn man das politisch will, dann soll man das tun. Ansonsten soll man dazu stehen, dass man das Land nicht weiterentwickeln will, und soll das auch sagen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Ich erteile jetzt dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mit wachsendem Erstaunen den Redebeiträgen der Oppositionsfraktionen zugehört, weil es genau diese Politik ist, Kollege Harms, die das Land dorthin gebracht hat, wo es ist, Geld auszugeben, das wir nicht haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Unterstellung, allein schon der Satz, wir würden das Land gnadenlos kaputtsparen, ist in sich selbst irre, weil es beliebt war und wäre, Geld, das wir nicht haben, auszugeben und den Wählerinnen und Wählern zu suggerieren, unter dieser wunderbaren Regierung können wir alle diese Vorhaben finanzieren, die Sie angesprochen haben.

Ich will mich mit dem für mich einzig ernstzunehmenden Debattenbeitrag der Oppositionsfraktionen, dem Beitrag von Frau Heinold, kurz beschäftigen, weil ich glaube, Frau Heinold, dass jenseits aller rhetorischen Brillanz im Angriff in diesem politischen Spektakel hinter dem, was Sie formulieren, einige sehr ernsthafte Überlegungen stecken. Ich will das nur ansprechen, ohne es polemisch zu werten.

Ich wäre dankbar, wenn die **Grünen** bei ihrem Mitmachhaushalt nicht davon ausgehen würden, dass die Einsparbemühungen des Landes, also von Schwarz-Gelb, in Höhe von 360 Millionen € als Bestand hingenommen werden. Ich würde erwarten, dass die Grünen, die dem Haushalt nicht zugestimmt haben, nun mit Vorschlägen kämen, wie sie die 360 Millionen € refinanzieren wollen, weil es ja Maßnahmen betrifft, die sie an sich für gut halten.

Ich habe mit dem Spitzenkandidaten der **SPD**, Herrn Albig - Herr Stegner, der versteht offensichtlich mehr davon als Sie -, über die Frage diskutiert,

(Wolfgang Kubicki)

wie man aus der Situation des Landes herauskommt. Er hat - lesen Sie nach - erklärt, Sozialdemokraten und Grüne werden im Wesentlichen die gleichen Antworten wie Schwarz-Gelb auf die Herausforderungen der **Finanzlage** geben.

Warum ist das so? - Weil wir alle gemeinsam in einer Zwangsjacke stecken, die wir uns nicht ausgesucht haben, die vorhanden ist. Wir stecken in einer Zwangsjacke. Wer glaubt, dass ein Land wie Schleswig-Holstein Steuermehreinnahmen, solange es **Haushaltsnotlageland** ist, in zusätzliche **Ausgabenprogramme** stecken kann, ist nicht von dieser Welt, weil es gesetzwidrig wäre. Es ist einfach so. Solange wir Haushaltsnotlageland sind, müssen wir jeden Cent zusätzlicher Einnahmen dazu verwenden, die **Verschuldung** zurückzufahren. Das ist auch sinnvoll so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss sich einmal anschauen, was passiert, wenn man - anders, als Frau Kraft es tut - nicht rechtzeitig gegensteuert. Wir haben keine griechischen Verhältnisse. Aber in **Spanien** kann man sehen, was passiert, wenn eine Regierung in einer Situation ist, in der nichts finanziert werden kann.

Wir haben urplötzlich eine Jugendarbeitslosigkeit von 40 %. Wir haben junge Menschen, die sagen: Was passiert eigentlich in unserem Land? Wir sind gut und hoch ausgebildet, aber finden keine Möglichkeiten der Beschäftigung mehr.

Das wollen wir nicht. Ich bin stolz auf Schleswig-Holstein, ich bin stolz auf mein Land. Ich will, dass wir dokumentieren, dass wir in der Lage sind, uns am eigenen Schopf aus dem Sumpf der Misere der Vergangenheit zu ziehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Appelle an andere, Frau Heinold, treffen mittlerweile nicht mehr auf Verständnis. Denn alle anderen stecken mit zeitlichem Verzug mehr oder weniger in der gleichen Lage wie wir.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bedauerlicherweise auf Herausforderungen der Vergangenheit nicht angemessen reagiert, auch auf die deutsche Einheit nicht angemessen reagiert. Wir haben so getan, als könnten wir auf dem hohen Niveau so weitermachen. Frau Heinold, die **Verschuldung** hat ja nicht mit der Finanzkrise angefangen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Eindruck, die Finanzkrise hat uns in diese Situation gebracht, ist falsch. Die **Finanzkrise** hat nur das Problem der Bewältigung etwas intensiver werden lassen. Wir hätten ansonsten vor der gleichen Situation gestanden - mit einer zeitlichen Verzögerung - wie jetzt auch.

Wenn wir jetzt nicht darangehen, dieses Problem zu bewältigen - Appelle nach außen werden nicht helfen -, werden wir - ich bin vielleicht schon zu alt, aber einige hier sind ja jung genug - den Menschen in fünf oder zehn Jahren erklären müssen, wie wir den Gestaltungsspielraum von Politik mit Zukunftsperspektive noch aufrechterhalten wollen. Warten wir doch einmal ab, Frau Heinold, wie es jetzt dem wunderbar rot-grün regierten Land Bremen gehen wird! Warten wir einmal ab, wie Berlin - rot-rot regiert - auf die Haushaltsnotlage reagiert! Warten wir doch einmal ab, Herr Kollege Stegner, wie Frau Kraft ihren Haushalt vor dem Verfassungsgericht bestehen lassen will.

(Beifall bei FDP und CDU)

Politische Entscheidungsträger, die bewusst Rechts- und Verfassungsbruch in Kauf nehmen, müssen sich fragen lassen, welche **Akzeptanz** sie von den Bürgerinnen und Bürgern noch erwarten, was Steuergesetzgebung und andere Gesetze angeht, wenn sie selbst nicht mehr an die eigenen Regeln glauben und sie nicht so umsetzen wollen, wie sie geschaffen worden sind. Diese Form von Rechtsverletzung, die da stattfindet, ist in einem demokratischen Rechtsstaat schon beachtlich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Wettbewerb bei der Wahl bis zum 6. Mai nächsten Jahres - der Wähler steht dankenswerterweise noch davor, der muss ja entscheiden, nicht Meinungsumfragen und nicht Sie, Herr Dr. Stegner, mit Ihrer Beschlusslage - wird darin bestehen, dass Sie erklären müssen, wie Sie Ihre **Versprechen**, die Sie in die Welt setzen, finanzieren wollen - nicht von wegen: „Wir haben einen Finanzierungsvorbehalt und gucken mal“, sondern wie Sie konkret jedes einzelne Versprechen finanzieren wollen, wie Sie konkret die Schülerbeförderungskosten bezahlen wollen, wie Sie konkret drei beitragsfreie Kindergartenjahre finanzieren wollen, wo Sie an anderer Stelle sparen wollen, und zwar nicht nur bezogen auf die Zukunft, sondern auch bezogen auf die Vergangenheit.

Ich bin Herrn Albig dankbar, dass er gesagt hat, die Projektion, 120 Millionen € für die Kommunen und 100 Millionen € für zusätzliche Lehrer, ist eben eine Projektion - man muss sich ja Ziele setzen -, die

(Wolfgang Kubicki)

Umsetzung in den nächsten Jahren wird so nicht stattfinden. Das ist beachtlich für jemanden, der in den Wahlkampf zieht, aber es ist ehrlich, jedenfalls ehrlicher als das, was Sie uns hier vorgestellt haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erteile ich jetzt dem Vorsitzenden der CDU Landtagsfraktion, Herrn Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat sich entschieden, die Ämter des Fraktions- und Parteivorsitzenden von dem des Spitzenkandidaten zu trennen. Sehr geehrter Herr Stegner, ich kann Ihnen heute eines zusagen: Niemand, weder meine Partei noch meine Fraktion, noch ich selber werden in dem anstehenden Wahlkampf Ihren Spitzenkandidaten in der Art und Weise desavouieren, wie Sie es heute getan haben. Während Herr Albig offensichtlich schon lange erkannt und auch verbal vorgestellt hat, dass er sieht, dass man konsolidieren muss, dass es keine großen Versprechen gibt, tun Sie genau das Gegenteil. Sie tun es immer wieder.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie holen die alten Reden raus,

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist effizient!)

die Sie seit fünf, sechs Jahren, so lange ich denken kann, hier halten.

(Zuruf von der SPD: So lange sind Sie hier?)

- Ja, so lange bin ich hier in diesem Landtag. Sie sind noch nicht so lange dabei, deshalb wissen Sie das nicht.

Sie versprechen - wir haben das einmal summiert - und liegen mittlerweile - Parteitag plus dem, was alles dazugekommen ist - bei rund 400 Millionen €. Glauben Sie ernsthaft, die Menschen merken das nicht? Glauben Sie ernsthaft, die Menschen merken nicht die **Diskrepanz** zwischen dem, was lange deutlich geworden ist und was ich bei jeder Veranstaltung merke, wenn ich sage, dieses Land hat 25 Milliarden € Schulden? Eine junge Generation - einige sitzen heute hier - startet nicht mit null, hat nicht die gleichen Chancen, die andere Generationen früher gehabt haben, weil sie gleich mit 25 Milliarden € Schulden in die Zukunft startet.

Wir haben eine große Aufgabe. Zu der haben wir uns eigentlich gemeinsam verpflichtet. Wir stehen dazu. Ich stehe dazu in jeder Rede, die ich jetzt halte, wenn ich gefragt werde: „Was tust du in dem Bereich? Was tust du lokal vor Ort? Was tust du für deine Partei, für uns hier?“, und ich jedes Mal sagen muss, dass ich nichts anderes zu prognostizieren habe als einen harten und schweren Weg - natürlich einen Weg mit punktuell gesetzten Schwerpunkten. Natürlich **investieren** auch wir in Infrastruktur, in Bildung, aber in einer Art und Weise, die wir finanziell unterlegen, die wir im **Haushalt** belegt haben, wo wir an anderen Stellen hart darum gekämpft haben, Geld für **Bildung** und für **Infrastruktur** umzuschichten. Das ist kein einfaches „Wir-nehmen-mal-irgendwoher-eine-Zahl-aus-dem-luftleeren-Raum“, sondern das geht nur, wenn man ganz konkret sagt, wo man an anderer Stelle einsparen will.

Sie haben wieder einmal Frau Kraft erwähnt. Das ist in Ihrer Geschichte völlig verständlich. Frau Kraft fängt heute in Nordrhein-Westfalen dort an, wo Sie damals in Schleswig-Holstein als Finanzminister aufgehört haben, Herr Stegner, nämlich mit verfassungswidrigen Haushalten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein Haushalt war verfassungswidriger als der andere. Es hat Sie einen feuchten Kehrlicht geschert. Das wollen wir nicht mehr. Ich finde, es ist ganz vernünftig, dass man wieder sieht, wofür Parteien stehen. Sie stehen mit Ihrer Partei, mit Ihrer Fraktion - das ist heute deutlich geworden - für den knallharten Gang in die weitere Verschuldung in den nächsten Jahren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich kann Ihnen sagen: Versuchen Sie, sich mit dem Verfassungsgericht anzulegen. Versuchen Sie, das zu tun. Sie werden genauso scheitern, wie Frau Kraft schon in ihren ersten Jahren in Nordrhein-Westfalen gescheitert ist.

Aber ich sage Ihnen etwas anderes. Das ist als Alternative für unser Land positiv. Während ein Land wie **Nordrhein-Westfalen**, während auch **Hamburg** den Sprung nicht wirklich schafft - jetzt müssen wir abwarten, was Baden-Württemberg macht -, während all diese Länder erkennbar einen Weg in eine immer **höhere Verschuldung** gehen, um Wahlkampfversprechen zu finanzieren, jedes Jahr an Spielraum verlieren, weil die Zinsen und Zinseszinsen ihre Spielräume langsam auffressen, wird unser Kurs, so hart er ist und so wenig schön es ist, keine großen finanziellen Zusagen zu ma-

(Dr. Christian von Boetticher)

chen, so wenig schön es ist, Menschen etwas von gewohnten staatlichen Leistungen wegzunehmen, dazu führen, dass wir jedes Jahr unsere **Spielräume** ein Stückchen weiter erhöhen. Abgerechnet wird im **Jahr 2020**. Ich sage Ihnen eines: Dann wird **Schleswig-Holstein** mit einem klaren Sparkurs Spielräume haben, um wirklich zu investieren, um wirklich mit eingenommenem Geld, nicht mit Geld, das wir aus Neuverschuldung finanzieren, in Bildung, massiv in Infrastruktur zu investieren, so wie es Dänemark schon heute macht. Dahin wollen wir.

Lieber Lars Harms, ich muss Folgendes sagen: Ich war nicht ganz sicher, ob das hier eine Scherzrede war und Sie uns am Ende aufklären. Dieses Land hat jetzt durch die **Steuereinnahmen**, die in der **Steuerschätzung** nicht berechnet worden sind mit 400 Millionen €, nicht plötzlich mehr Geld, sondern statt einer Neuverschuldung im Doppelhaushalt von 2,2 Milliarden € jetzt nur noch 1,8 Milliarden € **neue Schulden**. Sie stellen sich hier hin und sagen, was man durch das Weniger an Neuverschuldung alles finanzieren könnte. Man sollte Sie in die 1. Klasse Grundschule Mathematik zurückschicken. Anders lässt es sich nicht erklären, dass man die einfachsten Rechenarten nicht beherrscht und **Steuermehreinnahmen** plötzlich als **echtes Haushaltsplus** verbucht. In Wirklichkeit ist es nur eine Minderung des Desasters, in dem wir immer noch stecken und bei dem wir uns in den nächsten Jahren alle kräftig anstrengen müssen, um dort herauszukommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine gute Einrichtung, dass das in der Aktuellen Stunde auf zweimal fünf Minuten verteilt wird. Ich habe mir doch glatt gedacht, dass Sie das so machen werden, wie Sie das hier getan haben. Sie hören nicht zu. Sie haben Ihre vorgestanzten Formulierungen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Sie erzählen hier allen Ernstes, gerichtet an meine Adresse und an die der Kollegin Heinold, wir hätten uns **gegen Konsolidierung** ausgesprochen.

(Markus Matthießen [CDU]: Mindestlohn!)

Kein Mensch hat das getan. Das Gegenteil haben wir formuliert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sagen Sie konkret, was Sie wollen! - Christopher Vogt [FDP]: Was wollen Sie denn?)

Sie haben den sehr originellen Gedanken, dass Sie sagen, wir beschimpften unseren Spitzenkandidaten, weil der in der Sache angeblich etwas anderes vertritt. In der Sache ist das alles falsch. Das wissen Sie selbst.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber es gibt das gute pädagogische Prinzip, dass man versucht, durch Wiederholungen Lernerfolge zu erzielen. Ich will das insofern an Ihnen noch einmal austesten.

Die Frage ist nicht, ob man für oder gegen **Konsolidierung** ist - um das noch einmal klar zu sagen. Das Schöne ist, dass alles, was man sagt, hier protokolliert wird.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Eben! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Eben!)

Die Frage ist vielmehr, ob die Vorschläge, die man macht, sinnvoll sind, möglicherweise sozial gerecht sind. Bei Ihnen sieht man, dass Sie ständig Vorschläge machen -

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

nehmen wir einmal den aus der Haushaltsstrukturkommission, die Universität Lübeck zu schleifen -, die Sie dann wieder einholen. Deswegen wollen Sie übrigens heute auch nicht über die Wahlkreise debattieren; Sie befürchten, dass über so etwas geredet wird. Das holt Sie dann wieder ein, und das ist Ihnen zu Recht peinlich.

(Markus Matthießen [CDU]: Jetzt kommt der Mindestlohn!)

Das ist der Sachverhalt.

Sie sind ja bei dem Einnahmethema nicht einmal in der Lage, diese unsinnige **Hotelsteuer** zurückzunehmen, obwohl man seit Monaten weiß, dass das ein ganz simpler Punkt wäre. Nicht einmal dazu sind Sie bereit.

Juristische Belehrungen ausgerechnet von Ihnen, Herr Kubicki, an einem Tag entgegenzunehmen, an dem Sie einen Antrag mit peinlichster Begründung zurückziehen, dazu muss ich sagen: Da sollten Sie

(Dr. Ralf Stegner)

besser still sein und diesem Haus keine juristischen Belehrungen erteilen. Sie haben sich heute in einer Weise blamiert, die wirklich ihresgleichen sucht.

(Beifall bei der SPD)

Das wissen Sie auch. Sie sind so schlecht gelaunt, weil Sie das heute Morgen eingeholt hat. Ich verstehe, warum Sie bei diesem Thema hier so einen dicken Max machen und glauben, Sie seien bei dem Thema auf dem richtigen Kurs.

Überall da, wo Sie so reden und Schwarz-Gelb gemeinsam antritt, kommt es zu folgendem Ergebnis: NRW: Schwarz-Gelb zusammen, unter 40 %; Hamburg: FDP gerade noch reingekommen, Schwarz-Gelb unter 40 %; Sachsen-Anhalt: FDP draußen, Schwarz-Gelb unter 40 %; Rheinland-Pfalz: FDP draußen, Schwarz-Gelb unter 40 %; Baden-Württemberg: Schwarz-Gelb abgelöst; Bremen: FDP parlamentarisch nicht mehr vertreten; Mecklenburg-Vorpommern, Berlin wird es auch so kommen, in Schleswig-Holstein wird es genauso kommen. Reden Sie ruhig so weiter, und tragen Sie den Menschen das vor!

(Zurufe von der FDP)

Wir treten hier für einen **Kurs** ein, meine sehr verehrten Damen und Herren, der in die Zukunft investiert und der dazu beiträgt, dass die Reparaturkosten, die Sie überhaupt nicht stören, vermindert werden. Sie sind im Prinzip gegen Bildungsgerechtigkeit. Das ist der Grund, warum Sie glauben, man kann das so machen, wie Sie das hier anstellen, anstatt in die Zukunft zu investieren und dafür zu sorgen, dass die Sozialtransfers geringer werden.

Das ist übrigens auch „Steine statt Brot“ für die **Kommunen**, weil die Kommunen das am Ende auszubaden haben.

(Zurufe von Wolfgang Kubicki [FDP])

Also, halten Sie ruhig Ihre Reden! Wir hören uns das hier noch ein Jahr an. Aber mit dem Kurs, den Sie einnehmen, sanieren Sie weder den Haushalt, noch werden Sie den parteipolitischen Erfolg haben. Sie verringern nicht die Schulden, sondern Sie verringern den Prozentanteil der FDP. Sie waren bei 15 %. Viel Glück, wenn Sie die 5 % schaffen! Sie werden das so nicht schaffen.

(Anhaltende Zurufe von der FDP)

Wir sind der Meinung, dass eine **nachhaltige Finanzpolitik** erforderlich ist. Dazu haben wir Vorschläge gemacht.

(Zurufe von der FDP - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat der Redner am Rednerpult.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich verstehe die Aufgeregtheit bei den Kollegen. Wenn ich mir die Ergebnisse angucken müsste, dann wäre ich an ihrer Stelle auch nervös.

Sie werden erleben, dass die Menschen immer dann, wenn sie abzustimmen haben, genau wissen, dass **Investitionen** in die Zukunft, in Bildung, in junge Menschen das ist, was wir tun müssen, damit auch die Haushalte konsolidiert werden können und wir nicht immer mehr Menschen haben, die ausgegrenzt werden, immer mehr Sozialtransfers bezahlen müssen, wobei es statt um die Zukunft immer mehr um die Vergangenheit geht. Sie stehen für die Vergangenheit. Dieser Teil des Hauses steht für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt noch die Wortmeldung von drei Abgeordneten im Rahmen der Aktuellen Stunde auf. Das sind die Kollegen Robert Habeck, Lars Harms und Ulrich Schippels. Danach hat die Landesregierung das Wort. - Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist total spannend, dass Sie sich über die Umfragewerte Ihrer Parteien austauschen, aber leider hat das wenig mit der Sache hier zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht - ich nehme an, aus der Sicht meiner ganzen Fraktion - hätte man die Debatte nach der Rede von Herrn Koch und von Frau Heinold eigentlich beenden können, denn da war in der Sache alles gesagt. Herr Koch hat ausgeführt, dass die **konjunkturellen Mehreinnahmen** keine Auswirkungen auf das strukturelle **Defizit** haben, das wir gemeinsam und hoffentlich in Kenntnis der Wirkung der Schuldenbremse beschlossen haben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

(Dr. Robert Habeck)

Frau Heinold hat ausgeführt, dass wir als Ganzes, auch die CDU und die FDP, nicht nachweisen können, wie wir den strukturellen Defizitabbau bis 2020 konkret umsetzen wollen. Das ist das Problem. Ende der Durchsage.

Eigentlich ist die Debatte, die gleich kommen wird, die viel spannendere, nämlich: Wie soll es gehen? Das ist auch der Dissens, der eine Qualität hat, der wichtig ist. Das Problem hier im Plenum ist: Wir können **Politik** nicht auf **Sparen** reduzieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn wir das tun, reduzieren wir den **Anspruch von Politik**, Gestaltung und Demokratie letztlich auf Prognosezahlen. Das ist eindeutig zu wenig. Also ist die Frage aus Sicht meiner Fraktion: Wie gestalten wir einen qualitativen Umbau der Wirtschaft? Wie schaffen wir es, in Bildung zu investieren, obwohl wir nicht einmal nachweisen können, wie wir den Schuldenpfad einhalten können? Und wie schaffen wir es, dass das Auseinanderfallen der Gesellschaft, also die Spreizung zwischen Einkommen und Vermögen, reduziert wird? Das sind die **Fragen**, die politisch beantwortet werden müssen.

Die **Antworten** werden nicht nur in diesem Land gefunden werden können, bei allem Selbstverständnis und bei allem Selbstvertrauen, das wir als Schleswig-Holsteiner haben können. Dafür sind unsere Mittel nicht groß genug. Wir werden einen **Anspruch** formulieren müssen, der weit über Schleswig-Holstein hinaus geht. Diese Debatte werden wir gleich in der Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage führen. Das ist die weitaus spannendere Debatte, denn die zielt auf die Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich eine weitere Besuchergruppe, Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften von der Immanuel-Kant-Schule aus Neumünster. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort erteile ich jetzt dem SSW-Landtagsabgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Wir müssen

zwei Themen voneinander trennen. Das eine sind die **Altschulden**, die 25 Milliarden €, die wir jetzt haben und die wahrscheinlich bis 2020 auf 32 Milliarden € angewachsen sein werden. Da reden wir dann über die Lösung, möglicherweise auch gleich unter dem nächsten Tagesordnungspunkt „Altschuldenfonds“ oder die Frage: Wie gehen wir das Ganze an? Die andere Frage betrifft die **Neuverschuldung** und unsere **Schuldenbremse**, die dazu dient, die Neuverschuldung entsprechend zu senken.

Bei den Altschulden können wir uns alle an die Nase fassen. In den 60er-, 70er-, 80er-Jahren, egal, in welchem Bundesland, hat man Leute eingestellt ohne Ende. Und die **Pensionsbelastungen** kommen jetzt auf uns zu. Die Leute haben sich ihre Pension verdient. Das muss man dazu sagen. Aber gleichwohl belastet das insbesondere die Haushalte, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in den Kommunen. Das ist unserer Auffassung nach auch eine gemeinsame Aufgabe, die wir angehen müssen. Deswegen macht ein **Altschuldenfonds** da auch Sinn.

Aber wenn es um die **Neuverschuldung** geht - nur um die geht es -, dann haben wir hier im letzten Jahr einen wichtigen Beschluss gefasst, indem wir die **Schuldenbremse** in die **Verfassung** hineingeschrieben haben. Das haben auch wir als SSW mitgetragen. Das möchte ich auch noch einmal deutlich sagen. Das heißt, niemand, der hier steht, sagt, dass wir das Geld zehnmal ausgeben sollen, sondern wir haben uns selber gebunden, haben selber gesagt: Okay, wir müssen sparen, wir müssen sehen, dass wir die Neuverschuldung drücken, wir müssen 2020 auf null sein. Dazu dient diese Schuldenbremse.

Diese **Schuldenbremse** sagt nun Folgendes aus: Konjunkturbedingte Mehreinnahmen dürfen nur für die **Begrenzung der Neuverschuldung** eingesetzt werden. Das heißt, ich darf dieses Geld nicht ausgeben. Aber **strukturelle Mehreinnahmen** dürfen verausgabt werden. Lesen bildet, Herr von Boetticher. Auch Sie als Jurist hätten einmal einen Blick in die Verfassung werfen müssen. Es geht nicht darum, dass man das Geld ausgeben muss, aber man darf es ausgeben. Man hat das Recht, dies zu tun, wenn man es politisch will. Das habe ich eben deutlich gemacht und habe auch deutlich gemacht, welche **Alternativen** es gibt, wofür man dieses Geld verwenden könnte, nämlich zur Weiterentwicklung unseres Landes.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Herdejürgen?

Lars Harms [SSW]:

Gern.

Birgit Herdejürgen [SPD]: Herr Kollege Harms, ist Ihnen bewusst, dass die Schuldenbremse, die wir in der Landesverfassung stehen haben, erst ab 2020 gilt und dass wir im Moment dabei sind, die Neuverschuldung auf null zu setzen und die Schuldenbremse mit diesen ganzen Einschränkungen, die Sie gerade beschrieben haben, erst ab dann gilt?

- Es ist richtig, dass wir im Jahre 2020 auf null sein wollen. Das werden wir auch schaffen. Das ist nicht das Problem.

(Beifall des Abgeordneten Markus Matthießen [CDU] - Zurufe von der CDU)

Das ist auch nicht das Thema. Das Thema ist: Welche Möglichkeiten habe ich? Welche Möglichkeiten sind mir gegeben? Die Zwangsjacke lasse ich nicht durchgehen, weil ich nicht glaube, dass man Sparen immer nur als alternativlose Politik hier darstellen kann. Das ist es nicht,

(Beifall beim SSW)

sondern Politik ist Gestaltung. Wie der Kollege Habeck es gerade eben richtig gesagt hat: Sparen kann nicht das einzige Ziel der Politik sein, sondern wir müssen auch versuchen, hier in Schleswig-Holstein eine Politik **für die Zukunft** zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe versucht deutlich zu machen, meine Damen und Herren, dass es Alternativen gibt. Und die Alternativen werden sich nachher am 6. Mai 2012 herausstellen. Ich hoffe, die richtige Alternative bekommt dann die entsprechende Mehrheit.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Gestatten Sie noch eine weitere Zwischenfrage? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort zu einem weiteren Beitrag im Rahmen der Aktuellen Stunde.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich bin schon ein bisschen über die Redebeiträge der

Fraktionen erstaunt, die alle der Schuldenbremse zugestimmt haben und jetzt darüber diskutieren, wie man sie eigentlich zu interpretieren hat. Ich möchte mich da gar nicht einmischen und möchte auch nicht dem nächsten Tagesordnungspunkt vorgehen. Ich möchte an dieser Stelle aber doch noch einmal sagen: Herr von Boetticher, wenn Sie sagen, dass es darum gehe, die **Verfassung** einzuhalten, und dass wir das **Ziel bis 2019** schaffen müssten, kann ich nur sagen: Das werden wir eigenständig nicht schaffen. - Das werde ich gern noch einmal ausführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist auch das Ergebnis der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage. Wir werden es ohne Hilfe nicht schaffen, die Verfassung an der Stelle einzuhalten.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Ich finde es, offen gesagt extrem schräg, dass alle Fraktionen - bis auf unsere Fraktion - so etwas in die Verfassung hineingeschrieben haben, wohl wissend, dass man diese Verfassungsregelung allein nicht einhalten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Das an der Stelle.

Ich möchte jetzt noch zu zwei weiteren wichtigen Punkten etwas sagen, Herr von Boetticher.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie zuvor noch eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Ja, gern.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Schippels, ist Ihnen bewusst, dass die Schuldenbremse für Schleswig-Holstein auch gegolten hätte, wenn wir die Landesverfassung nicht geändert hätten?

- Mir ist das bewusst, aber die Dopplung von etwas Falschem muss nicht bedeuten, dass es dadurch besser wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber vor allen Dingen wäre das dann eine Bundesregelung. Wir haben der ja auch widersprochen beziehungsweise haben dem hier im Landesparlament nicht zugestimmt beziehungsweise die Regierung

(Ulrich Schippels)

hat das nicht getan. Dazu hätten wir dann zumindest der **Bundesregierung** sagen können, jetzt müssen wir beispielsweise bei der Altschuldenregelung auch eine vernünftige Lösung finden, die es uns ermöglicht, tatsächlich ab 2020 zu strukturell ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Dadurch, dass Sie das jetzt in die Landesverfassung hineingeschrieben haben, haben Sie uns alle verpflichtet - unabhängig von der Bundespolitik -

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Aber das Grundgesetz gilt doch!)

obwohl wir darauf gar keinen Einfluss haben, dass wir das selbst wuppen. Ich sage Ihnen aber: Wir können das nicht selbst wuppen. Das ist der Unterschied zwischen der Bundesregelung und der Landesregelung.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Gern doch.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Schippels, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass meine Fraktion - und ich nehme an, die anderen Fraktionen ebenso, die das beschlossen haben - bei der Verabschiedung der Schuldenbremse für die Landesverfassung davon ausgegangen ist und nach wie vor davon ausgeht, dass wir die Regelung auch einhalten können, dass wir uns also nicht rechtswidrig verhalten haben?

- Entschuldigung, das habe ich akustisch nicht verstanden.

Ihre Behauptung, wir alle hätten sehenden Auges etwas beschlossen, was wir nicht umsetzen können, ist jedenfalls aus Sicht meiner Fraktion und der Fraktion der CDU falsch.

- Na ja, da lese ich aber die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN etwas anders. Es mag aber sein, dass sich diese Sichtweise in der Regierung inzwischen etwas geändert hat.

Mal abgesehen davon haben die Grünen damals in ihrem Strukturkonzept, das sie vorgelegt haben, schon darauf hingewiesen, dass ohne Steuersatzveränderungen auf **Bundesebene** diese **Schulden-**

bremse gar nicht einzuhalten ist. Das haben sie schon gemacht, bevor die Schuldenbremse hier verabschiedet worden ist. Sie haben darauf nicht gehört. Wir haben darauf gehört und das beherzigt, und deshalb konnten wir nicht zustimmen. So weit zu diesem Thema.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr von Boetticher, Sie verweisen immer darauf, dass wir so viele Schulden gemacht haben und dass die armen Schülerinnen und Schüler dort oben auf der Besuchertribüne das ausbaden müssen. Sie sagen, dass die Schuldenbremse jetzt dazu dient, ihnen ein besseres Leben zu ermöglichen. Was Sie in Wirklichkeit machen, ist, dass Sie unsere Schulden - wobei wir politisch nicht für sie verantwortlich sind -, die jahrzehntelang aufgebaut worden sind, letztlich denen aufbürden. Sie tun das, indem Sie die Bildungsinvestitionen herunterschrauben, indem Sie die ganze Last auf sie abwälzen.

Lassen Sie uns doch finanzpolitisch einmal ein bisschen rechnen! Wir haben jetzt 1,5 Milliarden € durch die **Steuerschätzung**, die wir weniger ausgeben. Sie als Regierungsfraktion und auch der Minister möchten dieses Geld dazu nutzen, die **Schulden zu reduzieren**. Das strukturelle Ergebnis eines solchen Herangehens bei Zinsen in Höhe von 3 bis 4 %, die zurzeit auf dem Kapitalmarkt bezahlt werden müssen - wir haben ja gerade ein sehr gutes Geschäft gemacht, indem 500 Millionen € zu 3 % aufgenommen worden sind -, bedeutet, dass wir eine **strukturelle Entlastung** von 45 Millionen € beziehungsweise 60 Millionen € pro Jahr hätten. Wenn Sie gleichzeitig **ÖPP-Projekte** machen, die Sie fremd finanzieren, bei denen Sie wissen, dass diejenigen, mit denen Sie verhandeln, auf dem Kapitalmarkt Geld aufnehmen müssen und auch noch Profit machen - das bedeutet, die holen sich das später vom Land zurück -, dann frage ich mich: Wo ist da der ökonomische Sinn?

(Beifall bei der LINKEN)

Es funktioniert einfach nicht, weil Sie die **Schulden** dann zwar nicht im Haushalt drin haben, aber über die Laufzeiten von 30 Jahren **in die Zukunft** verlagern.

Noch einmal: Es ist unserer Ansicht nach angesichts der heutigen Situation, angesichts der heutigen Zinssätze, allemal besser, das, was wir investieren können, tatsächlich in die Zukunft zu investieren, zum Beispiel in Bildung. **Bildungsinvestitionen** rentieren sich volkswirtschaftlich zu 8 % bei einer Belastung von 3 oder 4 % für die Schuldenaufnahme. Das ist ein Plus von 4 oder 5 %. Das ist

(Ulrich Schippels)

richtiges Rechnen. So, wie Sie das machen, fürchte ich, kommen wir keinen Schritt weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zeitweise war mir nicht mehr ganz klar, welche Schmerzen größer sind, die durch die Folgen meines Unfalls oder die durch manche Redebeiträge.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Aber ich versuche mal, die für mich wesentlichen Punkte an den Anfang zu stellen.

Grundlage für die **Steuerschätzung** war die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, im Wirtschaftsraum Europa und der Welt. Ich glaube deshalb, dass es von Bedeutung ist - für mich jedenfalls -, dass man zur Kenntnis nehmen kann - wenn man das will -: **Deutschland** erlebt ein kleines Wirtschaftswunder. Dass wir nach der stärksten Wirtschaftskrise, die die freie Welt je erlebt hat, in so kurzer Zeit, nach diesem Einbruch im Jahr 2009, der leichten Erholung 2010, heute mit **Wachstumsraten** in diesem Jahr von 2,6 %, im nächsten Jahr von knapp 2 % und dann immer geringer werdend, arbeiten können, dass wir auf dem Arbeitsmarkt eine Entlastung haben werden, dass die Arbeitslosenquote in diesem Jahr unter 3 Millionen sinkt, im nächsten Jahr etwa um weitere 10 % absinkt, dass wir die höchsten Beschäftigungszahlen haben, nämlich 41 Millionen Beschäftigte im kommenden Jahr, das ist die eigentliche wirtschaftliche Grundlage für das, worüber wir reden.

Dann wird sich in der Folge auch - wenn wir das richtig unterstützen - die finanzielle Entwicklung so einstellen, wie wir sie jetzt positiv bei der wirtschaftlichen Betrachtung sehen können. Deshalb steht am Anfang allen Tuns - das geben die Zahlen sehr deutlich wieder - die Frage: Wie können wir wirtschaftliches Wachstum, wirtschaftliche Dynamik unterstützen? Das gilt für Deutschland, Europa, aber auch für Schleswig-Holstein. Das heißt: Wie befördern wir unsere Infrastruktur - die wirtschaftliche Infrastruktur ebenso wie die soziale und auch die Bildungsinfrastruktur - so wie auch viele andere Aufgaben, die die Voraussetzung dafür bilden, dass

dies überhaupt geschehen kann? Das ist der entscheidende Punkt.

Wenn Sie sich die reinen **Steuerzahlen** ansehen und sie nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben betrachten, dann sehen Sie, dass wir in diesem Jahr gut 400 Millionen € mehr einnehmen, im nächsten Jahr 600 Millionen € mehr, als präzise heute vor einem Jahr noch angenommen wurde. Das heißt, wir haben eine Dynamik, die wir durch Ausgaben - und da bin ich völlig bei Ihnen, Kollege Habeck - niemals meistern könnten. Deshalb muss all unser Sinnen darauf gerichtet sein, das zu tun, was uns in der Zukunft **Wachstum** beschert und was hier die Möglichkeit zur **Schaffung von Arbeitsplätzen** bringt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Da darf jeder auch gern einmal in die Vergangenheit gucken und seinen Teil der Verantwortung an der geringeren wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins gegenüber anderen Ländern in den vergangenen 20 Jahren betrachten, Herr Kollege Stegner. Dazu gehört beispielsweise der Vorwurf, wenn man sich darüber auseinandersetzt, den Sie hier gegenüber CDU und FDP vorgebracht haben, einen Privatisierungswahn zu betreiben. - Mein lieber Mann, das finde ich schon erstaunlich für einen ehemaligen Regierungsvertreter, der übrigens gemeinsam - Frau Heinold! - mit der grünen Fraktion von 1996 bis 2005 das gesamte Landesvermögen verscherbelt hat, das gesamte **Landesvermögen**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Gebäude meines schönen Ministeriums, in dem Sie ja auch einmal gesessen haben, haben Sie verkauft. Den Verkaufserlös musste der Käufer am Kreditmarkt aufnehmen, das sind dann verdeckte Schulden des Landes gewesen. Das Geld ist dann auch gleich ausgegeben worden. Das gilt für alle **Landesliegenschaften**. Und dann reden Sie hier von einem Privatisierungswahn? - Mein lieber Scholli!

Steuerpolitik! Dass wir hier steuerpolitische Vorschläge von zwei Fraktionen erhalten, die es in den zehn Jahren, in denen sie gemeinsam regiert haben, nicht in einem einzigen Jahr geschafft haben, ihr eigenes Steueraufkommen, das Steueraufkommen des Landes Schleswig-Holstein, zu steigern - zehn Jahre lang eine gerade Linie, keine Steigerung, nur durch den Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen -, ist erstaunlich. Sie stellen sich hier hin und machen uns irgendwelche Vorschläge. Das ist geradezu eine Lachnummer!

(Minister Rainer Wiegard)

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Mehrwertsteuer! Einerseits beklagen Sie, dass offensichtlich keine Vorschläge kommen, diese ominöse **Hotelsteuer** abzuschaffen, andererseits beschimpfen Sie mich, dass ich vorgeschlagen habe, genau das zu tun, indem ich gesagt habe: Alle Ermäßigungen streichen! Dazu gehört auch die. Ich frage einmal: Wenn Sie dieser Steuerdiskussion um die Mehrwertsteuer eine besondere soziale Komponente beimessen, welche ist das denn?

Also, von den 24 Milliarden € Ermäßigungsvolumen aus dem 7-prozentigen Steuersatz fallen 21 Milliarden € auf die besser Verdienenden - solche wie Sie - und 3 Milliarden € auf die weniger Verdienenden. Und dann reden Sie von der sozialen Komponente? - Sie sollten einmal erklären, warum Sie eigentlich - als jemand, der 150.000 € im Jahr verdient - unbedingt darauf besteht, dass Sie weiterhin steuervergünstigt Brot, Butter, Milch und Käse kaufen können. Ich denke, das sollten Sie hier erklären.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will eines, was wir in die nächste Diskussionsrunde gleich noch mit aufnehmen, hier deutlich machen: Sie haben zu Beginn Ihres ersten Redebeitrags gesagt, Schleswig-Holstein sei Haushaltsnotlageland. - Das ist falsch. Das ist definitiv falsch. Es gibt in Deutschland derzeit kein Haushaltsnotlageland, obwohl es drei Länder gibt - Bremen, Berlin und Saarland -, die es gern wären, weil sie dann möglicherweise Anspruch auf noch höhere Bundesmittel hätten als bereits derzeit. Es gibt aber einen **Beschluss des Stabilitätsrats** von dieser Woche, in dem festgestellt wird, dass **vier Ländern** die **Haushaltsnotlage droht**, wenn sie denn nicht das tun, was Schleswig-Holstein eingeleitet hat. Das ist der Beschluss. Das ist ein gewaltiger Unterschied, ob man sich in einer Haushaltsnotlage befindet oder ob man feststellt, dass sie droht, wenn man nichts dagegen unternimmt. Deshalb unternehmen wir etwas dagegen. Das ist der Unterschied zwischen unserer und Ihrer Politik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bleibe bei dem, was ich eingangs gesagt habe: Bei allen notwendigen Maßnahmen, die **Ausgaben** und insbesondere den Ausgabenanstieg zu begrenzen - das ist eigentlich der Weg, den wir in den nächsten Jahren gehen -, gilt es vor allen Dingen die **Einnahmehasis** durch ein geordnetes Wachstum zu unterstützen, so, wie wir in der Krise in Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland ge-

meinsam - das war eine wesentliche Ursache für dieses Wirtschaftswunder, wie ich es nenne - durch gezielte steuerpolitische Maßnahmen, aber auch durch gezielte Unterstützung und den Ausbau von Infrastrukturen insbesondere im öffentlichen Bereich dafür gesorgt haben, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gestützt wird. Davon profitieren wir heute noch. Dies müssen wir in geordneter Weise auch in der Zukunft fortsetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Finanzielle Situation des Landes Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1252](#)

Antwort der Landesregierung

[Drucksache 17/1352](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe nicht, dass das der Fall ist. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann nahtlos von dem bisherigen Punkt auf die Beantwortung der Großen Anfrage überleiten, für die ich mich sehr herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen bedanke. Ich habe mich ein bisschen gewundert, als Sie sie gestellt haben, dass Sie gleich gesagt haben, Sie wollten die Antwort noch gar nicht wissen, sondern erst später, wenn es Ihnen zeitlich in den Kram passe. Wir haben sie dennoch zeitgerecht beantwortet. Das werden wir auch künftig so halten.

Die Überschrift Ihrer Großen Anfrage ist für mich eigentlich der Hauptpunkt, über den wir reden, weil es da um die **finanzielle Situation** des Landes **Schleswig-Holstein** geht. Bei den Einzelfragen geht es beim größten Teil der Fragen eher darum auszuforschen, was die Landesregierung als Nächstes vorhat und wie sie das bewertet.

Deshalb lassen Sie mich zunächst zur **Finanzsituation des Landes** etwas sagen. Aus den Unterlagen,

(Minister Rainer Wiegard)

die ich der Regierung und dem Parlament in den letzten Jahren vorgelegt habe, kann man die Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein vollständig und umfassend erkennen. Das war vorher nicht so. Wir haben alle verdeckten Kreditaufnahmen in den **Landeshaushalt** zurückgeholt. Wir haben vollständig und offen die expliziten und impliziten Verschuldungen und Verpflichtungen dargestellt. Jedermann kann durch Einsicht in die **Finanzplanung** und den aktuellen Haushalt ableiten, in welcher Situation sich das Land Schleswig-Holstein befindet, und daraus seine Schlüsse für notwendige haushaltspolitische Konsequenzen ziehen. Das mag auch der Gegenstand sein.

Die finanzielle Lage des Landes Schleswig-Holstein hat der **Stabilitätsrat** am Montag in seinen verschiedenen Beschlüssen eindeutig dokumentiert. Deshalb komme ich darauf zurück. Der Stabilitätsrat hat festgestellt - gleichlautend für die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein -, dass auf der Grundlage des Berichts des Evaluationsausschusses und anhand von vier Kennziffern diesen Ländern eine **Haushaltsnotlage** droht. Er hat dann hinzugefügt - das nur für **Schleswig-Holstein** -:

„Die vom Land Schleswig-Holstein ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen werden ausdrücklich anerkannt und ihre konsequente Umsetzung empfohlen. In das ... zu vereinbarende Sanierungsprogramm sind diese Maßnahmen einzubeziehen“.

Das heißt, dass das, was das Kabinett genau heute vor einem Jahr dem Parlament an **Konsolidierungsmaßnahmen** vorzulegen beschlossen hat, wird in der ganzen Republik - nur eben nicht in manchen Teilen dieses Hauses - anerkannt.

Dieses Programm bedeutet, dass wir für die ersten zwei Jahre, nämlich die Haushaltsjahre 2011 und 2012 bereits den Teil des **Sanierungsprogramms** abgeliefert haben. Andere Länder müssen hier ihre Schularbeiten erst noch machen.

Deshalb sage ich sehr deutlich: Jeder kann sich nun anhand der Unterlagen mit dem befassen, was Aufgabe ist. Er sollte das sachgerecht tun. Ich habe gestern in einem Gespräch mit dem Ortsvorsitzenden in meinem Wahlkreis auch vernommen, dass manche Mitglieder dieses Hauses hier anders reden, als wenn sie dann im Land Schleswig-Holstein unterwegs sind. Das kann man tun, aber man muss auch damit rechnen, dass es aufgedeckt wird und wir uns dann hier damit auseinandersetzen.

(Zuruf)

- Diesmal sind Sie ausnahmsweise nicht dran, Herr Stegner, aber ich hätte noch eine ganze Menge, über die ich mich mit Ihnen auseinandersetzen kann.

Wenn vor Ort eine Gemeinde, die sehr stark bedrückt ist, weil fast zwanzigmal so viele Autos durch diese Gemeinde fahren - im Wesentlichen Lkws -, wie es dort Einwohner gibt, sich an die politischen Fraktionen des Landtages wendet und darum bittet, dass dort eine Umgehungsstraße befürwortet wird und sie insbesondere auch von einer Fraktion, die bei Verkehrsprojekten häufig sehr zurückhaltend ist, die Zusage bekommt: „Jawohl, darum kümmern wird uns!“, sodass man dort vor Ort befriedigt ist und wenn man wenige Monate später bei seiner Mitmachaktion im Stil der 70er-Jahre die Frage ins Internet stellt: „Möchten Sie lieber Geld für Kindergärten oder für den Straßenausbau?“ und damit genau diese Straße infrage stellt, dann ist das schlicht und ergreifend gegenüber den Menschen unfair und nicht in Ordnung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb sage ich Ihnen: Mitmachen kann jeder. Der Haushalt des Landes Schleswig-Holstein für die Jahre 2011 und 2012 - und sogar für die zurückliegenden Jahre meiner Amtszeit - und die Finanzplanung, die wir bis 2020 aufgestellt haben, stehen im Internet auf der Homepage des Finanzministeriums für jedermann zur Einsichtnahme, zur Stellungnahme, zur Reaktion und zur Aktion zur Verfügung.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heibold?

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Bitte sehr.

Monika Heibold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, da Sie sich erfreulicherweise mit unserem Mitmachhaushalt beschäftigt haben, stelle ich die Frage, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, dass wir dort nicht grüne Programmatik abfragen - darauf weisen wir auf der ersten Seite auch hin -, sondern dass wir ein breites Themenfeld abfragen und deshalb die Frage nach der Umgehungsstraße Hammoor nicht dahin geht, ob grüne Programmatik begrüßt wird,

(Tobias Koch [CDU]: Von wem kam der Vorschlag?)

(Minister Rainer Wiegard)

sondern ob diese Straßenbaumaßnahme aus Sicht der Bürger und Bürgerinnen stattfinden sollte oder nicht, also eine neutrale Frage ist und keine vor dem Hintergrund grüner Programmatik.

- Frau Kollegin Heinold, was ich zur Kenntnis nehme, ist, dass Sie vor Ort eine ganz konkrete Zusage, die mir hier auch vorliegt, gegeben haben, sich dafür einzusetzen, und dass Sie dann bei der Behandlung des Haushalts - also fernab von Hammoor und von der unmittelbaren Betroffenheit den Eindruck erwecken, das stehe beliebig zur Disposition, und sie wollten es nicht. Ich sage nur: Mit zwei Zungen reden, das haben wir hier häufiger.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber Sie müssen damit rechnen, dass das auch offenbart wird. Deshalb empfehle ich Ihnen allen, mit großer Sorgfalt vorzugehen - ich sage Ihnen, wir haben sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabeseite erheblichen Diskussionsbedarf -, um den richtigen Weg zu finden.

Ich bin nicht immer sicher, ob ich den richtigen Weg hundertprozentig so getroffen habe, dass er später einmal im Rückblick auf die Geschichte als richtig bewertet werden wird. Wir sollten uns schon offen und ehrlich über die richtigen Wege sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabeseite auseinandersetzen. Wir haben unsere Vorschläge gemacht, und wir werden in den nächsten Monaten **Eckdaten** für die nächsten **Jahre nach 2012** vorlegen, mit denen wir glauben, den Bremsweg zur Null-Neuverschuldung 2020 auf den Weg bringen zu können. Das wird keine einfache Aufgabe sein.

Lars Harms, ich empfehle, Ihren Vorschlag, dass wir immer an die Grenze dessen gehen, was gerade noch zulässig ist, noch einmal infrage zu stellen. Ich meine, dass wir, wenn es die wirtschaftliche Dynamik erlaubt, schneller als derzeit vorgesehen, schneller als in der Verfassung vorgeschrieben, früher als 2020 das Ziel Null-Neuverschuldung erreichen sollten, um dann damit zu beginnen, den aufgetürmten Schuldenberg abzubauen.

Das sage ich an die Kolleginnen und Kollegen, die immer noch glauben, man könne beliebig eigene Schulden machen. Der Vorschlag, den Sie gemacht haben, Lars Harms, würde auch dazugehören, wenn Sie sagen, wir gehen immer an die Grenze. Auch das ist Verschuldung. Man kann beliebig Schulden auftürmen und dann die Forderung aufstellen, der Bund und andere Länder sollten sie einem doch abnehmen. Manche Diskussion zum Thema Altschuldenfonds kann ich nicht mehr nachvollziehen. Die

Schulden, die Schleswig-Holstein hat, wird Schleswig-Holstein allein abbauen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, erst einmal vielen Dank für die Beantwortung der Großen Anfrage. Unser Ansinnen, dem Ministerium etwas mehr Zeit zu geben, ist leider missverstanden worden. Wir werden es nicht wieder tun.

Es war absehbar, dass der **Stabilitätsrat** Schleswig-Holstein eine drohende Haushaltsnotlage in der Prognose bescheinigen wird. Es ist absehbar, dass unser Land in den nächsten Jahren erhebliche Probleme haben wird, die **Schuldenbremse** umzusetzen. Deshalb hat meine Fraktion Anfang des Jahres die Große Anfrage gestellt. Wir wollten wissen, welche gewichtigen Einnahme- und Ausgabenblöcke aus Sicht der Landesregierung vorhanden sind, um den vorgeschriebenen **Konsolidierungspfad** einzuhalten.

Außerdem sollte die Große Anfrage Licht ins Dunkel bringen, damit die Menschen im Land wissen, was die Landesregierung weiter plant. Diese Chance hat die Landesregierung nicht genutzt. Herr Finanzminister Wiegard, Sie haben mit Ihren Antworten gezeigt, dass Sie selbst im Dunkeln tappen und anscheinend auch Ihre Kolleginnen und Kollegen - das zeigen die Antworten auf unsere Fragen - nicht wissen, wo der Lichtschalter ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt weder einen Plan für relevante Einnahmesteigerungen noch für spürbare Ausgabenkürzungen. Herr Wiegard, dabei ist es erschreckend, welchen niedrigen Stellenwert Sie der **Einnahmesituation** beimessen. So haben wir gefragt, ob die Landesregierung eine **Bundesratsinitiative** plant, um die Reduzierung der **Umsatzsteuer für Hotelübernachtungen** endlich rückgängig zu machen. Das Ganze war ein Schuss in den Ofen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Was antwortet die Landesregierung - man muss sich den Satz auf der Zunge zergehen lassen -:

(Monika Heinold)

„Bisher liegen keine Erkenntnisse vor, die die Rücknahme der Maßnahme geboten erscheinen lassen“.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, wer so lax auf 12 Millionen € jährlich verzichtet, der muss sich nicht wundern, dass Vereine und Verbände, Schülerinnen und Schüler, Blinde, Verbraucherzentralen und andere nicht verstehen, wie diese Landesregierung Finanzpolitik macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Wiegard, nun vermarkten Sie immer wieder neue steuerpolitische Konzepte. Das ist ja auch in Ordnung, aber dafür kann sich unser Land nichts kaufen. Fahren Sie nach Berlin, machen Sie dort Bundesratsinitiativen, die Schleswig-Holstein bei der Einnahmesituation helfen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie schon keine Ideen für eine Einnahmeverbesserung haben, weder im Land noch im Bund, dann müssten Sie zumindest **Sparvorschläge** in der Größenordnung haben, die Sie in der mittelfristigen Finanzplanung - 500 Millionen € sind da ja noch offen - aufgeschrieben haben. Aber auch hier Fehl-anzeige!

Bei all unseren Fragen, welche weiteren Einsparungen die einzelnen Ressorts leisten könnten, versteckt sich die Landesregierung hinter der Floskel, dass diese Antworten mit dem nächsten Doppelhaushalt kämen. Formal haben Sie natürlich recht. Aber wenn es darum geht, die Bürger und Bürgerinnen dafür zu gewinnen, sich mit der Haushaltspolitik des Landes zu beschäftigen, wenn es darum geht, den Haushalt transparent zu machen, dann ist diese Antwort nicht ausreichend, dann helfen uns Floskeln nicht weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun hat Herr Wiegard großzügig angekündigt - ich habe es in einer Zeitung gelesen -, er würde demnächst nachliefern. Also Chance verpasst, jetzt soll es kommen. Da könnte man denken: Na ja, gut, vielleicht haben Sie sich besonnen, Herr Minister. Nein, es ist der Berliner **Stabilitätsrat**, der dieser Landesregierung vorschreibt, für die nächsten fünf Jahre die **mittelfristige Finanzplanung** durchzudeklinieren, um konkrete Schritte zu benennen, Herr Finanzminister.

Ich appelliere, Haushaltspolitik endlich transparent zu machen, sie vom Mythos des Geheimwissens zu befreien. Wenn Sie sagen, unser Mitmachhaushalt sei 70er-Jahre, dann sage ich: Ihre Hinterzimmerpolitik ist retro, Herr Finanzminister!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichts ist doch abschreckender, als wenn nicht in Alternativen gedacht wird, sondern das Wort „Alternativpolitik“ alles bestimmt, und nichts ist abschreckender, als wenn eine Haushaltsstrukturkommission ihre Tore öffnet und sagt, wir machen mal eben die Uni Lübeck platt, und die ganze Region in Angst und Schrecken versetzt.

Meine Damen und Herren, für uns ist als Ergebnis völlig klar:

Erstens. Ohne eine deutliche **Verbesserung der Einnahmen** werden wir die Schuldenbremse nicht umsetzen können. Deshalb müssen Bundesratsinitiativen folgen.

Zweitens. Die Landesregierung muss **Reformen** anpacken, ob es die Verwaltungsstrukturreform ist, ob es das Drängen auf einen Altschuldentilgungsfonds ist, ob es die Verstärkung der norddeutschen Kooperation ist.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Loedige?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Katharina Loedige [FDP]: Frau Kollegin Heinold, Sie fordern Bundesratsinitiativen. Heißt das auch, dass die Mitglieder der Regierung jedes Mal an Bundesratssitzungen teilnehmen können und hier entschuldigt sind?

- Frau Loedige, diese Frage beantworte ich gern, weil es einen Teil der Regierungsmitglieder gibt, die nicht Landtagsabgeordnete sind. Die sind völlig frei, während der Landtagssitzungen an Bundesratssitzungen teilzunehmen und dort für Schleswig-Holstein abzustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wer hier aus anderen Gründen fernbleibt, das ist Ihr Problem und nicht unseres.

(Monika Heinold)

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Anträge dürfen gestellt werden, aber der Fachminister darf nicht hin! - Wolfgang Baasch [SPD]: Was sind schon Fachminister bei euch? - Unruhe)

Präsident Torsten Geerds:

Frau Heinold, die Regierung hat ihre Redezeit um zwei Minuten und 30 Sekunden überzogen, und das bauen wir jetzt ein.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Drittens. Schleswig-Holstein kommt in den nächsten Jahren um harte Einschnitte nicht herum. Wir haben das heute Morgen besprochen. Die Steuer-schätzung hilft uns nicht weiter. Kostenträchtige Wahlversprechen sind deshalb ebenso illusorisch wie Steuersenkungsträumereien.

Viertens. In schwierigen Zeiten muss Haushaltspolitik transparent gestaltet werden und darf nicht als top secret eingestuft werden. Wir müssen damit aufhören, Dinge alternativlos durchzuziehen. Herr Minister, ich hätte den Mitmachhaushalt von mir aus gar nicht ins Spiel gebracht, aber Sie scheint er ja sehr zu bewegen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mitmachen!)

Ich bitte Sie nachzulesen. Auf Seite 1 steht klipp und klar: Die Fragen geben keine grüne Meinung wieder. Wir fragen zum Beispiel auch nach der Städtebauförderung. Sie wissen, dass es uns eine Herzensangelegenheit ist, in die Städtebauförderung zu investieren. Wir fragen verschiedene Dinge ab. Es ist nicht grüne Meinung. Das ist gerade der Charme. Wir haben zur Ortsumgehung Hammoor, nachdem wir die Rückmeldung hatten, dass wir dort nicht gut informieren, unsere Website mit der Ortsverbandsseite der CDU verlinkt. Was wollen Sie mehr?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Kritik der Bürgerinitiative in das Internet gestellt. Wir haben die Broschüre der CDU und auch das Haushaltsstrukturkonzept von Anfang an mit eingestellt. Herr Finanzminister, natürlich freut es mich, wenn Sie auf Facebook posten lassen: Liebe Bürgerinnen und Bürger, wenn Sie sich ordentlich informieren wollen, müssen Sie gar nicht beim Mitmachhaushalt mitmachen, sondern dann können Sie auch auf die Seite des Finanzministers gehen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viele Links habt ihr denn da?)

Wenn unser „Mitmachhaushalt“ dazu beiträgt, dass sich die Menschen in Schleswig-Holstein auch bei Ihnen auf der Seite mehr über Finanzpolitik informieren, ist doch auch was gewonnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns geht es darum, Finanzpolitik als Gestaltungselement zu verstehen, mit den Menschen im Land zusammen, und bei aller Notwendigkeit auch tatsächlich den Konsolidierungskurs einzuhalten. Eines dürfen wir nicht aus den Augen lassen: Es muss uns gelingen, in Bildung zu investieren. Das sagen immer alle, aber es müssen auch die Schritte folgen, damit unser Land tatsächlich gute Zukunftschancen hat und nicht mehr auf die Unterstützung anderer angewiesen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle gebührt der erste Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ministerien, die in einer wahren Mammutarbeit auf über 100 Seiten die Große Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit insgesamt 119 Fragen beantwortet haben.

Ich bin den Antragstellern für ihre Große Anfrage allein schon deshalb dankbar, weil sie mir Gelegenheit gibt, die Kernkompetenz der christlich-liberalen Position bei der Haushaltskonsolidierung zu unterstreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt schon die Fülle von Ansatzpunkten, die Sie für Ihre Fragen gefunden haben, und die sich ganz oft auf die von Ihnen so kritisierte Haushaltsstrukturkommission beziehen, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen wie kein anderer alle Möglichkeiten zur Sanierung des Landeshaushaltes untersucht und heranzieht.

(Tobias Koch)

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber in der Blackbox!)

Mit dem beschlossenen **Doppelhaushalt**, der völlig offen und transparent ist, haben CDU und FDP bewiesen, dass eine erfolgreiche **Haushaltskonsolidierung** auch möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Auf das Urteil des **Stabilitätsrats** zu unserer Arbeit ist bereits hingewiesen worden. Der Stabilitätsrat hat nicht nur gesagt, was 2011 und 2012 kurzfristig gemacht worden ist, ist richtig, sondern er schreibt uns auch ins Stammbuch - wenn ich zitieren darf -:

„Im Rahmen des Konsolidierungsprogramms wurden darüber hinaus einige mittel- und langfristig wirkenden Maßnahmen beschlossen. Diese Maßnahmen werden ausdrücklich anerkannt und vonseiten des Stabilitätsrats zur Umsetzung empfohlen.“

Wie gut wir damit sind, merkt man erst, wenn man schaut, was bei anderen Ländern steht.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist es!)

Was steht denn bei dem rot-grün regierten Bremen?
- Dort steht:

„Die drohende Haushaltsnotlage wird festgestellt.“

Punkt. Aus. Nichts mehr. Dort gibt es noch gar kein Konzept. Da sind wir um Meilen weiter als Rot-Grün in Bremen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nun ist es durchaus auch erhellend, sich einmal die Fragen in der Großen Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anzusehen. Es ist schon sehr aufschlussreich, zu schauen, was sie gefragt haben. Frage Nummer 9 im ressortübergreifenden Block lautet beispielsweise:

„Hat die Landesregierung die Höhe der Umweltabgaben mit dem Ziel der Einnahmeverbesserung evaluiert?“

Da geht es gar nicht mehr vorrangig um umweltpolitisch begründete Steuerung oder Anreizsetzung. Bei den Grünen steht offenbar allein das Abkassieren zur Sanierung des Haushalts im Vordergrund. Nicht mehr Umweltschutz, sondern allein **Einnahmeerzielung** ist das Ziel.

(Beifall bei der FDP)

So zeigt sich an ganz vielen Stellen der bevorzugte grüne Weg, und

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

das haben Sie in Ihrem Redebeitrag noch einmal deutlich gemacht, nämlich Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter - -

Tobias Koch [CDU]:

Deshalb sage ich Ihnen Danke. Danke für diese Große Anfrage, damit das auch jedem Bürger klar wird.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Tobias Koch [CDU]:

Sehr gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist Ihnen bekannt, wie viel der Finanzminister der schwarz-gelben Landesregierung von der Oberflächenwasserentnahmeabgabe für seinen Haushalt vereinnahmt?

- Ja, das ist mir bekannt, aber ich fand es bemerkenswert zu sagen, wir erheben jetzt Umweltabgaben allein zur Einnahmeverbesserung, nicht aus umweltpolitischen Steuerungsgründen, weil die Oberflächenabgabe oder weitere Abgaben, die Sie im Blick haben, umweltpolitisch begründet und sinnvoll sind, sondern allein zur Einnahmeverbesserung.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun sind die Grünen auch zu Kürzungen bereit - so ist es ja nicht. In Frage 15 zum Einzelplan des Verkehrsministers heißt es ganz offen:

„In welcher Höhe können die Zuschüsse für den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr weiter gesenkt werden, wenn auf jegliche Neubaumaßnahmen bei Landesstraßen verzichtet würde, auf den Bau der A 20, auf den Bau der A 7, auf den Bau der festen Fehmarnbelt-Querung?“

Da merkt man, die Grünen haben es immer noch nicht verstanden. **Verkehrsinfrastruktur** ist die

(Tobias Koch)

Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg in Schleswig-Holstein und damit maßgeblich für unsere **zukünftigen Steuereinnahmen**.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie haben das einmal zur Abstimmung gestellt, und Ihre Landesvorsitzende Eka von Kalben sagt heute in den „Lübecker Nachrichten“, sie glaubt nicht, dass bei der A 20 noch viel zu diskutieren sein wird. Wenn es bei Regierungsübernahme entsprechend weit fortgeschritten sein wird, dann werde man es realistischerweise auch nicht mehr verhindern. Dasselbe gilt für die **festen Fehmarnbelt-Querung**. Diese Vorschläge sammeln sie jetzt selber wieder ein.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Ich kenne niemanden, der die Ortsumgehung Hammoor infrage gestellt hat. Von wem kommt denn diese Frage, wenn nicht von Ihnen selbst? Das war Ihr eigener Vorschlag, den Sie damals formuliert haben. Deshalb sage ich auch an dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank für die Große Anfrage. Denn der Bürger muss wissen, was ihm droht, wenn Sie an die Regierung kommen.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das realistisch, Herr Koch?)

- Nein, ist es nicht, Herr Kollege Fürter. Keine Sorge, so viel Angst haben wir nicht.

Lassen Sie mich einen weiteren Aspekt aufgreifen. Im Vorwort formuliert der Fragesteller wie folgt:

„Die Große Anfrage beschäftigt sich überwiegend mit dem Budget II, da der Rahmen für das Budget I klar abgesteckt wurde.“

Mit anderen Worten, der zwischen CDU und FDP im Rahmen des Budget I vereinbarte **Personalabbau** von 10 % der Beschäftigten im **Landesdienst** wird nunmehr auch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mehr infrage gestellt.

Frau Kollegin Heinold, wie anders sah das noch vor einigen Jahren aus, als die CDU-Fraktion 2007 ihr Personalmanagementkonzept präsentierte. Frau Kollegin Heinold - wenn ich aus Ihrer damaligen Landtagsrede zitieren darf - sagte damals:

„Die CDU-Fraktion fordert, 5.000 Stellen im Landesdienst zu streichen. Dieser Vorschlag ist nicht mutig, meine Damen und Herren, er ist komplett unrealistisch.“

(Beifall bei der LINKEN)

Heute haben sich die Grünen damit offensichtlich arrangiert. Insofern hat ein gewisser Erkenntnisprozess stattgefunden. Wenn dazu die Große Anfrage beigetragen hat, dann war es eine vernünftige Anfrage.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, sind Sie jetzt offen für weitere Zwischenfragen?

Tobias Koch [CDU]:

Jetzt bin ich offen für Zwischenfragen.

Präsident Torsten Geerds:

Dann hat zur ersten Zwischenfrage Frau Kollegin Heinold die Möglichkeit.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich springe noch einmal zum Punkt Infrastruktur zurück. Herr Kollege Koch, stimmen sie mir in der Aussage zu, dass es sinnvoll ist, auch bei Infrastrukturmaßnahmen zu wissen, was diese in der Planung und in der Ausführung kosten?

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Tobias Koch [CDU]:

Das ist immer sinnvoll, und auch für Infrastrukturmaßnahmen gilt - -

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen darf man das nicht!)

- Natürlich darf man das fragen.

Präsident Torsten Geerds:

Die Frage ist gestellt, und jetzt kommt die Antwort.

Tobias Koch [CDU]:

- Herr Kollege Habeck, ich würde die Frage gern noch beantworten. Wenn Sie einen Fragenkatalog mit 119 Fragen einreichen, versuchen wir zu interpretieren, welche Zielrichtung Sie als Grüne verfolgen, ob Ihre Fragen dafür irgendeinen Anhaltspunkt bieten. Wenn das Einzige, was wir dort finden, das Infragestellen von Verkehrsprojekten ist, und ansonsten überwiegend nur Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission abgefragt werden, kann es offensichtlich nur Ihre politische Position sein, alle

(Tobias Koch)

Verkehrsprojekte infrage zu stellen. Das ist die Botschaft Ihrer Großen Anfrage gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, jetzt der Kollegin Spoorendonk? - Bitte.

Anke Spoorendonk [SSW]: Herr Kollege Koch, ist Ihnen bekannt, dass auch der Kollege Kubicki, zumindest vor der Landtagswahl, das von Ihnen vorhin lobend angesprochene Personalkosteneinsparungskonzept sehr kritisch hinterfragt hat?

Tobias Koch [CDU]:

Nein, Frau Kollegin, das ist mir so nicht bekannt.

(Heiterkeit)

Wir haben das im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart. Es geht auch darüber hinaus, was wir damals als CDU-Fraktion vorgeschlagen haben. Insofern kann ich mir nicht vorstellen, dass es mit dem Kollegen Kubicki Schwierigkeiten gibt. Es ist unser gemeinsames Ziel, das wir auch konsequent umsetzen.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck?

Tobias Koch [CDU]:

Sehr gern.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Koch, habe ich Sie so verstanden, dass die Haushaltsstrukturkommission alles in Bezug auf Sparmaßnahmen geprüft hat? - Also Universitäten, Kulturmaßnahmen und das Blindengeld abzubauen und so weiter, nur nicht Infrastrukturprojekte? Wie erklären Sie das bitte?

- Ich würde nie behaupten, dass wir wirklich alles geprüft haben. Niemand ist perfekt. Wir haben sehr vieles geprüft. Das muss nicht alles gewesen sein. Wir haben auch Verkehrsprojekte geprüft. Wir haben im Bereich des Landesstraßenbaus Kürzungen vorgenommen. Sie aber stellen jetzt Projekte infrage, die weiterhin Bestandteil des Haushalts sind,

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar aus guten Gründen, die wir abgewogen haben. Diese Projekte sind weiterhin Bestandteil. Wir bekennen uns weiterhin zum Ausbau der A 20. Wir bekennen uns weiterhin zur festen Fehmarnbelt-Querung. Es war offensichtlich Ihr Anliegen zu sagen: Wir als Grüne sanieren den Haushalt, indem wir dann, wenn wir an die Regierung kommen sollten, diese Verkehrsprojekte streichen. Frau von Kalben sammelt das jetzt schon wieder ein. Wir warten daher auf neue Vorschläge von Ihnen.

Präsident Torsten Geerds:

Jetzt gibt es keine weiteren Fragen mehr, Sie können fortfahren.

Tobias Koch [CDU]:

Ich hätte auch weitere Fragen beantwortet. Ich glaube, dass diese Große Anfrage ebenso wie jede weitere Zwischenfrage hier im Plenum nur helfen kann. Sie alle führen zu einem fortgesetzten Erkenntnisgewinn bei der Opposition.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich prophezeie Ihnen: Wenn Sie sich weiter damit beschäftigen, dann werden Sie auch die Kritik, die Sie in den vergangenen Monaten so vehement gegen unseren Doppelhaushalt vorgetragen haben, nicht mehr vortragen. Je länger und je intensiver sich die Opposition mit der Finanzsituation Schleswig-Holsteins beschäftigt, umso eher werden Sie erkennen, dass an diesen Kürzungen kein Weg vorbeiführt.

Wenn wir das gesetzte Ziel erreichen und die Neuverschuldung auf null reduzieren wollen, dann hilft es nicht, immer nur nach Bundesratsinitiativen zu schreien und zu sagen: Die anderen in Berlin müssen das machen, sie müssen das für uns regeln! Wir müssen unsere Hausaufgaben selbst machen. Es ist anzuerkennen, dass sich die Grünen dieser Herausforderung stellen. Insofern war der Arbeitsaufwand für die Beantwortung der Großen Anfrage sicherlich nicht umsonst, schließlich ist die Haushaltskonsolidierung mit dem beschlossenen Doppelhaushalt keineswegs abgeschlossen. Auch in den nächsten Haushalten wird es um weitere Kürzungen gehen. Ich sehe deshalb mit Freude einem weiteren Erkenntnisgewinn bei den Grünen entgegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir den Hinweis, dass wir den Dringlichkeitsantrag heute um 15:35 Uhr aufrufen werden.

Zum aktuellen Tagesordnungspunkt erteile ich nun für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Birgit Herdejürgen das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Erkenntnisgewinn ist das so eine Sache. Manchmal habe ich Probleme, der inneren Logik von Tobias Koch zu folgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben vorgestern erfahren, dass die schleswig-holsteinischen Sparanstrengungen nicht ausreichen und dass wir - wie auch Berlin, Bremen und das Saarland - künftig ein sehr eng gestaltetes **Sanierungskonzept** einhalten müssen, auf das auch der Bund und die anderen Länder schauen werden. **Bund und Länder** haben sich - das wissen wir alle - 2009 auf eine Grundgesetzänderung verständigt, um ihre Haushaltswirtschaft von einem gemeinsamen **Stabilitätsrat** überwachen zu lassen. Dieser hat nun festgestellt, dass Schleswig-Holstein eine Haushaltsnotlage droht.

Ich glaube, dass allen Fraktionen, die der **Schuldenbremse in der Landesverfassung** zugestimmt haben, bewusst war, dass die notwendigen Kürzungen Schleswig-Holstein im besonderen Maße treffen werden. Genau das war der Grund dafür, weshalb wir so sehr auf einen **Altschuldenfonds** gedrängt haben. Die Bundesländer sollten unter vergleichbaren Voraussetzungen in einen fairen Wettbewerb treten. Wir haben die Umsetzung der Schuldenbremse ohne Altschuldenregelung für sehr schwierig gehalten.

Der Hinweis in der Antwort auf die Anfrage der Grünen, dass nun rechtzeitig Schritte für den Doppelhaushalt 2013/2014 einzuleiten sind, reicht dem Stabilitätsrat offenbar nicht. Dieser kritisiert, dass die **Finanzplanung für 2013 und 2014** nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Form vorgelegt wurde, sondern „deutlich weniger detailliert und spezifiziert“. Sie ist also mitnichten eine Basis für eine seriöse und nachvollziehbare Lösung für den Abbau des Defizits. Auch das ist ein Zitat aus der Antwort auf die Anfrage.

Es fehlen auch grundlegende **strukturelle Veränderungen**. Zwar ist das Defizit zurzeit geringer als

der festgelegte Schwellenwert, aber das ist auf die gute Konjunktur zurückzuführen. Das ist positiv. Es ist sicherlich auch richtig, dass wir uns die Frage stellen müssen, was wir tun können, um in Schleswig-Holstein mehr Wachstum zu generieren. Auch da erwarte ich von der Landesregierung einen kritischen Blick auf die Unterstützung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Hier haben wir Gespräche geführt. Der Blick in andere Bundesländer, die an dieser Stelle Standards setzen, hinter denen wir in Schleswig-Holstein noch zurück sind, wäre hilfreich.

Von dem umfangreichen **Aufgabenabbau** als Voraussetzung für den **Personalabbau** in Budget I, der auch angesprochen wurde, hat noch nichts das Licht der Öffentlichkeit erreicht. Insofern sind wir an der Stelle ebenfalls noch nicht weiter. Das macht die Einsparungen im Budget I sehr undurchsichtig.

Fazit, bezogen auf die Antwort, aber auch auf die Finanzplanung, ist: Die **Finanzplanung** ist sicherlich ein hilfreiches, aber zurzeit auch ein eher theoretisches rechnerisches Konstrukt. Aufschluss darüber, wohin die Reise für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein geht, gibt sie mit Sicherheit nicht. Angesichts der Tatsache, dass der Stabilitätsrat in das Verfahren eingebunden ist, enthält diese mangelnde Transparenz eine neue Bedeutung, weil die Planungen zukünftige Landtage binden werden. Bürgernahe Politik sieht anders aus, und die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass mit ihnen Klartext geredet wird, wenn es um künftige Leistungen des Landes geht.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gehört aber nicht zu den Steckenpferden der Landesregierung. Das haben wir schon festgestellt. Wenn ein schon verabschiedeter Haushalt ins Netz gestellt wird, dann hat das mit Beteiligung wirklich nichts zu tun.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Wiegard, was mich bei der Durchsicht der Pressemitteilungen in der letzten Zeit ein bisschen gewundert hat, ist das doch eher absurde Bekenntnis zum Thema **beitragsfreies Kindergartenjahr**. Die 35 Millionen €, die uns ironischerweise durch eine Steuermehreinnahme verlustig gehen, hätten Sie gern für die Beitragsfreiheit ausgegeben? - Von diesem Verlustgeschäft wussten Sie noch nichts, als Sie die Beitragsfreiheit eingestampft haben. Bitte streuen Sie den Menschen keinen Sand in die Augen.

(Birgit Herdejürgen)

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das ist in der letzten Zeit in der Presse hochgekommen: Deutlich wehren sollten wir uns gegen eine **Steuerautonomie des Landes**, denn dabei werden wir als Schleswig-Holsteiner verlieren. Wenn wir besonders niedrige Steuersätze erheben, um wettbewerbsfähig im Vergleich zu anderen Ländern zu bleiben, dann fehlen uns die öffentlichen Mittel. Wenn wir hohe Steuern erheben, dann setzen wir damit Anreize für Unternehmen und für Gutverdienende, ihr Geld in steuerfreundliche Länder abzuführen. Wie man es auch macht, für Schleswig-Holstein ist die Steuerhoheit genauso schlecht wie für andere arme Länder.

Daher fordern wir - es wurde schon angesprochen -: Verhandeln Sie noch einmal, wenn nötig, mehrmals über eine faire Altenschuldenregelung! Denn davon profitieren alle Länder, wenn man das richtig eintütet. Lassen Sie die Finger von der Steuerautonomie, sagen Sie den Menschen in Schleswig-Holstein endlich, wohin der Sparkurs sie führt!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Katharina Loedige das Wort.

Katharina Loedige [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein umfangreicher Fragenkatalog der Grünen wurde von der Landesregierung ebenso umfangreich und erschöpfend beantwortet. Dafür sage ich herzlichen Dank.

Viele der Fragen hätten die Grünen sich allerdings auch selbst beantworten können. Wie sich aus der Anlage 4 der Antwort ergibt, wurden viele **Fragen** schon in anderen **Drucksachen** beantwortet. In der Frage nach den Auswirkungen einer Zinssteigerung am Kreditmarkt um 1 % hätten die Grünen beispielsweise auch einfach den Taschenrechner nehmen können, statt die Landesbeamten zu bemühen.

Zur Beantwortung der Frage nach den Einnahmeverbesserungen durch die geplante Änderung beim Glücksspielwesen: Diese Frage hätte sich Frau Heinold mit ihrem gesunden Menschenverstand ganz schnell selbst beantworten können. Was heute noch auf dem Schwarzmarkt ohne Steuern verspielt wird, soll ab dem 1. Januar 2012 in Schleswig-Holstein auf einem liberalisierten Markt versteuert werden.

Das bringt nun einmal Einnahmen, darüber braucht man gar keine Fragen zu stellen.

An der Beantwortung der umfangreichen Frage nach einer Mindestausstattung der Kommunen haben die Grünen vor einem Jahr, als es bezüglich der Schuldenbremse um die Änderung der Landesverfassung ging, selbst mitgewirkt. Der Formulierung, dass die Gewährung eines kommunalen Finanzausgleichs ausdrücklich in den Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes gestellt wird, haben die Grünen zugestimmt. Ich weiß nicht, was diese Frage soll.

Während Sie die Landesbeamten mit Fragen beschäftigt haben, haben sich die Grünen aber auch selbst aktiv betätigt. Sie haben einen Mitmachhaushalt ins Netz gestellt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Furchtbar, nicht?)

- Nein, super, das finde ich gut. Ich begrüße das. Sie erklären allerdings auf Ihrer Internetseite, dass beschlossene Sparmaßnahmen nicht zur Abstimmung stehen. Noch im Dezember haben Sie allerdings von unsozialen, ungerechten und unvernünftigen Maßnahmen geredet. Jetzt wollen Sie diese allerdings nicht mehr zur Disposition stellen. Ihre Handlungen und Ihre Aussagen haben eine kürzere Haltbarkeitszeit als unbehandelte Milch.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, dass unsere Maßnahmen für Unmut bei den Bürgern, bei den Vereinen und Verbänden geführt haben. Das ist richtig. Warum stellen Sie diese Maßnahmen dann aber nicht konsequenterweise zur Internetabstimmung? Denn nur dann macht der von Ihnen beschriebene Weg, die Menschen mitzunehmen, wirklich Sinn.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Abgeordnete Loedige, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Heinold zu?

Katharina Loedige [FDP]:

Ja.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Loedige, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass unser Mitmachhaushalt so funktioniert, dass wir 35 Fragen zur Abstimmung gestellt haben, jede Bürgerin und jeder Bürger selbst Fragen formulieren und einstel-

(Katharina Loedige)

len kann und bereits über 20 Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen sind, sodass jeder über seine Maßnahmen abstimmen lassen kann, die er vorschlägt?

- Das habe ich zur Kenntnis genommen. Ich komme gleich dazu; das ist mein nächster Satz. Ich werde Ihnen das mit Ihrem **Mitmachhaushalt** erläutern.

Sie suggerieren den Bürgerinnen und Bürgern, dass Sie sie an der Gestaltung der Zukunft unseres Landes aktiv beteiligen wollen. Wenn sie es ehrlich meinen, bedeutet das in der Konsequenz, dass Sie sich die Mehrheit der **Internetmeinungen** zu eigen machen, sie also zu ihrer grünen Politik machen. Alles andere wäre Augenwischerei. Ansonsten würden Sie die Bürger hinter den Busch führen.

Beispielsweise: Bei 216 zu 126 Stimmen müssten sich die Grünen jetzt für eine fünfprozentige Kürzung der Pensionen einsetzen. Ich muss Sie auffordern, jetzt tätig zu werden, denn wir haben nachher das Beamtenversorgungsgesetz zur Abstimmung, und dann müssten Sie einen Änderungsantrag schreiben.

Bei 327 zu 26 Stimmen - Stand gestern, möchte ich dazu sagen - müssen sie sich dafür aussprechen, dass die Förderung der konventionellen Landwirtschaft eingestellt wird. Oder mit 72 von 53 Stimmen werden die Grünen für die Abschaffung der Sonderförderung der dänischen Schulen sein. Damit möchten die Grünen nicht nur die Landesmittel von derzeit 85 auf 80 % kürzen, sondern auch die 3 Millionen € Bundesmittel ganz streichen.

Bei 110 zu 33 Stimmen werden die Grünen künftig für die Abschaffung der Beihilfe bei Landesbeamten stimmen müssen, wenn sie den Bürgerwillen und die Bürgeransprache im Internet auch wirklich ernst meinen.

Bei 105 zu 23 Stimmen werden sich die Grünen künftig dafür aussprechen, dass das Hanse-Office geschlossen wird und Schleswig-Holstein seine Interesse in Brüssel künftig nicht mehr vertreten soll.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Was ist denn dann?)

Zum Teil haben die Grünen auch noch ein Rechenproblem. Denn sie preisen in ihrem Mitmachhaushalt den Nordstaat wegen der Synergieeffekte als Einsparmaßnahme an, ohne sich bewusst zu werden, dass wir, wenn wir eine Fusion machen würden, natürlich auch im Länderfinanzausgleich auf über 1 Milliarde € verzichten würden.

Aber nein, es geht noch weiter. Sie machen sich natürlich eine schöne Welt, indem Sie erklären - das ist jetzt die neueste grüne Auffassung -, wir brauchen einen nationalen Wohlfahrtsindex, also eine Wohlfühlgeschichte.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach grüner Auffassung ist das beispielsweise durch ehrenamtliche Arbeit zu erreichen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie muss man sich das vorstellen? Tauschbörsen müssen künftig florieren. Einer schneidet dem anderen die Haare, der mäht dem dann den Rasen, und so weiter. Mit Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, mit der Generierung von Steuereinnahmen und Sozialbeiträgen hat das wahrlich nichts zu tun. Aber daran sehen Sie, es ist nicht das Bruttoinlandsprodukt, das für die Grünen wichtig ist, sondern das ist der Wohlfühlindex - so nenne ich das - frei nach Pippi Langstrumpf: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKEN erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, Frau Loedige hat sich die Welt ebenso gemacht, wie sie ihr gefällt. Wir haben eigentlich auf der Tagesordnung nicht die Debatte über den Mitmachhaushalt, sondern wir haben auf der Tagesordnung - so hatte ich es bisher verstanden - die Debatte über die Beantwortung der Großen Anfrage. Ich bedanke mich noch einmal für die Antwort.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz möchte ich das noch einmal aufgreifen, Frau Loedige. Wir finden, das ist ein guter Ansatz von den Grünen. Wir hätten uns gewünscht, dass die eine oder andere Frage anders gestellt worden wäre, trotzdem ist es eine gute Sache, und ich hoffe, es wird noch einmal weiterentwickelt werden zu einem richtigen Bürger- und Bürgerinnenhaus in Schleswig-Holstein, sodass tatsächlich eine Partizipation auf dieser Grundlage möglich sein wird.

(Ulrich Schippels)

Ich möchte zum Thema zurückkommen. Ich finde tatsächlich, dass dieser ausführliche, hundert Seiten starke Bericht gezeigt hat, wie dünn die Luft in Schleswig-Holstein ist, um selbst zusätzliche Einnahmen zu generieren und auch die Ausgaben zu senken.

Die **Haushaltsprobleme** des Landes - wir hatten es in der vorherigen Debatte - erst recht die Vorgaben der Schuldenbremse, lassen sich nicht mit Bordmitteln lösen. Das glaubt nur noch Herr Kubicki. Aber ansonsten, denke ich, sind wir uns alle einig.

Genau das ist es, was auf diesen hundert Seiten ist im Bericht der Landesregierung dokumentiert. Ich hätte mir gewünscht, Frau Heinold, dass vor der Verabschiedung der **Schuldenbremse** in der **Landesverfassung** ein solcher Bericht vorgelegen hätte. Dann wäre es vielleicht dem einen oder der anderen deutlich geworden, was tatsächlich mit der Verabschiedung dieser Schuldenbremse auf uns zukommt. Denn es liegt nicht in unserer Kraft, 125 Millionen € beziehungsweise 131 Millionen € jährlich sparen zu können.

Ich habe es schon öfter gefragt - auch heute; ich stelle die Frage immer wieder und hoffe, dass sie irgendwann auch beantwortet wird -, warum die anderen Fraktionen sich dazu haben hinreißen lassen, das in die Verfassung zu schreiben. Ich habe noch keine Antwort bekommen, außer, wie gesagt, von Herrn Kubicki, der das Ganze wahrscheinlich nur aus juristischer Sicht bewertet, aber aus finanzpolitischer Perspektive nicht viel dazu beitragen kann.

Zur Erinnerung: Sie haben hier beschlossen, die Verfassung so zu ändern. Sie haben uns alle verpflichtet, jedes Jahr strukturell 131 Millionen € aus dem Haushalt herauszustreichen, obwohl Sie wissen - das wird auch wieder dokumentiert -, mit Ausnahme von Herrn Kubicki, dass es gar nicht in unserer Hand liegt.

Die Antwort der Landesregierung nimmt dazu Stellung, übrigens auch die Frage von den Grünen. Ich möchte die Frage zu den Einzelplänen 5 und 11 mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren. Dort fragen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zitat -:

„Nur durch Sparen und ohne erhöhte Steuereinnahmen wird Schleswig-Holstein die Schuldenbremse nicht einhalten können. Welche Bundesratsinitiativen plant die Landesregierung, um die Einnahmesituation des Landes zeitnah zu verbessern?“

Aus der Frage wird schon deutlich, dass es nicht geht. Nichtsdestotrotz möchte ich noch einmal die

Frage stellen, warum Sie das Ganze mitgemacht haben. Nun ist aber auch die Antwort entlarvend. Das wurde von Frau Heinold schon angemerkt. Das, was die Landesregierung in Anlage 1 vorzuweisen hat, ist in meinen Augen zumindest sehr dürftig.

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroer [DIE LINKE])

Ich habe noch ein paar Fragen zu dieser **Schuldenbremse**. Welches Verfassungsverständnis haben Sie überhaupt? Welchen Wert messen Sie unserer Verfassung bei, wenn wir wissen, dass Sie es aus eigener Kraft gar nicht schaffen können? Oder verfahren Sie nach dem Motto: Wir hatten in letzter Zeit fast ausschließlich verfassungswidrige Haushalte, da macht es auch nichts, wenn wir so etwas Unerfüllbares in die Verfassung hineinschreiben?

Der Landesrechnungshof hat in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Nachtragshaushaltes 2005 - damals hatten wir andere Vorgaben - von einer - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin - „bedenklichen Erosion des Rechtsbewusstseins und der Rechtstreue“ gesprochen.

Tobias Koch hat sich vor Kurzem geoutet: Als er 2005 in dieses Parlament gekommen ist, musste er als Erstes einem verfassungswidrigen Haushalt zustimmen. Das gehört offensichtlich auch zu den Kernkompetenzen.

(Lars Harms [SSW]: Das würdet ihr doch auch!)

Es hat sich offensichtlich im Land noch nicht viel geändert, wie sich aus dieser neuen rechtlichen Regelung im Gesetz ableiten lässt.

Ich möchte an dieser Stelle nicht weiter auf die Hilflosigkeit der Regierung bei der Beantwortung der Fragen eingehen. Die Antworten zeigen nur, wie wenig Spielraum wir haben.

Auf zwei Antworten möchte ich trotzdem kurz eingehen, zum einen auf die Antwort zur Frage zum **Altschuldentilgungsfonds**. Ich möchte ganz zart daran erinnern, dass es die Fraktion DIE LINKE war, die in der letzten Landtagstagung beantragt hat, eine entsprechende **Bundesratsinitiative** zu starten. Denn ohne unsere jährlichen Zinslasten - das wissen auch alle anderen Parteien, die dies hier im Laufe der Zeit zu verantworten haben - hätten wir einen strukturell ausgeglichen Haushalt. Ich halte es für gefährlich, Frau Loedige, wie Sie es gesagt haben, die Altschuldenproblematik an die Debatte zum **Länderfinanzausgleich** zu koppeln. Diese Intension entnehme ich übrigens auch der Antwort der Landesregierung. Die Altschuldenpro-

(Ulrich Schippels)

blematik muss meiner Meinung nach sofort angegangen werden und nicht erst 2019 oder 2020.

Es wurde auch die Debatte über die Einkommensteuer angesprochen, die 35 Millionen €, die wir mehr zu zahlen haben. Sie wissen alle, wir haben ein fünfstufiges Verfahren. Trotz dieses fünfstufigen Verfahrens kommt das Land gut dabei weg, vor allen Dingen dann, wenn man dabei die Auswirkungen auf die schleswig-holsteinischen Kommunen berücksichtigt.

Wenn in der Debatte um den Länderfinanzausgleich an dem bisherigen System gerüttelt werden soll, lassen Sie sich gesagt sein: Zumindest die Modelle, die ich gesehen habe, die in der Debatte sind, gehen alle in Richtung **Wettbewerbsföderalismus**. Ich fürchte tatsächlich, dass das Land dann immer weiter unter die Räder kommt.

Zum Zweiten möchte ich auf die **Zinsen** eingehen. Das finde ich immer sehr aufschlussreich. Aber das ist das Spielfeld des Finanzministers. Wir alle wissen noch: Vor Kurzem haben wir 500 Millionen € zu einem Zinssatz von 3,3 % aufnehmen können. Im Haushaltsvollzug 2010 haben wir mal locker 147 Millionen € sparen können. Der **Ansatz** für die Zinsausgaben war nämlich viel zu hoch. Das ist im Doppelhaushalt genauso. Die Landesregierung beschreibt ihre Herangehensweise. Sie glaubt an eine Anhebung des Zinssatzes in Richtung des langfristigen Durchschnitts. Das wird so nicht passieren, Herr Wiegard. Für Sie ist es eine schöne Stellschraube, um Angst zu machen, um Druck auf die Ressorts auszuüben und letztlich um ihre Kürzungspolitik zu legitimieren. Das gelingt Ihnen vielleicht bei den Grünen, das gelingt Ihnen aber nicht bei uns. Wir haben heute eine Zinsbelastung, die inflationsbereinigt durchaus nicht größer ist als vor 20 Jahren.

Ich komme zum Schluss. - Der **Landesrechnungshof** hat zu Recht kritisiert, dass es ab **2013** keine detaillierte **Ausgabenplanung** im Land gibt. Der Bericht zeigt: Es wird viel im Nebel gestochert. Die Landesregierung zeigt keine handlungsleitende Perspektive auf. Es wird rumgewurschtelt. Es wird nicht gestaltet. Es wird weiter mit der Abrissbirne gefuchelt, und der Sozialstaat soll weiter geschleift werden. Dem werden wir uns entgegenstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die vorangegangene Debatte möchte ich für den SSW noch einmal Folgendes deutlich machen: Trotz der zügigen konjunkturellen Erholung und der erfreulichen Entwicklung der Steuereinnahmen ist die finanzielle Situation des Landes aus unserer Sicht immer noch alles andere als rosig. Auch wir haben aus diesem Grund die **Entscheidung für die Schuldenbremse** mitgetragen. Die Rückführung des strukturellen Defizits ist und bleibt ein Kraftakt. Daran gibt es keinen Zweifel. Aber es ist auch machbar.

Doch die vorliegende Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen muss auch vor diesem Hintergrund als das gesehen werden, was sie ist, nämlich nicht mehr und nicht weniger als eine **Momentaufnahme**. Sobald auch nur geringe **steuerliche Änderungen** wirksam werden, sind diese Annahmen hinfällig.

Wir sind der Auffassung, dass bei der Beurteilung der finanziellen Lage - vor allem bei Zukunftsprognosen - grundsätzlich Vorsicht geboten ist. Wir alle müssen uns darüber im Klaren sein, dass die finanzielle Situation des Landes nicht nur von einer Vielzahl von Faktoren abhängt, sondern dass es sich hierbei auch um einen sehr dynamischen Prozess handelt. Wer also behauptet, unser Land stehe heute und über Jahre hinaus am finanziellen Abgrund, der sagt höchstens die halbe Wahrheit.

Es ist ganz einfach Fakt, dass uns die **konjunkturelle und steuerliche Entwicklung** immer auch politische **Gestaltungsspielräume** für die Zukunft eröffnet. Zwar fließen die konjunkturell bedingten Mehreinnahmen aus gutem Grund in die Senkung der Neuverschuldung, doch die aktuellen Zahlen der **Steuerschätzung** zeigen: Allein im Jahr 2012 liegen die Landeseinnahmen - die eben nicht gänzlich konjunkturell bedingt sind - rund 220 Millionen € über dem, was noch im November erwartet wurde. Das heißt, wir haben 3,2 % mehr Steuereinnahmen als geplant. Bei einem geschätzten Wirtschaftswachstum von 1,8 %, die man für Personal- und Sachkostensteigerungen zugrunde legen könnte, blieben immerhin noch über 90 Millionen € übrig.

Für uns ist deshalb eindeutig: Trotz der schwierigen Situation darf nicht so getan werden, als wären uns in den kommenden Jahren durch die **Vorgaben der Schuldenbremse** alle Möglichkeiten genommen. Dies gilt im Übrigen auch vor dem Hintergrund der durch den **Stabilitätsrat** festgestellten **drohenden**

(Lars Harms)

Haushaltsnotlage und der damit verbundenen Forderung nach einem **Konzept** zum Abbau der Neuverschuldung. Denn Grundlage hierfür ist eine Pro-Kopf-Berechnung, bezogen auf den Gesamtschuldenberg. Der Schuldenberg und damit die formell festgestellte drohende Haushaltsnotlage werden aber erst einmal bleiben und können nur durch einen **Altschuldentilgungsfonds** in den Griff bekommen werden. Was bleibt, ist somit die Forderung nach einer **Begrenzung der Neuverschuldung**, wie sie ohnehin bei uns in der Verfassung steht. Somit hat sich hier inhaltlich nichts geändert.

Ich will damit sagen, dass uns nicht der finanzielle Spielraum, sondern vielmehr der politische Wille der Verantwortlichen fehlt, wenn es darum geht, Schleswig-Holstein weiterzuentwickeln. Was im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits deutlich wurde, setzt sich heute mit der hier vorliegenden Antwort der Landesregierung fort: Es fehlen nicht nur tragfähige Konzepte für die nachhaltige Sicherung bewährter und unentbehrlicher Strukturen, beispielsweise im sozialen, kulturellen oder minderheitenpolitischen Bereich, nein, in den Aussagen der Landesregierung sucht man auch vergebens nach Visionen, wie Schleswig-Holstein überhaupt weiterentwickelt werden soll.

Im **Erhalt der Zukunftsfähigkeit** sieht der SSW aber eine ganz wesentliche Aufgabe der Landespolitik. Was diese Zukunftsfähigkeit beinhaltet wird, nach unserer Auffassung in der Landesverfassung sehr deutlich beschrieben. In den Artikeln 5 bis 9 können Sie es nachlesen: Da geht es um Minderheiten, Soziales, Umweltschutz, Schulen und Kultur. Das sind für uns die tragenden Pfeiler unseres Gemeinwesens, die nicht durch kurzfristige Finanzbeschlüsse zum Einsturz gebracht werden dürfen.

(Beifall beim SSW)

Trotz der schwierigen finanziellen Situation dürfen wir die Weichen für unser Land nicht so stellen, dass ihm die Chancen in der Zukunft genommen werden. Ohne Zweifel müssen wir den Verpflichtungen der Schuldenbremse und den mitunter steigenden Ausgaben, wie etwa den Pensionen für Landesbedienstete, nachkommen. Letzteres sind übrigens aus meiner Sicht keine Belastungen, sondern völlig berechnete Ansprüche, die meist über viele Jahre erworben wurden. Im Übrigen werden diese Zahlungen auch dazu beitragen, die Binnenkonjunktur zu stärken. Also sind die Lasten - wie sie immer genannt werden - nicht nur Lasten, sondern können durchaus zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen. Mit Augenmaß, mit sozial ausgewogenen Reformen des Steuersystems und

dem nötigen Verhandlungsgeschick auf Bundesebene kann durchaus der nötige Freiraum erhalten werden, um dieses Land auch in Zukunft aktiv zu gestalten. Und das ist die eigentliche Aufgabe der Landesregierung. Es geht also darum, erst einmal zu gucken, wie man die Neuverschuldung auf null bringen kann. Wir sind dabei. Wir haben die entsprechenden Beschlüsse gefasst, die es uns ermöglichen werden, das zu schaffen.

Wir müssen **ab 2020** - natürlich schon mit Vorarbeiten in diesem Zeitraum - gucken, wie wir an die **Altschulden** herangehen. Da werden wir auch die Hilfe anderer brauchen. Da wird uns der **Bund** helfen müssen - genauso wie es auch bei anderen Ländern der Fall ist. Auch die Länder, die derzeit nicht zu den vier schwächsten gehören, haben Schulden und damit das gleiche Interesse wie wir und übrigens auch der Bund. Ich glaube, es gehört dazu, ganz ruhig heranzugehen und zu gucken, ob man eine gemeinsame Lösung hinbekommen kann. Der **Altschuldentilgungsfonds** ist in der Diskussion. Ich glaube, das wäre der richtige Weg, damit ab 2020 die Länder - wenn man so will - von vorn starten können, weil man in eigener Verantwortung Politik betreiben kann. Auf dieses Ziel müssen wir alle hinarbeiten.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Frau Loedige, Ihr bemerkenswerter Beitrag hat mich gezwungen, ans Pult zu gehen. Ich möchte auf zwei Sachen eingehen. Zum einen haben Sie in Ihrer ersten Rede gesagt, in der Krise müsse man investieren, und danach - das hätten alle rot-grünen Regierungen versäumt - müsse man sparen. Das ist klassische keynsianische Politik. Das ist linke Wirtschaftspolitik. Keynes hat allerdings noch gesagt: Es ist völlig egal, was wir bauen, wir können auch Pyramiden bauen, Hauptsache, die Wirtschaft brummt. Von diesem Verständnis sind wir heute doch meilenweit entfernt.

Dass Sie den **Wohlfahrtsindex** mit „Wohlfühlindex“ verwechseln - oder sich mutwillig versprechen -, zeigt, dass bei Ihnen einiges durcheinander geht. Es ist doch Ihr Generalsekretär gewesen, ge-

(Dr. Robert Habeck)

nannt Bambi - das ist das Tier mit den großen Augen und den Hörnern auf dem Kopf -, der sagt: Wir wollen einen mitfühlenden Liberalismus.

(Christopher Vogt [FDP]: Das sind keine Hörner!)

Das Gefühlte, das „Gefühligte“ bringt also die FDP in die Debatte. Zu leugnen, dass wir schädliche **Einflüsse** wie **CO₂-Ausstoß** in die **wirtschaftlichen Berechnungen** einpreisen müssen, bedeutet, dass Sie die Arbeiten des IPCC und Nicholas Stern nicht ernst nehmen. Den **Wert von Ehrenamtsarbeit** volkswirtschaftlich irgendwie zu erfassen, ist kompliziert. Das gebe ich zu. Aber ihn zu leugnen und sich nicht damit auseinanderzusetzen, heißt, dass Sie an der Spätromischen-Dekadenz-Aussage Ihres ehemaligen Vorsitzenden noch immer ganz dicht dran sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens zu leugnen, dass soziale Ungleichheit zur Wohlfahrt einer Volkswirtschaft bemessen werden muss, bedeutet zu leugnen, dass die OECD-Studien, die genau das seit Jahren machen, zwecklos sind. Einen **Wohlfahrtsindex**, der über die blinde pyramidengläubige BIP-Hörigkeit hinausgeht, zu entwickeln, ist die Aufgabe, die zurzeit ansteht, gerade wenn wir Wachstum wollen. Wir brauchen einen neuen Wachstumsbegriff. Es geht um harte Fakten zur Bemessung eines qualitativen Wachstumsbegriffs.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Dr. Habeck, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch zu? - Bitte.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Habeck, ist es zutreffend, dass in Ihrem Wohlfahrtswachstumsindex nicht das Wachstum des Einkommenseinflusses Berücksichtigung findet, sondern die Frage, ob das Einkommen möglichst gleich verteilt ist?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es ist zutreffend, dass entlang von etwa 30 Indikatoren - wir werden das ja in einer Woche auf unserem Wirtschaftskongress im Einzelnen vorstellen - verschiedene Felder analysiert werden und dass die soziale Ungleichheit, das heißt das Auseinanderwachsen von Einkommen, das Deutschland bedau-

erlicherweise in einem Maß wie kein anderes Land Europa in Europa erleidet, ein Faktor ist, der die Bewertung, ob eine Wohlfahrt in einem Land gedeihlich ist, schmälert. Das ist völlig richtig, ja, und es ist auch notwendig, dass es so gemacht wird.

Der zweite Punkt, Frau Loedige, ist der Mitmachhaushalt. Frau Loedige, ich bin, ehrlich gesagt, entsetzt, wie eine Partei, die sich ehemals Bürgerrechtspartei genannt hat,

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

sich so weit von den Bürgern entfernen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie hier geliefert haben, war ein so autoritäres Politikverständnis, dass es „der Sau graust“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie mit dieser Haltung den Netzausbau, die Infrastrukturprojekte, aber auch Wahlrechts- und Beteiligungsfragen diskutieren wollen, dann zeigt das, dass jeder Anspruch, die **Bürgerinteressen** ernst zu nehmen, aufgegeben worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Robert, hör auf!)

Was wir ursprünglich vorhatten - jetzt komme ich zum Kern der Debatte zurück -, war, die Zahlen unter den **Einsparprogrammen** zu beziffern und damit ernst zu machen, mit dem, was die Landesregierung und auch Sie immer gesagt haben, nämlich ein ehrliches Bausteinsystem aufzubauen, bei dem die Leute sagen: Wir wollen nicht das, dafür müssen wir jenes vorschlagen. Leider hat die Antwort auf die Große Anfrage diese Zahlen nicht geliefert. Also sind wir gezwungen, mit Ampeln zu arbeiten. Das bedauert niemand mehr als wir selbst. Das Problem ist, dass die Debatte jetzt von Ihnen wieder im Gestus der Alternativlosigkeit geführt wird, dass Sie sich nicht einmal mit der Großen Anfrage beschäftigen, sondern nur noch mit uns. Und die Große Anfrage liefert nicht die Bausteine, um diese Alternativen in der Debatte um den Sparhaushalt der Zukunft vorzustellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Dr. Habeck, lassen Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Loedige zu?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Eine Nachfrage, sehr gern.

Katharina Loedige [FDP]: Herr Habeck, Sie sagen, Sie nehmen den Bürger ernst. Sie würden das nicht tun, wenn Sie den Bürger ernst nähmen. Ich frage Sie zu dem, was ich eben gesagt habe. In Ihrer Internetumfrage heißt es: Mit Mehrheit stimmen die Bürger - Sie haben schon abgestimmt - für eine 5-prozentige Kürzung der Beamtenpension. Wir werden nachher das Gesetz beraten. Es soll auch im Finanzausschuss noch behandelt werden. Haben Sie bereits einen Antrag geschrieben, damit Sie dann auch dokumentieren können, dass Sie den Bürger ernst nehmen?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

In diesem Fall - ich gebe gern zu, es gibt einige Fragen, die deutlich schwieriger zu beantworten sind - machen Sie es, Frau Loedige, mir sehr leicht, weil wir mit unseren eigenen Vorschlägen, die wir ein halbes Jahr vor der Haushaltsstrukturkommission vorgelegt haben, die Kürzung der Beamtenpension um 5 %, über 10 Jahre gestreckt, schon längst vorgeschlagen haben und dafür vom Beamtenbund auch verhaun wurden.

Der Vorschlag ist, den **Anstieg der Pensionen** jährlich um 0,5 % zu reduzieren. Über zehn Jahre gemacht, heißt das fünf Prozent einzusparen. Das ist schon längst grüne Programmatik. Sie haben sich zwar ausgiebig mit den Klicks beschäftigt, aber zu wenig mit den Sparvorschlägen, die wir gemacht haben, was noch einmal ein bezeichnendes Licht auf die Debatte wirft, was zeigt, mit welcher Intensität Sie mit Blick auf das Baukastensystem das Abwägen von Sparvorschlägen vorgenommen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Meine Damen und Herren! Begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Norderstedt! - Herzlich willkommen im Haus!

(Beifall)

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Fraktionsvorsitzenden des SSW, Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Spätestens von Bert Brecht wissen wir, dass die Wahrheit konkret ist. Darum nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Redebeitrages des Kollegen Koch ein paar konkrete Anmerkungen zu einem konkreten Politikbereich.

Vor nicht zu langer Zeit lud der Kulturminister unseres Landes zu einer Kulturkonferenz nach Schleswig in den Hirschaal ein. Eingeladen waren Kulturmenschen unterschiedlichster Art, auch Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen. Ich werde nicht auf Einzelheiten dieser „bahnbrechenden“ Veranstaltung eingehen. Kernpunkt der Veranstaltung war die Rede des Ministers und die Vorstellung von fünf Thesen. Ich werde mir die Bemerkung verkneifen, dass diese fünf Thesen an Unverbindlichkeit nicht zu überbieten waren.

Aber das, was ich trotzdem für dieses Thema interessant fand, war die Feststellung des Ministers, dass der **Kulturbereich** seinen Einsparbeitrag geleistet habe und künftig keine weiteren Einsparungen mehr hinnehmen könne. Finde ich gut, finde ich richtig. Aber was soll daraus denn jetzt folgen? - Nichts, wenn es nach dem Minister geht, und schon gar nicht vonseiten der Landesregierung, weil angesagt war, dass jetzt alles von unten wachsen solle.

Alle Debatten sollten von unten kommen. Die Landesregierung legt keinen Vorschlag vor, wie zum Beispiel im Bibliothekswesen - dass ich das hervorhebe, mag Sie nicht überraschen; ein Entwurf eines Bibliotheksgesetzes des SSW wird ja zur Zeit im Ausschuss beraten - die freiwillige Leistung kontra der gesetzlichen Regelung künftig zu handhaben ist. Sie hat keine Vorstellung davon, wie das Verhältnis von Land und Kommunen zu regeln ist. Die **Kommunen** waren zu Recht sauer darüber, dass sie zwar eingeladen waren, aber nur mit guten Worten nach Hause geschickt wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so ist keine **nachhaltige Finanzplanung** zu machen. So ist auch nicht sicherzustellen, dass unser Land in den nächsten Jahren nicht einfach nur von Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitikern gesteuert wird. Dass wir unseren Gestaltungsspielraum so nicht wahrnehmen, macht dieses Beispiel auch deutlich.

(Anke Spoorendonk)

Ich denke, wir müssen auf jeden Fall, wenn es um andere Politikbereiche geht, auch sagen, wie die Strukturen künftig weiterentwickelt werden sollen, welche Gestaltungsspielräume wir in Anspruch nehmen wollen, welche wir in Anspruch nehmen können und wie wir sicherstellen wollen, dass sich das Land nicht erst 2020 zu einem Paradies auf Erden weiterentwickeln kann, sondern jetzt schon. Das, denke ich, ist die zentrale Frage, auch wenn es um Finanzpolitik, auch wenn es um Finanzplanung geht.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ein Antrag ist nicht gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 17/1352 ist dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenenthaltungen? - Dann ist das damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz (AG-SGB II/BKGG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/1488

b) Bildungs- und Teilhabepaket auch für Kinder aus Asylbewerberfamilien

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1513

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Neufestsetzung des Regelbedarfs und die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets im Rahmen des Sozialgesetzbuches II sind am 1. April 2011 in Kraft getreten, zum größten Teil, wie Sie wissen, rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres.

Die Änderungen im Bereich der **Grundsicherung** für Arbeitssuchende bringen entscheidende Neuerungen für Leistungsempfänger, aber auch für Verwaltungsträger, zum Teil auch neue Umstrukturierungen. Ich will ganz deutlich sagen, dass für mich und für die Landesregierung im Vordergrund steht, dass das **Bildungs- und Teilhabepaket** für Kinder und Jugendliche jetzt endlich, nachdem es sehr lange diskutiert und auch strittig diskutiert wurde, in die Umsetzung geht.

Ich bin auch froh darüber, dass zum Kreis der Berechtigten über das Sozialgesetzbuch II hinaus auch **Kinder** gehören, die Bildungs- und Teilhabeleistungen in Anspruch nehmen können, deren **Eltern Kinderzuschlag** beziehungsweise **Wohngeld** beziehen. Es ist auch gut, die Entscheidung bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in die Hände der Kommunen zu geben.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Ich will an der Stelle ganz deutlich sagen: Die Kommunen haben diese Zuständigkeit gefordert. Wir haben sie dabei unterstützt, ich sage aber nicht ohne Grund: Die Kommunen haben sie gefordert.

Schleswig-Holstein hat erfolgreich dafür gekämpft, dass die **Kommunen** die Umsetzung in die Hände bekommen. Das Land wird deshalb gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass die **Umsetzung** der Neuregelung so bürokratiearm und so bürgerfreundlich wie möglich gestaltet wird.

Ich möchte Ihnen jetzt den Hintergrund des Ihnen vorliegenden Gesetzentwurfs und seine zentralen Regelungen in einem kurzen Überblick darstellen. Erstens. Die Zuständigkeiten für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets nach § 6 des Bundeskindergeldgesetzes liegt bei den Kommunen. Der Bund hat die **Länder** ermächtigt, die für die Durchführung zuständigen Behörden zu bestimmen.

Zweitens. Neu zu regeln sind die Zweckbindung, Verteilung und Weiterleitung der erhöhten **Bundesbeteiligung** an den **Kosten für Unterkunft und**

(Minister Dr. Heiner Garg)

Heizung. Die Kompensation der kommunalen Belastung durch das Bildungs- und Teilhabepaket erfolgt - wie Sie wissen - über die Erhöhung der KdU-Bundesbeteiligung. Hinzu - zu dieser Erhöhung - kommen Mittel für Schulsozialarbeit und Hortmittagessen.

Drittens. Die Regelung der **Kostenerstattung** an **kreisangehörige Gemeinden und Kreise** kommt neu hinzu.

Viertens benötigen wir eine **Verordnungsermächtigung** für die neue Festsetzung der **Zweckbindungen**.

Im Sozialgesetzbuch II ist die Revision der Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket sowie für eine Änderung des Verteilschlüssels vom Land an die Kreise und kreisfreien Städte festgeschrieben. Genau die wollen wir bereits Anfang 2012 angehen. Die Landesregierung will ferner die Zuständigkeit für die **Durchführung** nach dem **Bundeskindergeldgesetz** den Kreisen und kreisfreien Städten als **pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe** übertragen. Das entspricht im Übrigen der bisherigen Aufgabenübertragung der übrigen kommunalen SGB-II-Zuständigkeiten, die seit 2005 gelten. Damit wird die kommunale Verantwortung im Rahmen der SGB-II-Umsetzung sinnvoll gestärkt.

Die Regelungen in dem vorliegenden Gesetzentwurf sind trotz des erheblichen Zeitdrucks sehr ausführlich mit den kommunalen Landesverbänden erörtert worden. Ich freue mich, dass wir mit der kommunalen Familie ein Einvernehmen über die getroffenen Regelungen erzielen konnten. Ich möchte mich an der Stelle auch ganz klar nicht nur bei den Koalitionsfraktionen, sondern auch bei der SPD-Landtagsfraktion für die konstruktiven Beratungen im Sozialausschuss und für die angedeutete Bereitschaft zum notwendigen verkürzten Verfahren - insbesondere bei Ihnen, Herr Kollege Baasch - ganz herzlich bedanken.

(Vereinzelter Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Die Größenordnung für die **zusätzlichen Bundesmittel** für die Schulsozialarbeit für Schleswig-Holstein liegt bei etwa 10 Millionen € jährlich bis Ende 2013. Damit werden Kommunen und Schulträger eine ganze Menge bewegen können, gerade unter dem Blickwinkel der **Prävention**. Es geht darum - das ist die Philosophie des Bildungs- und Teilhabepakets -, einen Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, in ein Leben, das dauerhaft unabhängig von staatlichen Sozialtransfers machen soll. 38 Millionen € für Leistungen in Bildung, Teilhabe,

Schulsozialarbeit und für Mittagessen in Hortunterbringung werden bis Ende 2013 an Bundesmitteln zusätzlich jedes Jahr nach Schleswig-Holstein fließen. Dieses Geld kommt benachteiligten Kindern und Jugendlichen unmittelbar zugute.

Deshalb mein Appell an Sie: Sie sollten nicht aufgrund einer vielleicht noch unbefriedigenden Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets das gesamte Paket zerreden, sondern ich bitte Sie im Gegenteil, ich fordere Sie auf und appelliere an Sie, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten und Kontakte deutlich zu machen, welche Chancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche hierin liegen, und für dieses Paket zu werben - unabhängig davon, ob man sich im Einzelfall noch etwas anderes hätte vorstellen können. Es ist eine Chance, und die sollten wir tatsächlich nutzen.

Ich finde es auch nach wie vor richtig, dass sich Schleswig-Holstein für eine Verlängerung der Antragsfrist ausgesprochen hat.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Lassen Sie mich abschließend eine Anmerkung zu der wichtigen Thematik Bildungs- und Teilhabepaket und **Asylbewerberleistungsgesetz** machen. Kinder und Jugendliche mit Anspruch auf sogenannte Analogleistungen nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes haben Anspruch auf den gesamten Katalog des Bildungs- und Teilhabepakets nach § 34 des SGB XII. Ein solcher Anspruch ist aber bisher nicht für den Personenkreis der minderjährigen Grundleistungsempfänger nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehen. Daraus folgt, dass das **Unterstützungsniveau** für diese Kinder und Jugendlichen rund ein Drittel niedriger ausfällt als die Sätze für die Analogleistungsempfänger. Ich sage ganz deutlich: Das ist eine völlig ungerechtfertigte Benachteiligung.

Der Kollege Schmalfuß und ich haben uns deshalb mehrfach und auch schriftlich bei der Bundesarbeitsministerin dafür stark gemacht, diese Lücke so schnell wie möglich zu schließen. Gestern hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zugesagt, dass dies entsprechend erfolgen wird.

Ohne dem Parlament vorgreifen zu wollen, fände ich es deshalb richtig, wenn wir uns über den Antrag der Grünen im entsprechenden Fachausschuss noch einmal ausführlich unterhalten könnten, auch über die Probleme, die in diesem Zusammenhang zu sehen sind.

(Beifall bei FDP, CDU und der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Der Minister hat seine Redezeit um 1 Minute und 45 Sekunden überschritten. Diese Zeit steht auch den Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Ich erteile jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Luise Amtsberg das Wort.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Frau von der Leyen ihr Bildungs- und Teilhabepaket der Presse vorgestellt hat, sagte sie:

„Mit dem Bildungspaket für Kinder beginnt ein neues Kapitel der Sozialgeschichte.“

Was jedoch folgte, war erst einmal Verwunderung über zu geringe Nachfrage nach Erstattung, eine Fristverlängerung, ein paar Werbefilmchen und ein runder Tisch. - Gut, es lässt sich also sagen: Die Idee ist gut - da sind wir voll bei Ihnen -, aber die **Umsetzung** ist an vielen Stellen noch chaotisch.

Die Informationslage ist offensichtlich noch schlecht, das Verfahren für viele undurchsichtig. Für die **Erstattung** von **musikalischen Freizeitangeboten** zum Beispiel muss man zu anderen Stellen laufen als für die Erstattung von **Sportangeboten**. Nicht immer hat die Musikschule, die man sich beispielsweise ausgesucht hat, weil sie in der Nähe liegt, eine entsprechende Vereinbarung mit der Stadt.

Herr Minister, Sie haben recht. Wir nehmen Ihre Aufforderung gern auf. Wir haben das natürlich so auch schon aufgenommen und umgesetzt. Auch wir sprechen natürlich unsere Kreise auf diese Regelung an und alles, was damit zusammenhängt. Es gibt wahnsinnig viele Arbeitshilfen zu den Problemen an dieser Stelle. Aber wir müssen erkennen: Es ist offensichtlich so, dass davon noch nicht viel in der Bevölkerung angekommen ist. Deshalb ist es natürlich zum Teil unsere Aufgabe, aber auch die Aufgabe Ihres Ministeriums, dafür zu werben.

Der Antrag der Fraktion der Grünen, der Ihnen jetzt vorliegt, greift eine Absurdität heraus. Ich möchte natürlich die Möglichkeit ergreifen, hier die Gedanken, die wir uns gemacht haben und die uns dazu motiviert haben, heute diesen Antrag zu stellen, einmal vorzutragen. Wenn man sich mit dem Themenbereich Flüchtlingspolitik und Asylgesetzgebung und Asylbewerberleistungsgesetz beschäftigt, ist es auffällig und schmerzhaft, wenn man feststellen muss, dass diese **Personengruppe** nach wie vor

vergessen wird und immer erst später hinzugefügt wird.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deshalb ist es mir an dieser Stelle wichtig, hier zu ein paar Worte dazu zu verlieren, was die Lebenssituation dieser Menschen ausmacht.

Also: Wer war bisher nicht beteiligt an dem Bildungs- und Teilhabepaket, wer wurde neben den Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern nicht als Zielgruppe mit definiert? - Das war die **Gruppe** derjenigen, die unter **§ 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes** fielen, zum Beispiel eine Aufenthaltsgestattung oder -duldung besitzen, und all jene, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, deren Ausreise aber nicht vollzogen werden konnte.

Es war für uns völlig unbegreiflich, warum die Gruppe nicht von Anfang an einbezogen wurde in das **Bildungs- und Teilhabepaket**. Denn mit dem Bildungs- und Teilhabepaket hat die schwarz-gelbe Bundesregierung unlängst zugegeben, dass mit den niedrigen Regelsätzen, die Kinder im Sozialhilfebezug erhalten, keine ausreichende Partizipationsmöglichkeiten bestehen. Nur deshalb gibt es ja überhaupt dieses Paket, das neue Kapitel in der Sozialgeschichte der Frau von der Leyen.

Eigentlich müsste man diese Frage gar nicht erst stellen: Wie, wenn die sozialen Leistungen von Kindern im Regelleistungsbezug schon nicht ausreichend sind, könnten sie dann ausreichend für Kinder nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes sein? Der entscheidende Punkt ist, dass diese Familien ohnehin schon einen deutlich kleineren Leistungskatalog als **Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger** haben. Ich denke, es ist eine gute Gelegenheit, das hier noch einmal anzusprechen. Wir haben im vergangenen Winter darüber diskutiert, dass das Asylbewerberleistungsgesetz seit 1993 nicht an die normalen Preissteigerungen angepasst wurde. Fakt ist, dass die Bezieherinnen und Bezieher nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz heute nur **70 % der Leistungen** eines Sozialhilfeempfängers erhalten. Unbenommen dessen, dass die Kinder hoffentlich in Zukunft noch in das Bildungs- und Teilhabepaket aufgenommen werden - wie von Ihnen angekündigt -, ist das so.

Ob dieses Asylbewerberleistungsgesetz mit dem **Existenzminimum** eines Menschen zusammenpasst, lässt sich an dieser Stelle stark bezweifeln. Gerade auch die ganze Debatte rund um dieses Bildungs- und Teilhabepaket bestätigt und bekräftigt für uns wieder und noch viel mehr die Auffassung,

(Luise Amtsberg)

dass das gesamte Asylbewerberleistungsgesetz völliger Murks ist. Denn im Prinzip blockiert es alle politischen Prozesse, die darum herum stattfinden. Es ist mir wichtig, das an dieser Stelle auch noch einmal zu erwähnen.

Das ist auch bei **Flüchtlingskindern** so, die - im Bundesschnitt - insgesamt 47 % niedrigere Leistungen erhalten als Kinder gleichen Alters im Regelleistungsbezug. Wenn gerade diese Kinder nicht auf die Leistungen des Bildungspakets zurückgreifen können, wäre das eine hausgemachte Diskriminierung. Ich wäre froh und wirklich glücklich darüber, wenn wir an dieser Stelle in Zukunft keinen DisSENS mehr hätten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau diese Kinder brauchen diese **Gleichbehandlung** und **Chancengleichheit** und eine Perspektive für die Zukunft, denn viele sind nicht nur zwei oder vier Jahre hier, sondern - und das ist die politische Praxis - sehr sehr viel länger.

Derzeit ist es so: Wenn sie nicht vom Bildungs- und Teilhabepaket profitieren, würden ihnen solche Sachen wie Lernförderung, Nachhilfe, Mittagsverpflegung, Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben und die Teilnahme an Ferienzeiten fehlen. Das sind genau die Bereiche, die für diese Menschen zentral sind.

Auch - das möchte ich erwähnen - steht im § 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes, dass **sonstige Leistungen** gewährt werden können. Auch an dieser Stelle lässt sich sagen, dass diese Kann-Bestimmung auf dem Papier immer hübsch aussieht, aber in der Praxis viel zu häufig zum Nachteil für die Betroffenen ausgelegt wird. So hat sie in **Flensburg** zum Beispiel dazu geführt, dass die zuständige Stelle einen Antrag einer Familie auf **Kostenerstattung** für eine **Klassenreise** noch nicht einmal mehr zugelassen hat. Das heißt, es ist in diesem Fall noch nicht einmal mehr ein Verwaltungsakt entstanden. Sie können sich vorstellen: Die Menschen mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus sind nicht besonders erpicht darauf, vor Gericht zu gehen und diese Sachen anzufechten. All diese Dinge muss man im Hinterkopf behalten.

Notwendig finde ich, eine Bundesratsinitiative anzustrengen, sollten sich die Ankündigungen nicht bestätigen. Sie müssen mir nachsehen, wenn ich Ihnen sage, dass ich natürlich erst einmal abwarte.

(Christopher Vogt [FDP]: Misstrauisch!)

- Ich bin ein bisschen misstrauisch, Herr Vogt. Das ist absolut richtig. Aber ich bin gern bereit, darüber

im Ausschuss zu diskutieren. Sollte sich das bestätigen und sollten die Ankündigungen eintreffen, werden Sie in den Grünen in dieser Frage auf jeden Fall einen konstruktiven Partner finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Vielen Dank. Es gab keine Redezeitüberschreitung.

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! **Bildungschancen** sollten unteilbar sein. Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern, nicht von der sozialen Ausgangslage abhängig sein. Das **Bildungs- und Teilhabepaket** leistet einen guten Beitrag in diese Richtung. Das Plädoyer, das Sie, Frau Kollegin, gerade zum Thema Asylbewerberleistung gehalten haben, zeigt ja, dass dieses Paket offensichtlich etwas bringt, sonst würden Sie sich nicht so vehement positiv in diese Richtung eingesetzt haben. Auch dies ist ein Lob dafür, dass dieses Paket nachhaltig wirken kann. Das ist gut so.

Es geht um rund 70.000 Kinder in Schleswig-Holstein, deren Chancen und die Chancen ihrer Familien. Das zeigt auch die Zahl: Es ist eine bedeutende soziale Dimension, über die wir uns zu unterhalten haben.

Einer der Punkte, der nachdenklich macht, ist, dass bislang nur rund **10 %** einen **Antrag** gestellt haben - eine Diskussion, die überall geführt wird. Was die Ursachen und die Gründe dafür sind, mag man unterschiedlich sehen. Aber eines ist ganz wichtig: dass wir den Eltern der Kinder, die hier Leistungen bekommen würden, zurufen: Kümmert euch darum, stellt die Anträge und engagiert euch für eure Kinder! - Das muss ein ganz wesentlicher Appell sein, den wir zu leisten haben, denn auch die Eltern sind gefordert. Es ist nicht nur eine Sache, die Jobcenter und andere etwas angeht. Es geht auch die Eltern etwas an, denn zuallererst sind Eltern für ihre Kinder verantwortlich.

Probleme bei der **Umsetzung** sind - auch von den Verbänden - angesprochen worden; der Minister hat einiges zu dieser Diskussion gesagt. Es war ein Prozess, bei dem man sehen muss, dass es lange ein Gequake und Gewürge in Berlin zu diesem Thema gab. Danach ist die Zeit kurz geworden. Das war die Situation. Als die Entscheidung getroffen worden ist, hatten wir Ausschusssitzung. Wir haben um

(Werner Kalinka)

14 Uhr begonnen, um 18.30 Uhr hat der Minister uns berichtet, und wir haben uns positiv eingelassen und die Sache auf den Weg gebracht. Schneller hätte man es nicht machen können.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Auch die Verbände haben sich dazu konstruktiv eingebracht. Es mag manches noch verbesserungsbedürftig sein, aber eine Kernkritik ist hier nicht angebracht.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die **Verbesserung der Schulsozialarbeit**. 25 bis 30 Millionen € - das ist schon Geld. Dies sollte überall dort, wo soziale Probleme begleitet werden müssen, ankommen. Das ist keine Frage der Stadt oder des Landes, keine Frage dieser oder jener Schulart. Es ist ein Problem, das quer durch die Gesellschaft geht und so angegangen werden sollte. Hier besteht Handlungsbedarf. Wir haben - zur Erinnerung - im **Landeshaushalt** einen eigenen Haushaltstitel zusätzlich zu diesem Thema, sodass ich denke, dass die **Zusammenfassung dieser Mittel** im Schulsozialarbeitsbereich durchaus eine positive Wirkung erzielen kann. Eine gute Mittagsverpflegung ist eine ganz große Notwendigkeit. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein. Eigentlich sollte es auch so sein, dass kein Kind ohne Frühstück zur Schule geht. Das müsste eine Selbstverständlichkeit in einer menschlichen Gesellschaft sein.

(Beifall der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD] und Christopher Vogt [FDP])

Es kommt darauf an, das Paket jetzt mit Leben zu erfüllen. Man spricht gern von passgenauen Zuschnitten. In der Praxis ist es natürlich zum Teil schwieriger, das wissen wir alle. Aber wir müssen uns bemühen, den **individuellen Erfordernissen** Rechnung zu tragen. Wir müssen Vereine, Verbände, Schulträger und Eltern motivieren, dass sie sich verzahnen und dass Schule, Familie und Freizeit zusammenarbeiten. Wir müssen das ganze Thema zusammenhängend sehen und nicht in einzelne Bahnen. Der Gesamtansatz ist bei diesem Thema wichtig, damit Bildung, Eltern und Freizeit in einen einzigen Guss kommen. Darauf kommt es ganz entscheidend an, wenn man wirklich helfen will.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Jasper [CDU])

Ein besonderes Wort des Lobes verdient auch, dass die kommunale Familie die Umsetzung wahrnimmt. Dort ist der richtige Platz. Auch da gibt es Defizite - wie immer im Leben -, aber es ist besser,

die vor Ort zu machen, als die Umsetzung von oben vorzuschreiben.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt erwähnen, der wirklich erwähnungsbedürftig und erwähnenswert ist: Besondere Gewinner und **Nutznieser** sind insgesamt die **Kommunen**, denn der Bund wird bis 2014 die **Kosten der Grundsicherung** vollumfänglich übernehmen. Das ist ein großer Schritt, das ist ein wirklich struktureller Schritt. Hier geht es um viele Millionen, um die die Kommunen entlastet werden. Man kann diesen **strukturellen Schritt** nicht hoch genug einordnen. Hier wird etwas wirklich Gutes und Konkretes getan.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ich hatte darauf hingewiesen, dass unmittelbar nach den Entscheidungen die Diskussionen bei uns im Land konkret angefangen haben. Den Punkt, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch die Kolleginnen Amtsberg und Dr. Bohn angesprochen hat - **Asylbewerberfamilien** -, sollten wir in der Tat im Ausschuss erörtern. Wir sind für eine Ausschussüberweisung. Es gibt Argumente dafür. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es sich um Asylbewerber handelt. Das ist noch nicht der Dauerstreitfall, aber wir sollten das im Ausschuss vernünftig erörtern.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber es sind Kinder!)

- Ja, das weiß ich auch, Herr Kollege. Aber ich kann nicht mehr sagen, als dass wir es im Ausschuss vernünftig erörtern. Das möchte ich ausdrücklich sagen. Sie kennen unsere Beratungsqualität. Das geschieht dann auch so. Das wollen wir tun.

Frau Präsidentin, da ich die letzten sechs Sekunden angezeigt bekomme: Lassen Sie uns nicht länger darüber reden, sondern die Beschlüsse fassen. Lassen Sie uns handeln! Das ist das Beste.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets** für Kinder und Jugendliche sowie der morgigen Sondersitzung des Sozialaus-

(Wolfgang Baasch)

schusses und der **zweiten Lesung des Gesetzes** am Freitag sichern wir **das rückwirkende Inkrafttreten** des Gesetzes zum 1. Januar 2011. Das ist auch notwendig, da die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket noch bis zum 30. Juni - auch rückwirkend bis zum 1. Januar - beantragt werden können. Eine lange geschichtliche Entwicklung des Gesetzes brauchen wir nicht zu diskutieren, aber festhalten müssen wir: Das ist nicht optimal gelaufen. Aber wir sollten uns jetzt alle Mühe geben, dass die vereinbarten Leistungen auch bei den Antragsberechtigten ankommen -

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Leistungen, die für 70.000 Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen und die bisher erst wenige in Anspruch genommen haben.

Die Antragszahlen schwanken beträchtlich und liegen zwischen 2 und 30 % der Leistungsberechtigten. Ich habe in meiner Heimatstadt Lübeck nachgefragt: Dort liegen die Zahlen bei etwa 20 %. Wenn ich mir angucke, welcher Bedarf da an Hilfe und Unterstützung vorhanden ist, stelle ich fest: Das ist zu wenig, und wir sollten alle dafür werben, dass mehr, gezielter und vor allem schneller Ansprüche angemeldet werden.

Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen. Die Leistungen umfassen Schulausflüge, persönlichen Schulbedarf, Schülerbeförderungskosten, Lernförderung, Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten, Schule und Hort sowie die Unterstützung bei Mitgliedsbeiträgen für Sportvereine, die Förderung zum Beispiel von Musikunterricht oder die Teilnahme an Freizeitangeboten der Jugendhilfe.

Unsere Debatte hier und heute sollte auch dazu beitragen, all diejenigen, die anspruchsberechtigt sind, zu ermutigen, diese Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch zu nehmen. Da sind wir in diesem Haus ganz dicht beieinander.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Kern geht es darum, Kindern und Erwachsenen ein **menschenwürdiges Existenzminimum** zu sichern. Das heißt für mich, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von der Situation ihrer Eltern Chancen auf Bildung und Teilhabe haben müssen, dass Menschen, die arbeiten, auch von ihrer Arbeit leben können müssen und dass diejenigen, die noch keine Arbeit haben, oder Familien, die in Armut leben, auch die not-

wendige und faire Unterstützung der Gesellschaft erhalten.

In diesem Zusammenhang ist es aber auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir Sozialdemokraten eigentlich einen anderen Weg wollten. Wir wollten den **Ausbau** und die **Weiterentwicklung** der **Bildungsinfrastruktur** durchsetzen, Ganztagschulen, kostenloses Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler, Ausbau der Betreuung im Krippen- und Kindertagesstättenbereich, zusammengefasst: Ganztags-Kitas, Ganztagschulen und viel mehr Investitionen in Bildung wären die richtige Antwort auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gewesen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der LINKEN und SSW)

Es bleibt unter dem Strich festzuhalten, dass im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket erreicht worden ist, dass zusätzlich 500.000 Kinder aus Familien mit geringem Einkommen ein warmes Mittagessen bekommen, in Vereinen gefördert werden können sowie in Kitas und Schulen Unterstützung erfahren. Gut ist, dass es auch erreicht wurde, 3.000 Schulsozialarbeiter einzusetzen, die die Kinder zukünftig unterstützen können.

Wir Sozialdemokraten werden dem verkürzten parlamentarischen Verfahren und dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen,

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

weil wir wollen, dass die Leistungen jetzt zügig bei den Familien ankommen. Aber wir erwarten auch, dass uns morgen im Sozialausschuss noch einige offene Fragen beantwortet werden.

Erstens. Zum Beispiel behaupten die **Kommunen**, dass das Bildungs- und Teilhabepaket derzeit noch mehrere 100 Millionen € unterfinanziert ist. Was bedeutet das für die schleswig-holsteinischen Kommunen? Ich eben aus der Rede des Ministers erfahren, dass man dort Einigung erzielt hat; wir möchten gern wissen, wie die Einigung aussieht, die erzielt worden ist. Das gehört zum parlamentarischen Verfahren dazu.

Die zweite Frage lautet: Wie wird das Wirken der **Schulsozialarbeiter** in Schleswig-Holstein umgesetzt?

Die dritte Frage beschäftigt sich mit der **Feststellung des Lernförderbedarfs** durch die Lehrkräfte. Hierzu soll ein geeignetes einheitliches Formular erstellt werden. Das möchten wir gern sehen und

(Wolfgang Baasch)

fragen, ob die Umsetzung mit den Schulen, mit den Lehrkräften abgestimmt worden ist. Wie steht es damit?

Viertens möchten wir im Ausschuss gern erfahren, wie das Land sicherstellt, dass die jetzt zur Verfügung gestellten **Mittel** zusätzlich auch in den Einrichtungen, bei den **Kindern und Jugendlichen** ankommen und nicht wie bisher gewährte kommunale oder Landesmittel gekürzt oder gar ganz gestrichen werden. Es darf nicht sein, dass uns auf der einen Seite der Bund Geld dazugibt und wir uns auf der anderen Seite kommunal oder auf Landesseite aus der Verantwortung ziehen.

Ich habe eben die **Schülerbeförderungskosten** angesprochen. Da haben jetzt bedürftige Familien die Möglichkeit, Mittel für die Schülerbeförderung einzuwerben, gleichzeitig hat das Land aber mit einem Federstrich die Schülerbeförderungskosten auf die Eltern verlagert. Das ist nicht Sinn der Sache. Auch hier muss deutlich werden, dass sich Land und Kommunen nicht den weißen Fuß machen dürfen, wenn andere in der Verpflichtung sind zu zahlen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auf diese Fragen möchten wir morgen gern vom Sozial- und Bildungsministerium Antworten haben. Deswegen ist die Beratung morgen im Sozialausschuss für uns sehr wichtig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es gibt noch einige Fragen, die morgen beantwortet werden müssen.

Abschließend will ich noch kurz auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehen. Dass das Bildungs- und Teilhabepaket auch für **Kinder aus Asylbewerberfamilien** Anwendung finden muss, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Wir begrüßen diesen Antrag.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Wir könnten dem Antrag heute sofort zustimmen; eigentlich bräuchte man darüber nicht lange zu beraten. Das ist so eindeutig wie nichts Gutes, denn es geht um Kinder,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

und Kinder aus Asylbewerberfamilien sind erst einmal nichts anderes als Kinder, die einen Anspruch auf Unterstützung haben. Wenn das im Ausschuss noch einmal diskutiert werden soll, werden wir das natürlich gern machen, aber unsere Haltung wird sich da im Grundsatz nicht ändern. Wir werden dem Antrag zustimmen, auch im Ausschuss.

Wir freuen uns auf die Beratungen im Sozialausschuss morgen zum Bildungs- und Teilhabepaket und am 9. Juni zum Antrag für Kinder aus Asylbewerberfamilien.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit diesem **Ausführungsgesetz** ebnen wir den Weg für das **Bildungs- und Teilhabepaket in Schleswig-Holstein**, von dem viele Familien aus dem Kreis der SGB-II-Leistungsberechtigten und der Wohngeldberechtigten profitieren werden. Meine Fraktion begrüßt, dass die Regelsätze für Minderjährige durch die neue Ermittlungsmethode, die zu Recht vom Bundesverfassungsgericht angemahnt wurde, transparent und nachvollziehbar berechnet werden, dass es zusätzliche Leistungen geben wird, die nicht einfach als Erhöhung des Regelsatzes gezahlt werden, sondern als gezielte Unterstützung für die Kinder und Jugendlichen. Der Sozialstaat wird damit ein Stück weit zielgenauer. Wir unterstützen das Anliegen der Bundesregierung, die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche zu verbessern und ihnen gesellschaftliche Teilhabe besser zu ermöglichen.

Für die rund 70.000 Kinder und Jugendlichen, die in leistungsberechtigten Familien leben, wird der Bund dafür jedes Jahr 25 Millionen € bis 30 Millionen € bereitstellen. Wir begrüßen ebenso die Tatsache, dass der **Bund** nicht nur sämtliche **Kosten** für diese zusätzlichen Maßnahmen übernimmt und den Kommunen den Aufwand für die Arbeit erstattet, sondern die Kommunen zusätzlich - der Kollege Kalinka hat es angesprochen - in erheblichem Umfang entlastet.

(Unruhe)

Für Schleswig-Holstein sind das sehr gute Nachrichten. Unsere Kommunen werden vor allem bei der **Grundsicherung im Alter** und bei **Erwerbsminderung** ab 2014 - das wird ja schrittweise erfolgen - durch den Bund vollständig entlastet. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter und die Erwerbsminderung betragen in Schleswig-Holstein zurzeit 170 Millionen € im Jahr, die ab 2014 vom Bund vollständig übernommen werden. Angesichts

(Christopher Vogt)

der demografischen Entwicklung wird dieser Betrag, der sehr umfangreich ist, in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Insofern ist es eine gute Nachricht für Schleswig-Holstein, dass der Bund die Kommunen hier deutlich entlastet. Ich hoffe, man nimmt das auch in Kiel und Lübeck und anderswo zur Kenntnis - wir haben vorhin über die finanzielle Situation des Landes gesprochen -, weil das für die Kommunen eine ganz wichtige Entwicklung ist.

Meine Damen und Herren, zur Historie der Reform möchte ich mich nicht lange auslassen. Ich glaube, da haben sich alle Beteiligten nicht wirklich mit Ruhm bekleckert. Immerhin ist es zu einem sinnvollen Kompromiss gekommen, der jetzt umgesetzt werden muss.

Die Forderung der SPD nach einem **Ausbau der Betreuungsinfrastruktur**, Herr Kollege Baasch, sieht meine Fraktion im Grundsatz ähnlich. Natürlich müssen die Betreuungsangebote ausgebaut werden, aber bei dieser Reform ging es in erster Linie um die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, und das richtete sich ja nach dem individuellen Anspruch der Kinder und Jugendlichen. Es war notwendig, erst einmal das zu erledigen, damit die Regelung nicht wieder vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich beklagt werden kann. Wesentlich ist, dass erst einmal Rechtssicherheit herrscht. An den weiteren Fragen sind wir natürlich auch dran, aber das ist mit einem Schlag schwer zu machen.

Meine Damen und Herren, es ist positiv, dass mit dieser Reform das Lohnabstandsgebot gewahrt bleibt und der Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung nicht vermindert wird. Weniger positiv ist, dass sich die **Nachfrage** noch nicht so entwickelt hat, wie es eigentlich gedacht war. Insofern begrüße ich sehr, dass sich die Landesregierung und der Minister dafür eingesetzt haben, dass die Beantragungsfrist um zwei Monate bis zum 30. Juni verlängert wurde. Ich teile die Auffassung, dass wir alle dafür werben müssen, dass die **Leistungsberechtigten** wissen, wie ihr Anspruch ist, und die Mittel tatsächlich beantragt werden, damit die Hilfe, die bereitgestellt wird, bei den Kindern und Jugendlichen ankommt.

Meine Damen und Herren, nachdem Bund und Länder bedingt durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts in relativ kurzer Zeit zwei große SGB-II-Reformen durchsetzen mussten, wird der **SGB-II-Bereich** wohl auch in den kommenden Jahren eine Baustelle bleiben. Die Verdreifachung des Schonvermögens und die neuen Hinzuverdienstregelungen sind ein richtiger Anfang, sie können

aber nur ein Anfang sein. Wir müssen da noch mehr machen, damit die Brücke in den ersten Arbeitsmarkt durchlässiger wird, damit es mehr Fairness im System gibt.

Der Antrag der Grünen greift ein wichtiges Thema auf. Es geht hier nicht insgesamt um das **Asylbewerberleistungsgesetz**, sondern um § 3, von dem rund 560 Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein betroffen sind. Wir haben das bereits in der letzten Sozialausschusssitzung kurz besprochen. Der Ausschussüberweisung stimmen wir natürlich zu. Ich schlage vor, dass wir das in unserer regulären Sitzung besprechen, weil die Entwicklung in Berlin doch sehr kurzfristig ist, und morgen im Ausschuss nur den Gesetzentwurf beraten.

Als Ausschussvorsitzender richte ich meinen Dank an die Opposition, vor allem an die SPD-Fraktion, die frühzeitig zugesichert hat, dass sie diesem beschleunigten Verfahren zustimmen wird. Es ist ganz wichtig, dass wir unserer Verantwortung jetzt gerecht werden. Es wurde genug Zeit verdaddelt. Wir müssen jetzt zu Potte kommen, es morgen beraten und es am Freitag verabschieden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manche Schatten sind einfach zu breit. Sie können nicht übersprungen werden. In Lübeck nehmen zum Beispiel seit Inkrafttreten der SGB-II-Reform die Wohngeldstellen **Anträge** von Berechtigten für das **Bildungs- und Teilhabepaket** entgegen. Da liegen diese Anträge jetzt. Denn es gehen keine Bescheide mit den Bewilligungen heraus. Jeder in der Verwaltung in Lübeck weiß, die Anträge sind berechtigt. Die Antragsteller haben Anspruch auf die Leistungen.

(Zurufe von der SPD)

- Doch, es ist so. Es hat ja sogar ein Rundschreiben des Ministeriums gegeben. Die Kommunen wurden darin aufgefordert oder gebeten, im Vorgriff auf die kommenden Regelungen ganz unbürokratisch mit den Anträgen umzugehen.

Lübeck ist unbürokratisch vorgegangen. Die Anträge wurden entgegengenommen, aber Bescheide zu erteilen und die Leistung zu bewilligen, so unbüro-

(Antje Jansen)

kratisch war man in Lübeck dann doch nicht. Der Grund ist, dass sich die Lübecker Verwaltung nicht getraut hat, **Bescheide** ohne die **Rechtsgrundlage** auszustellen, die heute als Gesetzentwurf auf der Tagesordnung steht. Kann man das der Lübecker Verwaltung vorwerfen? - Wir glauben das nicht. Kann man das der Landesregierung vorwerfen? - Auch nicht wirklich.

Das Ausführungsgesetz kommt zu spät, weil die Neuregelung im SGB II viel zu spät kam. Der Einstieg in das Bildungs- und Teilhabepaket entpuppt sich als einzige Kette von Pleiten und Pannen, die aus der politischen Puscherei um die Neuregelung der Kinderregelsätze nur herauskommen konnte.

Wir werden heute diesem Ausführungsgesetz für Schleswig-Holstein zustimmen. Denn natürlich wollen wir, dass das Wenige wenigstens bei den Kindern und Jugendlichen ankommt. Wenn wir hier heute zustimmen, machen wir uns trotzdem nicht zum Komplizen dieses politischen Etikettenschwindels. Es stellt sich nämlich zunehmend heraus, kaum jemand - auch wenn Lübeck 20 % der Inanspruchnahme bewilligt hat - holt dieses Bildungs- und Teilhabepaket ab.

Herr Kalinka, sicherlich können wir Werbung, Werbung, Werbung machen, es wird aber nicht angenommen. Das wissen wir, weil es nicht abgerufen wird. Es ist auch kein Wunder. Unserer Meinung nach presst das Paket das Misstrauen der Regierung gegen die **Hartz-IV-Eltern** in Gesetzesform. Es wirkt als hochbürokratische Verlängerung der Diskriminierung von Eltern, denen man kein Geld in die Hand geben will. Dieser **Generalverdacht** ist einfach unverschämt.

(Beifall bei der LINKEN)

Untersuchungen zeigen auch deutlich, dass in Familien mit Kindern, die von Grundsicherungsleistungen überleben müssen, die „Hartz-IV-Kohle“ keineswegs einfach „versoffen“ wird. Auch in diesen Familien wird das Geld für die Kinder für Bildung, Ferienreisen und Musikunterricht zusammengespart. Wir haben hier schon oft Debatten geführt, in denen gesagt wurde, dass das Geld, das in die Familien geht, bei den Kindern nicht ankommt. Es gilt immer noch der Grundsatz, dass man es den Eltern nicht zutraut. Das Paket ist gleichzeitig der politische Offenbarungseid einer Regierung, die nicht gewillt ist, Bildung und soziale Teilhabe für alle Kinder zu fördern. Wenn man das wollte, könnte man sehr wohl kostenloses Mittagessen in Schulen und Kindertagesstätten anbieten. Man könnte sehr wohl die Ganztagsangebote der Schulen ausbauen

und gerade dort sportliche wie kulturelle Angebote kostenlos organisieren.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Das lässt sich natürlich nicht aus Steuersenkungen für die Reichen finanzieren.

Wir als Linke wollen Bildungschancen sowie soziale und kulturelle Teilhabe für alle Kinder. Wir wollten eine **Regelsatzerhöhung** für die **Kinder**. Wir wollten, dass das Geld in die Familien gegeben wird und die Eltern selber entscheiden können, an welcher Stelle sie das Geld für ihre Kinder ausgeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Genau deshalb lehnen wir dieses Bildungs- und Teilhabepaket ab, das nichts weiter ist, als ein weiterer Webfehler in der Hartz-IV-Gesetzgebung. Etliche Vorredner von mir haben es schon gesagt: Es gibt noch viele, viele Bausteine wegzuräumen, ehe dieses Gesetz in der Umsetzung da ankommt, wo es auch ankommen soll, nämlich bei den Kindern. Das Hochjubeln verklärt nur die Hürden. Man verklärt auch, dass die Eltern dies letztendlich so nicht haben wollen.

Die Wirklichkeit zeigt Ende März, dass das Paket nicht glaubwürdig ist. Es wird von den betroffenen Familien nicht akzeptiert. Dieses Debakel offenbart sich in der bisherigen Vergeblichkeit der Werbekampagne für das Paket.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Abgeordnete - -

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Natürlich kann man von Anlaufschwierigkeiten sprechen. Vieles wird sich vielleicht noch einspielen. Es ist aber auch ein Armutszeugnis für das Teilhabepaket, wenn man jetzt merkt, dass man die Menschen persönlich ansprechen und beraten muss. Genau das ist schon einer der Pferdefüße in der **Hartz-IV-Wirklichkeit**. Die Menschen fühlen sich verwaltet, aber nicht angenommen und beraten. Wie will die Behörde Menschen erreichen, wenn eines der Hauptmerkmale die Unerreichbarkeit der Behörde ist.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Abgeordnete - -

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Ich wollte noch etwas sagen zu - - Der letzte Satz.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Nein, Frau Abgeordnete, ich wollte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kalinka zulassen.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Ja.

Werner Kalinka [CDU]: Frau Kollegin, wenn Sie von dem ganzen Paket nichts halten und auch sonst nicht glauben, dass viel dabei herauskommt, warum wollen Sie dem Gesetzentwurf dann zustimmen?

- Wenn dieses Paket letztlich beschlossen wird, können wir nicht sagen, wir stoppen es. Wir gehen den Kompromiss ein. Das habe ich auch gesagt. Das wenige, was jetzt beschlossen wird, muss bei den Eltern, bei den Familien und bei den Kindern ankommen. Dennoch können wir die Grundsatzkritik üben, dass das, was beschlossen worden ist, nicht der richtige Weg ist. Wir Linken wollten eine andere Regelung. Wir wollten, dass für die Kinder die Regelsatzerhöhung beschlossen wird, und wir wollten, dass das Geld in die Familien gegeben wird und die Familien selber entscheiden, wo das Geld für ihre Kinder hingehet.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie eine weitere Nachfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka zu?

(Jürgen Weber [SPD]: Wir wollen Mittagessen!)

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Natürlich, das kann man machen.

(Werner Kalinka [CDU]: Von wem ist der Zwischenruf gekommen? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Weber! - Peter Eichstädt [SPD]: Das sagen wir nicht! - Heiterkeit)

Werner Kalinka [CDU]: Frau Kollegin, wenn wir einmal davon ausgehen, dass wir auch ohne Sie für den Gesetzentwurf eine Mehrheit im Hause hätten, wie würden Sie dann Ihre Antwort beurteilen?

Antje Jansen [DIE LINKE]:

- Wenn jetzt - - Ich habe Sie nicht verstanden.

Werner Kalinka [CDU]: Frau Kollegin, wenn wir einmal davon ausgehen, dass wir auch ohne Ihre Stimmen eine Mehrheit für den Gesetzentwurf im Landtag haben, wie würden Sie dann Ihre Antwort von eben beurteilen?

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Wir würden dem trotzdem noch zustimmen.

Man kann eine grundsätzliche Kritik an einem Gesetzentwurf haben, denn das Gesetz ist nun einmal so. Wir können es in der Ausführung nicht behindern. Es gibt eben keine andere Möglichkeit für Eltern, etwas für ihre Kinder mit Bildung oder Teilhabe zu tun. Das haben Sie auf Bundesebene so beschlossen. Jetzt soll es umgesetzt werden. Wir können nicht alles behindern und sagen, dass die Eltern beispielsweise die 10 € für Nachhilfeunterricht nicht bekommen. Den Anspruch haben sie. Wir setzen uns trotzdem dafür ein, dass sich das verändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt noch einmal zum Antrag von den Grünen. Wir werden ihn unterstützen. Wir sind der Meinung, dass es nicht im Sozialausschuss beraten werden sollte. Ich bin der Meinung, dass auch Kinder von Asylbewerbern diese Leistung abrufen können sollen. Darüber, dass es im Sozialausschuss beschlossen wird, brauchen wir gar nicht mehr zu reden. Es ist selbstverständlich: Diejenigen sollen diese Gelder auch bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Frau Abgeordneter Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem vergangenen Jahr musste bekanntlich das **Existenzminimum** für **Kinder und Jugendliche** nach einer eigenen Methode errechnet werden. Auch Bildungs- und Teilhabebestandteile müssen ab Januar 2011 in die Berechnung einfließen, um so zu gerechteren Regelsätzen zu kommen. Am Ende zäher Verhandlungen steht ein Kompromiss, der aus Sicht des SSW enttäuschend ist. Neben der geringfügigen Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze für Erwachsene

(Silke Hinrichsen)

trat am 1. April 2011 dann das sogenannte **Bildungs- und Teilhabepaket** in Kraft.

Hier ist zum Beispiel für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ein Bedarf von 10 € pro Monat und Kind vorgesehen. Zwar gibt es bisher kaum Erfahrungen mit der praktischen **Umsetzung dieser Regelung**, aber eines lässt sich mit Sicherheit sagen: Die gewählte Lösung wirft viele Fragen auf und verursacht einen hohen bürokratischen Aufwand. Die Kollegin Jansen hat davon erzählt, wie die Anträge laufen. So, wie ich den Herrn Sozialminister verstanden habe, werden die Kommunen unbürokratisch helfen und auszahlen.

Natürlich begrüßen wir, dass die Zuständigkeit letztlich doch bei den Kommunen, Kreisen und kreisfreien Städten liegt, denn damit erfolgt die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets so bürgernah wie möglich. Wenn aber selbst die Erfahrungen aus dem Vorzeigekreis Nordfriesland zeigen, dass so gut wie gar keine **Nachfrage** besteht, dann muss man die **Sinnhaftigkeit** dieser Regelung bezweifeln. Herr Sozialminister, hier ist Ihr Appell richtig. Ich denke, wir können zwar alles dafür tun, dass diese Leistungen abgefordert werden, aber es wird schwierig. Es ist bis heute nicht gelungen, bei den Berechtigten ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Maßnahme ein - wenn auch kleiner - Gewinn für Ihre Kinder sein kann.

Das vorliegende Ausführungsgesetz musste aus den bekannten Gründen mit heißer Nadel gestrickt werden. Bei allem Verständnis für diese Umstände bleibt der Entwurf kritikwürdig. Dies gilt besonders für die Ausführungen zum Bereich der **Schulsozialarbeit**, die auch der Landesjugendring und das Deutsche Rote Kreuz kritisieren. Auch wir sehen die Gefahr, dass trotz zusätzlicher Mittel nicht zwingend auch zusätzliche Angebote entstehen beziehungsweise neue Stellen geschaffen werden. Weil keine Zusätzlichkeit festgelegt ist, werden diese Mittel mit großer Wahrscheinlichkeit in bereits bestehende Projekte fließen, während die Kreise ihren Anteil anderweitig verwenden. Durch eine **Zweckbindung** allein werden wir also auf diesem wichtigen Gebiet nicht entscheidend vorankommen. Die Einbindung der freien Träger der Jugendhilfe in den Gesetzgebungsprozess wäre sicherlich von Vorteil gewesen. Der Kollege Baasch hatte eben ausgeführt, welche Fragen morgen noch im Sozialausschuss im Hinblick auf den Gesetzentwurf zu erörtern sind.

Unabhängig vom Verfahren und vom heutigen Stand der Umsetzung verfolgt das Bildungs- und Teilhabepaket einen tendenziell positiven Ansatz,

denn es erhöht die Leistungen für Kinder und Jugendliche zumindest geringfügig. Wir sehen es als selbstverständlich an, dass auch **Asylbewerberkinder** zum Kreis der Leistungsberechtigten gehören und damit in vollem Umfang beteiligt werden müssen. Hier hatten Sie in der Ausschusssitzung mitgeteilt, dass eine schnelle und unbürokratische Lösung auch für diese Kinder kommen soll. Heute teilen Sie mit, dass die Bundesministerin dies hoffentlich zusagt.

Ich denke, wir können dem Antrag heute sehr gut in der Sache zustimmen. Wir können dies aber auch gern weiter im Ausschuss erörtern. Wir halten es für selbstverständlich, dass Kinder Kinder sind und diese Leistungen auch bekommen sollen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es bleibt aber festzuhalten, dass das wesentliche Problem des Bildungs- und Teilhabepakets unabhängig von der Größe der Zielgruppe bestehen bleibt. Auch diese Neuregelung räumt den **Leistungsberechtigten** nicht die umfangreichen sozialen und kulturellen **Teilhagemöglichkeiten** ein, die für echte Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit nötig wären. Dafür reicht die Aufstockung nicht. Fakt ist, dass es nach wie vor keine wirkliche Wahlfreiheit in Bezug auf die Freizeitmöglichkeiten gibt. Bildungschancen hängen leider weiterhin vom Portemonnaie der Eltern ab.

Grundsätzlich hat der SSW in Bezug auf die Hartz-IV-Regelungen immer wieder deutlich gemacht, dass wir den Weg der **Sonder-beziehungsweise Sachleistungen** für falsch halten. Wir sehen in der Begründung für die Gewährung von Sachanstelle von Geldleistungen für bedürftige Kinder eine **Entmündigung der Eltern**. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass zusätzliche Mittel für die bedürftigen Familien auch bei den Kindern ankommen. Selbst wenn dies in einzelnen Fällen nicht der Fall sein sollte, so darf man die Leistungsbezieherinnen und -bezieher nicht unter einen Generalverdacht stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden im Ausschuss weiter über die Sache diskutieren. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. Wir stimmen auch der Ausschussüberweisung für den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Zu einem weiteren Beitrag erteile ich dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der fortgeschrittenen Zeit bin ich der Auffassung, dass man nicht alles stehen lassen darf, was die Kollegin Jansen ausgeführt hat. Ich will etwas ganz deutlich zurückweisen, und zwar vermutlich nicht nur für die Fraktionen von CDU und FDP, sondern auch für die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der SPD und vermutlich auch für die Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Niemand, der sich in Berlin an den Verhandlungen für das Bildungs- und Teilhabepaketes beteiligt und - dies gilt zumindest für die drei erstgenannten Fraktionen - dann auch in einem Kompromiss zum Abschluss gebracht hat, hat **Bezieher von SGB-II-Leistungen** unter irgendeinen **Generalverdacht** stellen wollen. Mitnichten war das die Intention, Frau Kollegin Jansen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie können hier gern politische Korrektheit zitieren. Ich mache es mir nicht so einfach, darüber hinwegzusehen, dass gerade Fachleute übrigens nach Modellprojekten, die wir finanziert haben, die das Land mit finanziert hat, mit Nachdruck gefordert haben, Wege zu suchen, die sicherstellen, dass **Leistungen**, die für **Kinder** gedacht sind, auch bei Kindern ankommen. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass dies in den überwiegenden Fällen auch der Fall ist. Selbstverständlich gilt das auch für Familien, die im Leistungsbezug sind. Wer aber die Augen davor verschließt, dass dies im Einzelfall nicht so ist, der mag das gern tun. Ich werde das nicht tun. Ich finde, es ist auch dann, wenn es un bequem und vielleicht auch unpopulär ist, Aufgabe der Politik, gerade diejenigen in den Fokus zu rücken, bei denen dies nicht sichergestellt ist. Das sind die Kinder, die genauso ein Recht auf eine Chance haben. Deshalb hat das Bildungs- und Teilhabepaket eine Chance verdient. Frau Jansen, der Generalverdacht, den Sie gegenüber Kolleginnen und Kollegen von fast allen Fraktionen ausgesprochen haben, ist mit Sicherheit nicht die richtige Herangehensweise.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Damit steht den Fraktionen eine weitere Redezeit von zwei Minuten zur Verfügung. Wird davon Gebrauch gemacht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1488 sowie den Antrag Drucksache 17/1513 an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor wir in die Mittagspause gehen, müssen wir noch Tagesordnungspunkt 4 behandeln. Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 - BVAnpG 2011/2012)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1452

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1452 federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung 13:29 Uhr bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort. Ich gebe bekannt, dass von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kollegin Luise Amtsberg und von der Landesregierung Ministerpräsident Peter Harry Carstensen erkrankt sind. - Wir wünschen von dieser Stelle aus gute Besserung!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Dauergrünland wirksam schützen

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE
Drucksache 17/1495 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass für unseren Antrag ist der dramatische **Rückgang** der **Wiesenvögel** in unserem Land. Feuchte Wiesen und Weiden gehören seit jeher zu Schleswig-Holstein wie die Knicks im ostholsteinischen Hügelland, das Wattenmeer oder die Steilküsten an der Ostsee. Sie prägen ein Bild von unserem Land, das reich an vielfältiger Kulturlandschaft mit oftmals einzigartigen Lebensräumen für Pflanzen und Tiere ist. Doch dieses Bild stimmt in vielen Gebieten heute nicht mehr.

Knicks werden zu Hecken gestutzt, Grünlandflächen verschwinden zunehmend aus der Landschaft. Die landwirtschaftliche Nutzung, durch die diese Lebensräume häufig erst entstanden sind, wurde in den letzten Jahren derart intensiviert, dass kein Platz mehr bleibt für Vögel, die hier früher häufige Begleiter des Sommers waren. Die Trauerseeschwalbe weiß seit Jahren ein Lied davon zu singen.

Bedroht sind nun auch Uferschnepfe, Kiebitz und Feldlerche, deren Population so dramatisch zurückging, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Der Hauptgrund für diesen **Artenschwund** ist der Verlust ihres Lebensraumes durch den **Umbruch von Grünland zu Ackerflächen**.

Schleswig-Holstein ist durch die EU verpflichtet, den Grünlandverlust zu stoppen, das Artenschutzrecht verpflichtet zudem zu bestandschützenden Maßnahmen. Die **Dauergrünlanderhaltungsverordnung** - ein Wort, das es wahrscheinlich nur in unserer Sprache gibt - von 2008 hat dieses Ziel nicht erreicht. Seither sind weitere knapp 7.000 ha unter den Pflug gekommen. Die Bestände der Uferschnepfen sind um 23 %, regional sogar um 74 %, die der Feldlerchen um 21 % und die der Kiebitze um 24 % zurückgegangen.

Und dies, meine Damen und Herren, ist kein Naturgesetz, sondern ist Folge der mangelhaften Naturschutzpolitik von Schwarz-Gelb, der in der letzten

Woche ein weiteres düsteres Kapitel hinzugefügt wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das Umweltministerium hat den Handlungsbedarf, den ich gerade skizziert habe, selbst gesehen und erarbeitete Anfang des Jahres einen Erlass, der die Genehmigung zum Umbruch an die Auflage band, dass zwei Jahre zuvor ein Ausgleich herzustellen sei. Nur durch die Schaffung eines in seiner Struktur **gleichwertigen Ersatzlebensraumes** könnte der Bestand der Vögel gesichert werden, bestätigten auch Sie, Frau Ministerin, uns im Ausschuss.

Diese Regelung war von den Fachleuten im Ministerium ausführlich begründet und hervorragend ausgearbeitet worden. Sie hätte einen effektiven Schutz vor weiterem Grünlandverlust, damit vor weiterem Artenverlust und damit vor allem auch - das wird Sie vielleicht mehr interessieren als Naturschutz - vor EU-Klageverfahren und der Sperrung von EU-Geldern geboten.

Dann aber kam die Beratung im Kabinettsrat. Da sitzen, wie wir wissen, ganz andere „Fachleute“. Und wie so oft, wenn es um Naturschutz geht, kam auch die **Intervention des Bauernverbandes**. Am Ende hatten wir einen Erlass, nach dem ein vorgezogener Ausgleich auch parallel erfolgen kann. Was denn nun? Parallel zum Umbruch heißt nach meinem Wortverständnis „zeitgleich“, oder „vorgezogen“, was dann wohl „zeitversetzt“ meinen würde. Dies ist wahrlich große Regierungssprechakrobatik, um nicht zu sagen ein starkes Stück. Wider besseres Wissen und wider eigene Erkenntnis ist die Landesregierung hier erneut vor dem Bauernverband eingeknickt.

Der Bauernverbandspräsident ließ dennoch verlauten - hören Sie zu, lesen Sie Zeitung -, er habe mit „Sachargumenten“ gegen den Erlass gearbeitet und trage diesen im Übrigen auch nicht mit. Ich frage mich, ob es darauf ankommt? Wie auch immer frage ich vor allem, was es heißt. Gelten EU- und Artenschutzrecht für den Bauernverband etwa nicht? Oder ruft er seine Mitglieder dazu auf, sich nicht an Recht und Gesetz zu halten? Wir werden es sehen.

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, ihren gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtungen zu einem **effektiven Artenschutz** nachzukommen. Dazu ist es unerlässlich, dass in der Brutzeit von April bis Juni kein Grünlandumbruch stattfinden darf. Darüber hinaus fordern wir in bestimmten für den Wiesenvogelschutz bedeutsamen Gebieten ein totales Umbruchverbot. Frau

(Marlies Fritzen)

Ministerin, Sie haben das im Ausschuss mindestens auf mittlere Sicht auch für geboten gehalten.

Die nun gültige Regelung bietet dagegen Anreize, extensiv genutzte Grünlandflächen intensiver zu bewirtschaften, um beim Genehmigungsantrag geringere Ausgleichsflächen zu erreichen. Sie stellt vor allem nicht sicher, dass auch tatsächlich gleichwertiger Lebensraum geschaffen wird. In Wahrheit ist es so: Dieser Erlass erlässt den Landwirten wirksamen Grünland- und Wiesenvogelschutz, und er wird den Artenschwund nicht stoppen.

Meine Damen und Herren, liebe Frau Sassen: Natur ist wertvoll, auch wenn wir diesen Wert nicht monetär messen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ohne das Trällern der Feldlerche am Sommerhimmel und den Ruf des Kiebitzes über den Wiesen wird unser Land von Tag zu Tag ärmer. Deshalb fordere ich Sie auf: Geben Sie sich einen Ruck, tun Sie das fachlich Gebotene, und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Erkrankung möchte ich eine Korrektur bekannt geben. Nicht Ministerpräsident Peter Harry Carstensen ist krank, sondern der Finanzminister Rainer Wiegard. - An Rainer Wiegard unsere besten Genesungswünsche!

(Beifall)

Ich erteile für die CDU-Fraktion jetzt Herrn Abgeordneten Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Es geht um das Dauergrünland, nicht um das dauerhaft grüne Land, sondern um Dauergrünland und um Umbruch. Mit Ihrem gemeinsamen Antrag bestätigen die Oppositionsfraktionen unserer Landesregierung dankenswerterweise durchaus die richtige Vorgehensweise. Gleichzeitig aber schießen sie mit ihren Forderungen weit über das gesteckte Ziel hinaus.

Der am 5. Mai 2011 vom MLUR herausgegebene Erlass versucht einerseits, das Prinzip des **freiwilligen Naturschutzes** durch Mitnahme der in der Flä-

che Betroffenen als oberste Priorität aufrechtzuerhalten und andererseits durch die sich stark geänderten Bedingungen in der Landwirtschaft - durch Ordnungsrecht - die Ziele des **Wiesenvogelschutzes** nicht aus den Augen zu verlieren. Das halten wir für richtig.

(Beifall bei der CDU)

Der „Schutz des Eigentums“ und „Entscheidungen zum Naturschutz nur mit den Akteuren vor Ort“, das bleiben dabei unsere politischen Grundsätze, anders kann und darf es auch zukünftig nicht gehen.

(Beifall bei CDU und FDP - Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es kommt auf die Trauerseeschwalbe an!)

Die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein hat in den letzten zehn Jahren sowohl durch die Märkte als auch bedingt durch die Politik enorme Umwälzungen und Strukturveränderungen hinnehmen müssen, die eine **extensive Nutzung von Dauergrünland** immer weniger attraktiv werden ließ.

(Zurufe)

Eine Abkehr in der **EU-Agrarpolitik** von der Prämie für bestimmte Produktionseinrichtungen hin zur Entkoppelung hat dabei die Weidehaltung von Mutterkühen, Bullen- und Ochsenmast auf der Weide und Schafhaltung wirtschaftlich uninteressant gemacht. Das **Verbraucherverhalten** hat sich in den Verzehrgeohnheiten leider dahin verändert, dass mehr Hackfleisch und nicht mehr Steaks und Rinderbraten von Eiderstedter Ochsen gegessen werden. Das sind Tatsachen.

Fahren Sie in dieser Jahreszeit einmal - auch Sie, Herr Matthiessen -, Anfang Mai, nach Eiderstedt oder durch Dithmarschen und die Wilstermarsch. Sie werden nicht wie früher Zehntausende Rinder auf den saftigen Weiden sehen, sondern müssen sich schon anstrengen, um vereinzelte Rinder auszumachen. Bullen-, Ochsenmast und Mutterkuhhaltungsprämie sind abgeschafft und haben damit die Rinderhaltung vermehrt in die Ställe verbannt. Das sind Tatsachen. Wettbewerbsfähig wachsen dort nur mit hochwertiger Gras- und Maissilage gefütterte Rinder. Das Weiderind gehört damit leider größtenteils der Vergangenheit an.

Dazu kommen die absolut **betriebswirtschaftlichen Vorzüge** für Ackerbauprodukte. Die Nachfrage nach Weizen, Raps und nachwachsenden Rohstoffen, allen voran natürlich der immer wieder genannte Mais, macht die Ackerfläche in Schleswig-Holstein zu einem sehr knappen Gut. Das ist allen bekannt.

(Heiner Rickers)

Sie haben verfolgt, dass die **Preise im Bodenmarkt** geradezu explodiert sind. Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind darüber hinaus zur sicheren Anlagemöglichkeit geworden, um bei drohender Inflation nicht nur sicher, sondern zudem renditeträchtig Kapital zu binden.

Ackerfläche hat damit heute durchschnittlich einen doppelt so hohen Wert wie Grünland und hat damit in den letzten Jahren zwangsläufig dazu geführt, Grünland in Ackerland umzuwandeln. Im Zeitraum von 2003 bis 2008 - das ist genannt worden - hat das landesweit zu einem Umbruch von Dauergrünland in Höhe von 28.000 ha geführt, das waren damals über 7 % der Grünlandfläche.

Die im Mai 2008 von der Landesregierung erlassene **Dauergrünlanderhaltungsverordnung** machte mit Inkrafttreten den Umbruch genehmigungspflichtig und ersatzpflichtig. Das bedeutet, dass ab 2008 jeder Hektar Dauergrünland nach Genehmigung durch Neuansaat durch die gleiche Fläche an Grünland ersetzt werden musste.

Die **ökologische Wertigkeit** wurde dabei leider nicht bewertet. Von 2008 bis 2010 sind in Schleswig-Holstein dadurch circa 6.700 ha Grünland umgebrochen worden, und als Ausgleich wurden auch diese 6.700 ha wieder an anderer Stelle angelegt - nicht ökologisch bewertet. Besonders auch im Jahr 2010 war der Umbruch und Ersatz von 3.500 ha Grünland Anlass, sich über das weitere Vorgehen bezüglich dieser Problematik Gedanken zu machen. In der Praxis hat dieser Umbruch vornehmlich auf Flächen stattgefunden, die von der Bodengüte Ackerbau wirtschaftlich machen. Umbruchrechte werden dabei mit bis zu 2.500 € je Hektar Tauschfläche gehandelt, Tendenz leider steigend.

Kleine, unrentable Ackerflächen werden damit im Tausch besonders auf dem Mittelrücken zu Dauergrünland, und gute Böden, die zum Teil in den Marschen lange als Dauergrünland genutzt wurden, werden damit zu hoch begehrten Ackerflächen. Diese Entwicklung hat seit 2008 noch zugenommen, weil die extreme Frühsommertrockenheit in den letzten drei Jahren sehr verlockend war, auch auf sonst nicht befahrbaren Flächen zukünftig ackerbaulich Wirtschaft zu treiben.

Der von unserer Agrar- und Umweltministerin Dr. Juliane Rumpf am 5. Mai dieses Jahres herausgegebene Erlass sieht nun vor, durch Bewirtschaftungsvorgaben diesem von mir skizzierten Trend Einhalt zu gebieten.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Rickers, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen zu?

Heiner Rickers [CDU]:

Gern.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, reden Sie auch noch über **Naturschutz**?

- Ja, ich bin dabei, ich komme dazu. Ich habe darauf hingewiesen, wodurch der Trend entstanden ist, und auch auf die Problemfelder, die wir im Naturschutz haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit Erlaubnis der Präsidentin setze ich noch einmal dort an, wo ich eben versuchte, zu den von Ihnen geforderten Themen zu kommen, und beginne noch einmal mit dem Absatz.

Der von unserer Agrar- und Umweltministerin Dr. Juliane Rumpf am 5. Mai dieses Jahres herausgegebene Erlass sieht nun vor, durch Bewirtschaftungsvorgaben diesem von mir skizzierten Trend in der Ökologie Einhalt zu gebieten. - Jetzt sind wir beim Naturschutz, Herr Matthiessen. - Besonders die unterschiedliche negative **Bestandsentwicklung der Wiesenvögel** zwischen Vogelschutzgebieten und Nichtschutzgebieten zeigt uns dabei leider deutlich, dass die bisherigen Maßnahmen des freiwilligen Naturschutzes nicht überall zum Erfolg geführt haben. Der starke Populationsrückgang der Zeigerart Uferschnepfe ist anscheinend auf den Verlust von vernässtem Grünland zurückzuführen. Ein 23-prozentiger Rückgang der Bestände in Vogelschutzgebieten und ein 75-prozentiger in Nichtschutzgebieten in den Jahren 2001 bis 2010 zeigen, dass wir nicht auf dem richtigen Weg gewesen sind. Die sogenannten Kaskadenmöglichkeiten in § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Durch Maßnahmen des Gebietsschutzes, durch Artenschutzprogramme, vertragliche Vereinbarungen und gezielte Aufklärung sind die bisherigen Wiesenvogelarten, die sich in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden, geschützt worden.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Kommen Sie bitte zum Ende!

Heiner Rickers [CDU]:

In der ab Mai 2011 festgelegten Gebietskulisse wird in der Brutzeit vom 1. April bis 30. Juni ein **absolutes Umbruchverbot** ausgesprochen. Das ist positiv.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Heiner Rickers [CDU]:

Sollte ein Antrag auf Umbruch gestellt werden, darf zukünftig mit ökologisch gleichwertigem Ausgleich im gleichen Naturraum weiterhin Grünland umgebrochen werden. Das ist für uns praxisorientierter Naturschutz.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Kommen Sie jetzt bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist überschritten.

Heiner Rickers [CDU]:

Diese Auflagen gelten zukünftig neben den Nordseeinseln auf Eiderstedt und in Teilen der Eider-Treene-Sorge-Niederung und in kleinen Gebieten der Unterelbe und deren Nebenflüssen. Diese mit den Akteuren vor Ort hart diskutierten Maßnahmen - -

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Rickers, Ihre Redezeit ist deutlich überschritten. Das kann ich jetzt nicht mehr gestatten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Mitglieder des CDU-Ortsverbands Badendorf aus dem Kreis Stormarn. - Herzlich willkommen in unserem Haus!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Sandra Redmann das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grünland ist aus vielen Gründen von hoher Bedeutung für Gewässer-, Arten-, Erosions- und Klimaschutz und verdient daher unbestritten den besonderen staatlichen Schutz. Dies bedarf eigentlich - so dachte ich - nicht der weiteren Diskussion. Nach

dem letzten Redebeitrag bin ich nicht mehr dieser Auffassung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir beobachten mit großer Sorge den seit Jahren wachsenden bundesweiten und in Schleswig-Holstein besonders ausgeprägten **Druck auf das Grünland**. Durch den Ausbau der Biomasse und den damit unvermeidbar verbundenen Anbau von Energie-Mais wird Grün- in Ackerland umgebrochen. Dadurch hat sich auch bei uns die Situation dramatisch entwickelt.

Die Reißleine ist 2008 in Schleswig-Holstein zu Recht - ich betone: zu Recht - gezogen worden, denn seitdem gilt ein Umbruchverbot für Grünland. Dieses allgemeine Verbot hat offensichtlich nicht genügt, denn bis heute wurden weitere mindestens 6.700 ha Dauergrünland umgebrochen. Dies hat insbesondere negative Auswirkungen in den besonders schützenswerten Gebieten für **Wiesenvogelarten** auf Eiderstedt und in der Eider-Treene-Sorge-Niederung mit katastrophalen Rückgängen in den Beständen von Uferschnepfe, Feldlerche und Kiebitz. Ich will die Zahlen nicht erwähnen, weil Frau Fritzen das eben gemacht hat. Die europäischen Vorgaben verpflichten jedoch das Land Schleswig-Holstein, gerade in diesen Gebieten diese Vogelarten zu schützen.

Sehr spät erst hat das Umweltministerium gehandelt und im März 2011 einen **Erlass zum Schutz der Vogelarten** durch ein **Verbot des weiteren Umbruchs** von Grünland ins Verfahren gegeben, dessen Inhalt von den Naturschutzverbänden begrüßt wurde. Bis Anfang Mai 2011 herrschte dann ja auch verdächtige Ruhe. Verwundert nahmen wir dann allerdings Kenntnis von der veröffentlichten, in Kraft getretenen Fassung. Der ursprünglich beabsichtigte Schutz des Grünlands und damit der Wiesenvogelarten ist durchlöchert und bietet keinesfalls die Sicherheit vor weiteren Verschlechterungen. Offensichtlich ist es der Agrarlobby gelungen, die zuvor fachlich korrekte Arbeit des Umweltministeriums zu unterlaufen und die **Interessen der Landwirte** vor den **Umwelt- und Artenschutz** zu ziehen.

In diesem Zusammenhang ist es besonders bedenklich, dass Landwirte gezielt den ungenehmigten Umbruch von Grünland unter Verzicht auf die vollständigen Direktzahlungen in Kauf nehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Sandra Redmann)

Aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage meines geschätzten Kollegen Lothar Hay haben wir aktuell erfahren, dass seit 2009 bereits über 100 derartige Verstöße vom Ministerium erfasst und durch Prämienkürzungen sanktioniert wurden. Dieses rein auf Profit ausgerichtete Vorgehen muss unterbunden werden. Es führt zu weiteren Akzeptanzverlusten in der Gesellschaft,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

die eine mit Natur und Umwelt im Einklang wirtschaftende Landwirtschaft erwartet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Herr von Boetticher, das mag Ihnen nicht gefallen. Das ist aber die Antwort auf die Kleine Anfrage.

(Beifall bei der SPD)

Es ist völlig unverständlich und wohl nur mit taktischen Manövern zu erklären, wenn selbst dieser **seichte Grünlandschutzerlass** vom **Bauernverband** als noch zu weitgehend kommentiert wird.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So sind sie!)

Wer sich so gegen die Interessen der Allgemeinheit stellt und lediglich auf seinen wirtschaftlichen Interessen beharrt, verliert gesellschaftliche Akzeptanz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist angesichts der gewaltigen **Subventionen** für die **Landwirtschaft** in Schleswig-Holstein mit allein 340 Millionen € Direktzahlungen nicht zeitgemäß. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union steht auf der Agenda, und die Beibehaltung der Subventionen für die Landwirtschaft steht hier ebenfalls auf dem Prüfstand. Um sie weiter auf einem hohen Niveau zu rechtfertigen, müssen die Landwirte selber ein Interesse daran haben, die gesellschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft über die reine Erzeugung von Lebensmitteln und den Energiepflanzenanbau zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Der Bevölkerung muss ein gesellschaftlicher Mehrwert der Landwirtschaft in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz deutlich werden. Die Beharrungsmentalität des Bauernverbandes - auch weiterer Vertreter hier in der CDU-Fraktion - in Richtung

wirtschaftliche Interessen beim Schutz des Grünlands ist genau das Gegenteil hiervon. Wir brauchen in Schleswig-Holstein auch auf Dauer eine wirtschaftlich starke Landwirtschaft. Das ist unbestritten. Insgesamt aber muss sie wesentlich naturnaher werden.

Ein erstes Zeichen hierfür ist der wirksame Schutz des Dauergrünlands, wie wir ihn mit diesem Antrag erreichen wollen. Ich bitte um Zustimmung in der Sache.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 5. Mai 2011 hat das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume einen neuen **Erlass zum Umbruch von Dauergrünland** veröffentlicht. Dieser Erlass hat in ganz Schleswig-Holstein unter den Naturschutzverbänden, aber auch unter den Landwirten für Unmut und Aufregung gesorgt. Die Grünen bringen heute nun einen Antrag mit dem Inhalt ein, den Grünlanderlass weiter zu verschärfen. Die FDP-Fraktion hält dieses für einen falschen Weg.

Aus Sicht der FDP-Fraktion war ein schnelles Handeln des Ministeriums geboten. In den letzten Jahren ist es durch den weiteren Bau von Biogasanlagen und den in diesem Zusammenhang verstärkten Anbau von Mais für den jeweiligen Betrieb zu vermehrten Dauergrünlandumbrüchen gekommen.

In der möglichen Folge dieser Umbrüche gab es einen **starken Rückgang der Wiesenvogelarten** in Schleswig-Holstein. Allein der Bestand der Uferschnepfe hat sich seit dem Jahr 2001 halbiert, wobei allerdings bis heute die Frage noch offen und nicht endgültig geklärt ist, ob der starke Rückgang der Population an Wiesenbrütern **allein** auf den **Umbruch von Grünland** zurückzuführen ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Erkenntnisse aus dem Gebiet ETS.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dort hat man Wiesen naturbelassen. Wir hatten langes Gras auf den entsprechenden Wiesen. Das führte dazu, dass sich die Wiesenbrüter die bewirt-

(Günther Hildebrand)

schafteten Rasen- und Wiesenflächen als Lebensraum ausgesucht haben.

(Beifall bei der CDU - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist das!)

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren sind 7 % der Grünlandfläche in ganz Schleswig-Holstein verschwunden. Hätte das Ministerium jetzt nicht gegengesteuert, müssten wir durch den Verlust an Dauergrünland eventuell mit einem **EU-Vertragsverletzungsverfahren** rechnen.

Auch in sensiblen Bereichen wie der Halbinsel Eiderstedt kam es in den letzten Jahren verstärkt zu Umbrüchen. Der Erlass aus dem Jahr 2008 zum Umbruch von Dauergrünland führte nicht nur zum weiteren Rückgang der Gesamtfläche, sondern auch zu einer räumlichen Verlagerung der Grünlandflächen. Denn während an der Westküste vermehrt Umbruch stattfand, sind Ausgleichsflächen vor allen Dingen in der Mitte und im Osten des Landes bereitgestellt worden. Da war es eine richtige Entscheidung, in bestimmten Bereichen eine **Eingrenzung** der **Gebietskulisse** zu schaffen, um so in Zukunft eine Verschiebung des Dauergrünlandes zu vermeiden. Für wichtig halte ich es, dass sich die Gebietskulisse nur auf einen relativ kleinen Teil der Landesfläche bezieht. Somit wird der größere Teil der Landwirte in Schleswig-Holstein nicht von dem Erlass erfasst.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Erlass hat, wie schon erwähnt, nicht nur aufseiten der Landwirte zu Unmut geführt, sondern auch aufseiten der Naturschutzverbände. Klar war schon vor der Herausgabe des Erlasses, dass ein so heikles Thema wie der **Eingriff in die Eigentumsrechte** von Landwirten nicht ohne Widerstand des Berufsstandes ablaufen würde. Die **Einwände der Landwirte** sind durchaus nachvollziehbar; schließlich bedeutet das Umbruchverbot eine Einschränkung ihrer eigenen Bewirtschaftungsplanung. Die FDP-Fraktion hätte sich eine Lösung auf freiwilliger Basis gewünscht und nicht ein von den Grünen gewünschtes verordnetes komplettes Umbruchverbot. Dies käme aus unserer Sicht einer Enteignung der Landwirte gleich.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal die grüne Politik erwähnen. Seinerzeit hat Minister Müller versucht, die gesamte **Halbinsel Eiderstedt** mit circa 25.000 ha unter **Vogelschutz** zu stellen. Er hat dieses Verfahren nicht zu Ende geführt. Er hat es nicht geschafft. Nachher ist von dem dann folgenden Umweltminister von Boetticher erreicht worden, dass lediglich ungefähr 5.000 ha unter Vo-

gelschutz gestellt wurden. Dieses ist jetzt rechtskräftig. Das heißt, der grüne Umweltminister Müller hat seinerzeit weit über das Ziel hinausgeschossen und damit auch die Existenz von Landwirten gefährdet.

Aber auch die **Einwände der Naturschutzverbände** sind verständlich. Im ersten Entwurf war vorgesehen, dass ein Umbruch nur dann erlaubt ist, wenn die **Ausgleichsflächen** schon über zwei Jahre als Dauergrünland Bestand haben. Dies wäre auf der einen Seite ein wünschenswerter Weg, damit ein nahtloser Übergang zwischen der alten und neuen Grünlandfläche gewährleistet ist. Jedoch ist aus Sicht der FDP-Fraktion eine solche Methode nicht realisierbar. Der Landwirt könnte die Flächen, die für den Umbruch vorgesehen sind, nicht nutzen, die Ausgleichsflächen aber auch noch nicht. Somit entstünde ihm ein tatsächlicher Verlust von zu bewirtschaftender Fläche. Meine Damen und Herren, faktisch wäre dies ein **komplettes Umbruchverbot**. Welcher Landwirt kann sich im heutigen Wettbewerb leisten, einen solchen Verlust an zu bewirtschaftender Fläche für zwei Jahre zu akzeptieren?

Ich glaube, dass wir in Schleswig-Holstein weiter eine **Vorreiterrolle** im Zusammenwirken zwischen Landwirtschaft und Naturschutz einnehmen. Gerade die **Halbinsel Eiderstedt**, die hauptsächlich von diesem Erlass betroffen ist, stellt mit ihren regelmäßigen Runden Tischen ein gutes Beispiel dar, wie die konventionelle Landwirtschaft durch Vertragsnaturschutz ihren Teil zum Naturschutz im Land beitragen kann.

Ich komme zum Schluss: Viele Landwirte haben sich in der Initiative „Pro Eiderstedt“ zusammengeschlossen, in der sich Biolandwirte zusammen mit konventionell wirtschaftenden Landwirten gemeinsam für den Vogelschutz und auch für die Trauerseeschwalbe einsetzen, Kollege Matthiessen. Diese freiwillige Zusammenarbeit ist auch in Zukunft der richtige Ansatz für einen gemeinsamen Weg im Vogelschutz und darüber hinaus im Naturschutz.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Ranka Prante das Wort.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! **Grünland** ist nicht gleich Grünland - weder juristisch noch ökologisch. Das Besondere aber am

(Ranka Prante)

Grünland sind die hohe Kohlenstoffspeicherkapazität, und die Biodiversität und die Tatsache, dass es insbesondere vielen **Wiesenvögeln** als **Brutstätte** dient. Der dramatische Rückgang von Uferschnepfen, Kiebitzen und Feldlerchen hat uns als LINKE alarmiert. Die Auswirkungen des Grünlandumbruchs auf Wiesenvögel sind in unseren Augen schon bewiesen. Darum müssen wir, denke ich, in diesem Sinne handeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte den Fokus auf folgende Ursachen lenken, da uns das Thema sehr wichtig ist. Grünlandumbruch und das Schaffen von Ausgleichsflächen haben folgende Probleme: Die eben genannten **Qualitäten** von **Grünland** werden auf lange Zeit zerstört. Eine Neusaat von Grünland kann deshalb nicht einen Umbruch an einer anderen Stelle sofort kompensieren und damit auch nicht sofort als Lebensraum für Wiesenvogelarten dienen. Wir zerstören also nicht nur Kohlenstoffspeicherkapazitäten und Biodiversitäten, sondern den gesamten Lebensraum von einheimischen Wiesenvögeln.

Als **Dauergrünland** und damit als Grünland gilt eine Wiese oder eine Weide, welche mindestens fünf Jahre auf dem Buckel hat. Dann ist sie geschützt und darf nicht mehr umgebrochen werden. Trotzdem zahlt die EU Gelder für neu angelegte Weiden und Wiesen.

Wirtschaftlich betrachtet bringt **Ackerland** mehr. Deshalb ist die Existenz von **Grünland** an produktiven Standorten immer gefährdeter und damit in unseren Augen auch die Existenz von Wiesenvögeln.

Bis zu 5 % Verlust des Grünlandes zum Vergleichsjahr 2003 tolerierte die EU ohne Murren. Wird der Verlust höher - wie bei uns -, muss das Bundesland eine Verordnung erlassen. Das haben Sie hier auch getan, denn seit 2003 ist bei uns in Schleswig-Holstein und in Hamburg der Grünlandanteil um 7,3 % gesunken - fatal. Seit 2008 sind laut Ihrem Bericht im Umweltausschuss, Frau Rumpf, 6.700 ha Dauergrünland umgebrochen worden, 3.500 ha davon allein im letzten Jahr. Es wurde Ersatzgrünland geschaffen, aber - wie ich vorhin schon erklärt habe - leider mit relativ wenig Erfolg. Denn eine neue Saat von Grünland kann eben nicht einen Umbruch von einer anderen Stelle sofort kompensieren. Das führt zu den beschriebenen Folgen für die **Wiesenvögel**.

Dass eine Motivation für den Umbruch von Grünland der Anbau von Biomais ist, den wir LINKEN auch versuchen, in die richtigen Bahnen zu lenken,

ist für uns kein Geheimnis. Um all die genannten Probleme im Auge zu behalten und konstruktive Lösungen zu finden, von denen Menschen, Tiere und Natur in Schleswig-Holstein profitieren, wäre unserer Meinung nach die Landesregierung gut beraten, wenn sie ein **Grünlandmonitoring** im Jahr 2011 ins Leben rufen würde. Denn vor dem besprochenen Hintergrund macht es absolut Sinn, den Umbruch, die Umweltbewertung der noch vorhandenen Grünlandflächen, Anlageplanungen für Biogasanlagen und die damit verbundene Gefährdung von Grünland im Auge zu behalten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns mit dem Verlust von Dauergrünland in den letzten Jahren schon häufiger beschäftigt. Wir stellen fest, dass der Verlust an Grünlandflächen auch in den letzten Jahren nicht abgenommen hat. Aus diesem Grund gibt es in Schleswig-Holstein seit 2008 auf Veranlassung der EU ein **Umbruchverbot für Dauergrünland**.

Heute stellen wir fest, dass dieser Erlass der Landesregierung nicht richtig durchschlägt. Das Umbruchverbot kann umgangen werden, indem eine gleich große Fläche neu mit Gras eingesät wird oder wenn der Landwirt den Verlust der Prämie für die umgebrochene Fläche in Kauf nimmt. Ein großer Teil dieser Flächen ist in den Fokus der Biomasseproduzenten geraten, die mit ihren Flächenpreisen den Umbruch attraktiv machen - nach dem Motto: lieber Maismonokultur als Grünlandbewirtschaftung. Es ist zu befürchten, dass sich diese Entwicklung auch noch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Der SSW hat bereits vor Jahren davor gewarnt und darauf hingewiesen, dass wir hierfür eine Planung brauchen. Das wurde bisher aber immer von einer Mehrheit in diesem Haus abgelehnt.

Auf Druck von Umweltverbänden hat die Landesregierung in diesem Jahr - so aus Sicht der Landwirtschaft - eine Verschärfung der Dauergrünlanderhaltungsverordnung vorgelegt. Inwieweit diese Verordnung die Umbruchwelle aufhalten wird, lasse ich dahingestellt, denn hinter den Kulissen passiert viel. Eins ist jedoch klar, der Ausgleich von ökologisch wertvollem **Grünland** durch die Schaf-

(Lars Harms)

fung von Ersatzflächen ist kein wirklicher Ersatz. Es dauert nämlich seine Zeit, bis solche Flächen einen vergleichbaren ökologischen Wert haben.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Rückgang unserer Wiesenvogelbestände in den letzten Jahren ist dramatisch. Die Zahlen, die der NABU für nicht küstengebundene Indikatorarten wie Uferschnepfe, Feldlerche und Kiebitz vorgelegt hat, sind erschreckend. Aus Sicht des SSW spielen hierbei mehrere Faktoren eine Rolle. Zum einen haben wir in den letzten Jahren durchaus trockene Frühjahrsmonate gehabt, die die Aufzucht der Küken erschwert haben. Zum anderen sind Gelegeverluste zu verzeichnen, die von Nesträubern verursacht wurden. So geht es auch aus dem Artenschutzbericht der Landesregierung hervor. Aber auch die technische Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinen hat negativen Einfluss auf derartige Bestände. Wenn ich mir vorstelle, dass moderne Traktoren mit einem Schmetterlingsmäherwerk von bis zu 9 m Schnittbreite über die Wiesen donnern, dann mähen die dort eben nicht nur Gras.

Unbestritten bleibt auch, die wesentliche Ursache für den drastischen Rückgang der Wiesenvogelbestände ist der Verlust der Lebensräume - sei es durch den Umbruch der Grünlandflächen, die Intensivierung der Grünlandbewirtschaftung oder durch Trockenlegung. Zu der Letztgenannten macht der Artenschutzbericht deutlich, dass auf den Flächen, wo es ein **Wassermanagement** gibt, kaum ein Rückgang von **Wiesenvögeln** zu verzeichnen ist. Der Bericht macht aber auch deutlich, dass die vollständige Wirkung des Vertragsnaturschutzes in manchen Gebieten noch nicht abschließend beurteilt werden kann, da viele Maßnahmen zur Wasserstandsanehebung noch nicht oder erst vor kurzer Zeit durchgeführt worden sind.

Grundsätzlich legt die Aussage des Artenschutzberichts aber den Schluss nahe, dass wir biotopgestaltende Maßnahmen und insbesondere ein Wassermanagement auf den Grünlandflächen benötigen, um den Rückgang der Wiesenvogelbestände abzufangen. Das bedeutet auch, dass wir hierfür Finanzmittel einsetzen müssen. Um die Wiesenvogelbestände aber halten zu können, müssen die bedeutsamen Gebiete vor einem Umbruch geschützt werden.

Aus diesem Grund unterstützen wir den ersten Punkt des vorliegenden Antrags. Beim zweiten Punkt des Antrags halten wir jedoch nur eine grundsätzliche Untersagung für den Umbruch von Dauergrünland für sinnvoll. Die Terminierung für

ein Umbruchverbot sollte flexibel handhabbar sein und sich den tatsächlichen jährlichen Klima- und Wetterentwicklungen anpassen lassen können. Das ist etwas, was wir im Ausschuss auf jeden Fall noch einmal diskutieren sollten.

Wir schlagen deshalb vor, den Antrag im Ausschuss weiter zu beraten. Aus Sicht des SSW geht er in die richtige Richtung, jedoch sollten wir den Antrag auch im Zusammenhang mit der Dauergrünlanderhaltungsverordnung beraten. Denn wir sehen in der Verordnung durchaus das Problem, dass damit die Landwirte in zwei Klassen geteilt werden. Wir haben dann Landwirte, die teure Ackerflächen haben, weil sie begrenzt und weil sie flexibel zu bewirtschaften sind. Auf der anderen Seite haben wir dann in bedeutsamen Gebieten die Grünlandbetriebe, die einer strikten Verordnung unterliegen und damit in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten können. Wir müssen deshalb - auch gerade vor dem Hintergrund, dass es hier auch um Betriebe und um Agrarumweltmaßnahmen geht - darüber nachdenken, diese **Agrarumweltmaßnahmen** mit Finanzmitteln zu unterfüttern. Es nützt nichts, nur Verordnungen zu erlassen, sondern wenn wir wirklich Agrarumweltmaßnahmen machen wollen, dann müssen wir sie auch mit Geld und einem **Finanzprogramm** unterlegen, damit sich das für die betroffenen Landwirte rechnet, aber eben auch über die Wiesenvögel. Ohne Geld, ohne einen finanziellen Einsatz werden wir da nicht weiterkommen. Deshalb empfehle ich noch einmal, den Antrag im Ausschuss weiter zu beraten.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Juliane Rumpf das Wort.

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Ihrem Antrag stellen die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und LINKE fest, dass der neue **Grünlanderlass** nicht ausreichend sei, den weiteren Verlust von Lebensraum für die bedrohten Wiesenvogelarten zu verhindern. Dieser Aussage möchte ich ausdrücklich widersprechen.

Es ist richtig, dass die Bestände vieler Wiesenvogelarten in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind. Es ist ebenso richtig, dass eine wesentliche

(Ministerin Dr. Juliane Rumpf)

Ursache für den Rückgang der Wiesenvogelpopulationen in den letzten zehn Jahren zweifelslos in den erheblichen Verlusten des Lebensraumes zu suchen sind. Hauptsächlich sind sie durch den **Umbruch von Dauergrünland**, und zwar insbesondere von strukturiertem Dauergrünland, verursacht worden. Gerade für die anspruchsvolleren Wiesenvogelarten wie die Uferschnepfe spielt nicht allein das Vorkommen von Grünland, sondern vor allem dessen Ausprägung eine entscheidende Rolle. Deshalb habe ich für die für **Wiesenvögel** besonders bedeutsamen Gebiete Schleswig-Holsteins als Bewirtschaftungsmaßnahme das Dauergrünlandumbruchverbot verfügt, das den weiteren Verlust von Lebensraum für die betroffenen Wiesenvogelarten ab sofort verhindern soll. Ein Umbruch ist hier nur noch dann genehmigungsfähig, wenn die Ersatzgrünlandflächen für die Wiesenvögel in erreichbarer Nähe liegen und für diese Flächen für die Wiesenvögel qualitativ geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Wir greifen mit diesem Entwurf ganz wesentlich in die Entscheidungsfreiheit des landwirtschaftlichen Unternehmers ein. Das ist ein hohes Gut, das ich respektiere. Deshalb ist mir die Entscheidung auch nicht leichtgefallen. Ich kann es daher gut verstehen, dass es seitens des Berufsstandes erhebliche Bedenken gegen diese ordnungsrechtliche Maßnahme gegeben hat. Hier geht es um Grundsatzfragen. Es geht zum einen um die Grundsatzfrage der Entscheidungsfreiheit der landwirtschaftlichen Unternehmer, zum anderen aber auch um die Grundsatzfrage des Artenschutzes, die nicht nur rechtlich vorgegeben ist, sondern der ich auch - das zeigt mein Vorgehen - eine ganz besonders hohe Bedeutung beimesse.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Deshalb begrüße ich es, dass wir gemeinsam mit den Landwirten ein differenziertes und dem Einzelfall gerecht werdendes Verfahren gefunden haben. Frau Fritzen, ich habe im Ausschuss den Entwurf erläutert, das ist richtig. Ich habe aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass wir ein Anhörungsverfahren durchführen. Für mich ist es normal, dass sich nach einem Anhörungsverfahren Änderungen ergeben können.

Meine Maxime ist: So viel Entscheidungsfreiheit und Freiwilligkeit wie möglich und so wenig staatliche Eingriffe wie unbedingt nötig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Notwendigkeit für einen Eingriff sah ich hier für gegeben. Dazu stehe ich auch. Neben dem

Schutz der Wiesenvögel will ich aber auch die grundsätzliche Privilegierung der **Landwirtschaft** nicht gefährden. Die im Antrag gestellte Forderung ist daher zu weitgehend und undifferenziert. Sie machen es sich aus meiner Sicht zu einfach. Ich halte es für absolut überzogen und wenig rechtssicher, wenn Sie schlicht fordern, in bestimmten für den Wiesenvogelschutz bedeutsamen Gebieten ein totales oder während der Brutzeit ein landesweites Grünlandumbruchverbot ohne Ausnahmen zu verfügen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mit der von uns gewählten Kulisse haben wir die wesentlichen Wiesenvogelgebiete berücksichtigt und werden in den nächsten beiden Jahren die Entwicklung der Wiesenvogelbestände in Schleswig-Holstein sorgfältig beobachten und im Anschluss dann erneut Bilanz ziehen.

Herr Hildebrand, im Übrigen sehe auch ich den Einfluss der Prädatoren auf die Wiesenvogelpopulation. Ich denke, hier ist die Jägerschaft aufgerufen, gerade in Wiesenvogelgebieten eine intensive Bejagung des Fuchses, des wichtigsten Fressfeindes, durchzuführen. Wenn alle - nicht nur Landwirte, sondern auch Jäger, Wasser- und Bodenverbände und Naturschutzverbände - mitwirken, werden wir hoffentlich bald wieder eine positive Entwicklung beobachten können.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Michael von Abercron von der CDU das Wort.

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Verordnung ist zweifelsohne rechtlich nötig und geboten gewesen, daran herrscht überhaupt kein Zweifel. Die Abwägungsgründe sind eben sehr deutlich von der Ministerin klargestellt worden.

Ich will aber noch einmal klar zum Ausdruck bringen, dass **Naturschutz** - das dürfte eigentlich allen, auch auf der linken Seite des Hauses klar geworden sein - nach den Erfahrungen, die in der Vergangenheit gemacht wurden, immer nur mit den Menschen geht. Wir müssen für mehr Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen sorgen, denn mit Ordnungsrecht

(Dr. Michael von Abercron)

allein ist das Problem, das wir hier haben, nicht zu lösen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Matthiessen, ich sage ganz deutlich, dass ich sehr wohl natürlich auch ordnungsrechtliche Maßnahmen als letztes Mittel nicht ausschließen kann. Das müssen wir machen. Wir erkennen aber auch - das ist auch an dem Beitrag von Frau Redmann deutlich geworden -, dass wir Verstöße haben. Verstöße kann man zwar ahnden, es nützt uns aber trotzdem nicht. Wie weit wollen wir gehen? Wir müssen etwas tun, um die Menschen davon zu überzeugen, etwas mehr für den **Vogelschutz** zu tun. Ich bedaure außerordentlich, dass wir schlechte Zahlen haben. Wir haben sie. Aber sie sind nicht nur dort schlecht, wo wir landwirtschaftliche Nutzung haben, sondern wir haben sie auch in Naturschutzgebieten. Wir haben sie überall. Herr Matthiessen, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass auch die Trauerseeschwalbe davon betroffen ist.

Hier gibt es mehr Fragen als nur die Frage der Bewirtschaftung. Das ist eine Frage, ganz sicher. Es sind aber auch die Wasserstände und möglicherweise das Thema des Klimawandels. Wir wissen im Grunde genommen zu wenig. Deshalb ist ein dringender Appell, dass wir mehr Wissen brauchen, um diese Frage genauer zu beurteilen. Wir brauchen an der Stelle auch mehr Freiwilligkeit. Und wir müssen alles tun, damit wir die **Landwirte** auf unsere Seite bekommen. Deswegen müssen wir auch die Frage stellen, ob wir genügend Anreize haben, um die Landwirte von diesen Naturschutzmaßnahmen zu überzeugen. Das ist mein Appell: Machen Sie mit, wenn wir eine solche Chance haben, dass wir solche Programme in der neuen Förderperiode auflegen und diese Vögel schützen können! Das wäre mein dringender Appell.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Anke Erdmann zu?

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Selbstverständlich!

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben noch einmal auf den „Naturschutz mit den Menschen“ hingewiesen.

Diese Art von Naturschutz wird seit mindestens sechs Jahren gemacht. Wann glauben Sie, müsste dieser Ansatz Wirkung zeigen und zu wirksamen Maßnahmen im Naturschutz führen?

- Ich finde die Frage sehr gut, Frau Erdmann. Der Ansatz hat inzwischen etwas gebracht. Wir haben in vielen Bereichen Erfolge aufzuweisen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir müssen natürlich die Frage stellen, was eigentlich passiert wäre, wenn wir es nicht hätten. Dann hätten wir vielleicht noch größere Verluste. Insofern bin ich sehr optimistisch, dass nur der Weg geht. Einen anderen kenne ich nicht.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie eine Nachfrage zu?

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Selbstverständlich!

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was würden Sie sagen: Wie bewertet die Trauerseeschwalbe Ihre Antwort?

Bei der Trauerseeschwalbe gilt das Gleiche. Da kennen wir natürlich nicht ganz genau die Ursachen. Es wird gemutmaßt, ob es an den Wasserständen gelegen haben könnte. Sicher sind wir nicht. Es könnte genauso gut am Nahrungsangebot oder an Klimaveränderungen liegen. Wir wissen es nicht ganz genau.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lächerlich! Natürlich wissen wir genau, woran das liegt!)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Retter von Eiderstedt! - Zuruf: Jetzt geht es um schwarze Vögel!)

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zu viel Lob im Vorwege, das kann ich kaum ertragen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Dr. Christian von Boetticher)

Wir müssen uns doch einmal fragen - die Frage ist heute noch nicht aufgetreten -, warum die Bauern überhaupt **Grünland** umbrechen. Das ist zunächst einmal die Gretchenfrage. Die Ursache haben wir alle schnell ausgemacht: weil sich mit Mais durch Biogasanlagen im Augenblick eine ganze Menge Geld verdienen lässt. Warum lässt sich eine ganze Menge Geld damit verdienen? Weil wir - ich betone ganz bewusst das Wort „wir“ - im Bund auf der Ebene des Bundesgesetzgebers ein Energieeinspeisegesetz geschaffen haben, das besondere Anreize dafür schafft, **Mais** für **Biogasanlagen** anzubauen.

Ich kann Ihnen eins sagen: Ich erinnere mich hervorragend an einen Vortrag von Frau Künast am Bauerntag 2005, bei dem sie den Landwirten empfohlen hat, kräftig in Biogasanlagen zu investieren. Das würde sie - so Frau Künast damals wörtlich - „zu den Scheichs der Zukunft“ machen. Jetzt beklagen Sie, dass die Bauern genau dieses Versprechen, diese Anregung ernst nehmen, massiv investieren und wir heute in der Tat über eintretende Folgewirkungen diskutieren müssen. Wir als Agrarminister haben im Übrigen die Folgen frühzeitig prognostiziert. Ich kann mich an Agrarministerkonferenzen unmittelbar nach der Verabschiedung des EEG erinnern, wo ich ganz explizit gesagt habe, dass der Anreiz durch den Bonus für nachwachsende Rohstoffe so hoch gesetzt worden ist, dass die **Landwirtschaft** gerade in schlechten Zeiten der Markterträge massiv in den Maisanbau getrieben wird. Ich habe damals eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Bundes-NABU gemacht - mit Herrn Tschimpke in Berlin -, wo wir beide vor der Bundesregierung und auch vor dem Bundesgesetzgeber davor gewarnt haben, dass solche Entwicklungen eintreten.

Jetzt passiert etwas völlig Abstruses: Der Bund lockt die Landwirte mit hohen Subventionen in die Biogasanlage, insbesondere in den Maisanbau. Wir stellen vor Ort fest, dass das negativ für das Grünland und den Wiesenvogelschutz ist. Das ist völlig unbestritten. Wir versuchen, auf Landesebene mit aller Macht dagegenzuhalten - am Anfang mit Förderprogrammen und jetzt mit Verboten. Da sagt die Landwirtschaft: Liebe Leute, das ist ein tolles System, überlegt doch einmal, was ihr wollt! Die einen fördern uns in Richtung Grünlandumbruch, und die anderen versuchen auf Landesebene dagegenzuhalten. Das versteht in der Landwirtschaft kein Mensch - zu Recht nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darum ist der Ansatzpunkt doch: Wenn man **Grünlandumbruch** verhindern möchte - die Resultate

von Grünlandumbruch sehen wir und sind alle nicht glücklich darüber -, ist der Ansatzpunkt doch nicht zu versuchen, auf Landesebene gegenzuhalten. Das gilt für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen genauso, auch da ist der Verlust groß. Es muss stattdessen der Anreiz geändert werden. Das ist das EEG. Da ist der große Vorteil, dass wir es mittlerweile geschafft haben, andere Bundesländer von der Unsinnigkeit der Höhe des NawaRo-Bonus zu überzeugen und jetzt mittlerweile für die nächste **EEG-Novelle**, die jetzt unmittelbar ansteht, eine breite Mehrheit dafür haben, diesen hohen Anreiz zurückzuschrauben. Es wird dazu führen, dass der Anreiz für Grünlandumbruch verloren geht und dass wir den Verlust, den wir in den letzten Jahren hatten, jedenfalls in den nächsten Jahren nicht mehr haben werden. Das ist unser Interesse, das Interesse der Bauern und das Interesse des Naturschutzes.

Darum haben wir es gemeinsam artikuliert: Wenn wir es jetzt auch in der zweiten Hälfte des Jahres in Berlin beschließen werden, fällt der Anreiz weg. Dann haben wir für den Naturschutz eine ganze Menge erreicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der, der sich anschickt, in der nächsten Legislaturperiode Ministerpräsident werden zu wollen, betreibt Geschichtsklitterung hoch drei. Meine Damen und Herren, sehr richtig ist, dass im EEG Anreize für **Maisanbau** und **Biogasanlagen** geschaffen worden sind. Richtig ist aber auch, dass wir bereits auf unserem Parteitag im Februar 2007 einen Beschluss gefasst haben.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Zwei Jahre später!)

- Im Februar 2007 haben die Grünen Schleswig-Holstein auf ihrem Parteitag - ich war Initiator dieses Antrags, daher weiß ich es sehr genau - einen sehr kritischen Antrag beschlossen und gesagt: Wir müssen den Maisanbau zurücktreiben, wir müssen die Entwicklung, die Vermaisung der Landschaft in Schleswig-Holstein zurückdrängen. Daraufhin hatten wir einiges öffentliches Presseecho. Der Minis-

(Detlef Matthiessen)

terpräsident stellte sich an die Spitze der Bewegung und redete von Tank- oder Tellerdiskussion. Der Oberagraringenieur des Kabinetts sagte, wir müssten Nahrung in den Vordergrund stellen und Energie hintanstellen.

Was passiert nach dieser Diskussion unter schwarzer Verantwortung? Die EEG-Novelle setzte den NawaRo-Bonus, den Bonus für nachwachsende Rohstoffe, in den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten, die ihre Fotovoltaikprämie retten wollten, um 1 ct herauf statt um 3 ct herunter, wie es sich gehört hätte.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das war vorher!)

Das war das Ergebnis. Und Sie stellen sich jetzt hier hin und sagen, es habe irgendwann eine Frau Künast gegeben.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das war 2005! - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: So kann man sich von seiner Vergangenheit nicht trennen!)

Das ist Geschichtsklitterung. Man könnte in der deutschen Umgangssprache ganz andere Worte dafür finden.

Es ist auch völlig belanglos, Frau Ministerin, Sie geben die Parole heraus: So wenig in die Wirtschaft eingreifen wie nötig und so viel freies Wirtschaften der Bauern auf den Feldern wie möglich.

(Zuruf von der CDU: Recht hat sie!)

Es ist auch völlig egal, Herr Hildebrand, ob der Amtsvorgänger, der sich jetzt anschickt, Ministerpräsident werden zu wollen, als er noch Umweltminister war

(Christopher Vogt [FDP]: Herr von Boetticher!)

- Herr von Boetticher -, 5.000 ha ausgewiesen hat oder ob der Vorgänger, Herr Müller,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Er hat es einfach nicht geschafft! Er konnte es nämlich nicht!)

vielleicht 13.000 ha ausgewiesen hätte. Auch das wäre zweifellos rechtskonform gewesen. Das alles ist ganz egal. Ich erinnere Sie als umweltpolitische Sprecherin Ihrer Fraktion, Frau Marie Todsens-Reese - -

(Zuruf von der CDU: Herlich Marie! - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das solltest du wissen!)

- Herlich Marie Todsens-Reese. Ja, der Name ist mir sehr vertraut.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es ist nicht etwa die umweltpolitische Sprecherin für ihre Fraktion hier hergegangen,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Ich bin das nicht mehr! Er hat es noch nicht begriffen!)

sondern wir haben einen agrarwirtschaftlichen Vortrag des agrarpolitischen Sprechers gehört. Es ist völlig egal, ob mit oder ohne den Menschen oder mehr Ordnungsrecht geschaffen wird. Darüber haben wir uns ja gestritten. Ich habe Ihnen damals gesagt: Es gibt nur einen Maßstab für die Bewertung der **Naturschutzpolitik**, der naturschutzpolitischen Erfolge. Das ist die Trauerseeschwalbe.

Wir sitzen hier im Jahre sechs einer CDU-Umweltpolitik zusammen,

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Was ist mit der Uferschnepfe?)

und wir beobachten: Der Kiebitz geht zurück, die Trauerseeschwalbe geht zurück, die Lerche müssen wir in Schleswig-Holstein mit der Lupe suchen. Wenn meine Kollegin Fritzen gesagt hat, man kann es nicht monetär bewerten - -

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Kollege, auch wenn Sie sich auf eine längere Redezeit eingerichtet haben, kommen Sie bitte zum Ende, denn Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum letzten Satz. Wenn meine Kollegin Marlies Fritzen gesagt hat, man könne den Wert der Trauerseeschwalbe nicht monetär bewerten, dann sage ich Ihnen: Unsere Natur ist ein Schatz. Sie ist gar nicht hoch genug zu bewerten. Die CDU macht eine Antiumweltpolitik,

(Widerspruch bei der CDU)

eine Antinaturschutzpolitik und macht die Natur hier im Lande platt. Das ist die blanke Wahrheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Sandra Redmann von der SPD das Wort.

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, als Herr von Abercron und Herr von Boetticher ausgeführt haben, wie sie sich das in Berlin vorstellen.

Naturschutz mit den Menschen: Ja, natürlich. Ich würde aber auch gern einmal hören, dass Sie sagen: **Landwirtschaft** mit den Menschen. Es würde mich freuen, wenn wir diese Diskussion führen könnten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten vor einigen Jahren diese Diskussion.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Das war im Zuge des Energiemix - ich spreche Sie jetzt an -, im Zuge der Diskussion über das Thema regenerative Energien. Die Auswirkungen aber, die wir jetzt alle sehen, wie Sie eben behauptet haben, haben ein solches Ausmaß angenommen, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass es das ist, was sich die Menschen in Schleswig-Holstein wünschen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] - Zuruf)

- Warten Sie, ich komme noch auf den Punkt!

Ich höre immer das Argument mit dem Naturschutz. Die bösen Naturschützer arbeiten gegen die Menschen. Das ist wohl ein Witz. Sehen wir uns beispielsweise das an, was wir mit der Abschaffung des Knickerlasses in Schleswig-Holstein erreicht haben. Ich glaube nicht, dass den Menschen das gefallen hat. Ich glaube auch nicht, dass sie - wenn Sie einmal durch das Land fahren - es schön finden, wenn sie sehen, wo überall Mais angebaut wird, oder die Biogasanlagen schön finden. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Allein Frau Künast als Beispiel zu nehmen und zu sagen: „Wir in Berlin“ - Entschuldigung, das sind nicht wir in Berlin,

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: 2005!)

das sind Sie in Berlin.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

In Schleswig-Holstein haben wir es gemeinsam gemacht. Wir haben uns an einen Tisch gesetzt und haben gemeinsam etwas erarbeitet.

(Christopher Vogt [FDP]: In Berlin auch!)

- Das sage ich ja gerade. Hören Sie doch einmal zu!

Dann sind Sie nach Berlin gefahren. Aber - Entschuldigung! - das sind nicht wir in Berlin. Das sind CDU und FDP in Berlin.

(Zurufe von der CDU)

- Quatsch! Unsinn! Setzen Sie sich doch in Berlin einmal dafür ein!

Wann höre ich von Ihnen etwas zu den Grünflächen, die nicht genehmigt umgebrochen werden? Davon haben wir ganz viele. Ich habe das vorhin zitiert. Wann kritisieren Sie dies einmal, und wann sagen Sie, dass das nicht in Ordnung war, was im Rahmen der Landwirtschaft gemacht worden ist?

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Nein, lasse ich jetzt nicht zu.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Lieber nicht!)

Wenn Sie die Verstöße auf beiden Seiten kritisieren, muss ich Ihnen sagen: Wir sind es nicht gewesen, die sich mit Ihnen nicht an einen Tisch gesetzt haben. Wir haben gesagt: Wir erarbeiten etwas gemeinsam.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Ihr hattet lange Verantwortung in diesem Land!)

Natürlich ist uns klar, dass wir den Landwirten in diesen Bereichen unter die Arme greifen müssen. Selbstverständlich. Aber wenn Sie das so darstellen, möchte ich, dass Sie das objektiv darstellen und nicht immer nur in eine Richtung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Vom SSW wurde Ausschussüberweisung beantragt. Ist das richtig? - Dann müssen wir darüber als Erstes abstimmen. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/1495 (neu) dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegen-

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

stimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das mehrheitlich abgelehnt worden.

Damit kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 17/1495 (neu) in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1495 (neu) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Enthaltung des SSW abgelehnt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 A auf:

Bericht zu den EHEC-Infektionen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1546

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Herrn Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit letzter Woche gibt es Erkenntnisse darüber, dass wir es mit einer Welle von **Infektionskrankheiten**, den sogenannten **EHEC-Infektionen**, zu tun haben. Der derzeitige Verbreitungsschwerpunkt liegt in den norddeutschen Bundesländern. Inzwischen werden aber auch Fälle in küstenferneren Ländern gemeldet.

Zuständige Stellen in Landesregierungen informieren seit dem vergangenen Freitag umfassend die Bevölkerung. Auf der gestrigen Pressekonferenz habe ich die Medien des Landes informiert. Ich bin - das will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen - dankbar für die Medienberichterstattung, dafür, in welcher sachlichen, unaufgeregten Art und Weise mit dazu beigetragen wird, die Bevölkerung aufzuklären.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich bin Ihnen, meine Damen und Herren, ausgesprochen dankbar, dass Sie mir zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Gelegenheit geben, das Parlament über die aktuelle Situation zu unterrichten und Sie über die von den zuständigen Stellen ergriffenen Maßnahmen zu informieren.

Ich kann Ihnen den aktuellen Stand von heute, Mittwochmittag, geben. In den fünf norddeutschen Bundesländern gibt es inzwischen über 400 Verdachtsfälle der Durchfallerkrankung, die mit dem EHEC-Bakterium in Verbindung gebracht werden. In Schleswig-Holstein sind es rund 200 Verdachtsfälle. Von diesen 200 Verdachtsfällen sind 59 bestätigt worden. Das heißt, bei 59 Patientinnen und Patienten wurde der Erreger festgestellt. Die Meldungen gehen von den Gesundheitsämtern an das Kompetenzzentrum für das Meldewesen, in Schleswig-Holstein am Institut für Infektionsmedizin am UK S-H.

Meine Damen und Herren, die derzeitige Ausbreitung ist alarmierend, weil die Erkrankung auffallend häufig auftritt und auch auffallend häufig einen schweren Verlauf mit Nierenversagen nimmt.

Das ist das, was Sie in den letzten Tagen unter dem hämolytisch-urämisches Syndrom, kurz HUS genannt, erfahren haben. Aktuell gibt es in Schleswig-Holstein 21 beim Kompetenzzentrum gemeldete und bestätigte Fälle mit dem HU-Syndrom. Das ist der Stand von heute 9:30 Uhr.

Hier der Vergleich, warum wir das so ernst nehmen: Im gesamten Jahr 2010 gab es lediglich sechs **bestätigte HUS-Fälle** in Schleswig-Holstein. Mittlerweile gibt es bedauerlicherweise in Deutschland auch bereits **bestätigte Todesfälle**. Für Schleswig-Holstein teile ich Ihnen mit, dass der gemeldete Todesfall einer mit EHEC infizierten Patientin in Bad Oldesloe nach Information des Krankenhauses nicht ursächlich auf die EHEC-Infektion zurückzuführen ist. Aktuell haben wir allerdings bedauerlicherweise die Information über einen Todesfall im Kreis Ostholstein erhalten. Dort ist im Zusammenhang mit einer EHEC-bedingten HUS-Erkrankung eine 89-jährige Frau verstorben.

Nach aktueller Abfrage in den Krankenhäusern des Landes haben einige Krankenhäuser aufgrund der dort steigenden Fallzahlen von EHEC-Erkrankungen weiter gehende Maßnahmen ergriffen. Dies sind beispielsweise zusätzliche Raumkapazitäten für erkrankte und zu isolierende Patienten oder beispielsweise die Aufstockung der Personalressourcen.

Alle angefragten **Krankenhäuser** beobachten das Krankheitsgeschehen mit erhöhter Aufmerksamkeit und sind jederzeit in der Lage, Personal- und Strukturressourcen aufzustocken. Dies ist im Moment - das sage ich deutlich - nicht erforderlich.

Die Krankenhäuser des Landes stehen in kontinuierlicher Verbindung mit dem Gesundheitsministe-

(Minister Dr. Heiner Garg)

rium. Folgende Maßnahmen werden derzeit durchgeführt, um der Infektion beziehungsweise ihrer weiteren Ausbreitung bis zur Identifikation des Herdes entgegenwirken zu können:

Eine umfassende **Information der Bevölkerung** insgesamt insbesondere derjenigen, die von der Krankheit betroffen sind. Sie haben es in den vergangenen Tagen alle mitbekommen. Wir informieren über Internet und über die Medien über Ansteckungswege, über Risiken und über Schutzmöglichkeiten. Die Hauptbotschaft lautet nach wie vor, bis der Herd identifiziert wurde: Hygienemaßnahmen beachten!

Menschen mit Krankheitssymptomen müssen schnellstmöglich einen Arzt aufsuchen und im Übrigen Kontakte zu anderen Menschen vermeiden. In häuslicher Gemeinschaft mit Erkrankten Lebende sollen nach Möglichkeit keine Gemeinschaftseinrichtungen wie Kitas oder Schulen besuchen. Die Einzelheiten hierzu regeln die Gesundheitsämter vor Ort in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich.

Ärztinnen und Ärzte sind informiert. Laborärzte sind nach dem Infektionsschutzgesetz verpflichtet, sowohl mikrobiologisch nachgewiesene EHEC-Infektionen als auch das Krankheitsbild des HUS, und zwar auch bereits bei Krankheitsverdacht, unverzüglich an das örtliche Gesundheitsamt zu melden. Die **Meldungen** werden über die Landesmeldestelle, das sogenannte Kompetenzzentrum beim Robert-Koch-Institut, zusammengeführt.

Selbstverständlich geht die **Forschung nach der Infektionsquelle** weiter. Dies geschieht bundesweit. Dies geschieht natürlich auch in Schleswig-Holstein. Basierend auf der Befragung der Betroffenen werden die Informationen durch die Gesundheitsämter an das RKI übermittelt. Beteiligt ist seitens des Landes auch die Lebensmittelkontrolle. Betroffene werden zu ihren Essgewohnheiten der Vergangenheit sowie zu ihren Einkaufsgewohnheiten befragt. Dies geschieht entweder bereits bei der Aufnahme in einem Krankenhaus oder durch die Gesundheitsämter, die Erkrankte aufsuchen. Selbstverständlich werden laufend Proben gezogen. Es wird laufend beprobt.

Zur **Kooperation und Koordination** auf Landesebene sowie überregional. Es findet bereits jetzt ein ressortübergreifender Austausch statt. Das Lagezentrum des Landes ist informiert. In Kürze wird es eine Ressortinformation mit allen Landesministerien geben. Am Montag haben wir im Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit eine Koordinierungsstelle eingerichtet, deren Aufgabe ist zu-

nächst die Sicherstellung von laufenden Kontakten mit allen Kliniken des Landes mit Dialyseplätzen sowie die Sicherstellung von laufenden Kontakten mit allen Kliniken mit intensivmedizinischen Betten, die Herstellung eines aktualisierten Überblicks über die jeweilige Auslastung an zentraler Stelle und die Hilfestellung bei erforderlichen Platzverteilungen beziehungsweise Verlegungen von Patienten sowie der laufende Austausch mit dem Robert-Koch-Institut. Darüber hinaus steht das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit auf der Fachebene in regelmäßigem Austausch in erster Linie mit den norddeutschen Bundesländern sowie auf Abteilungsleiter-, Krankenhausreferenten- und Hygienereferentenebene mit allen anderen Bundesländern.

Nach dem jetzigen Stand gehen wir davon aus, dass die **medizinischen Kapazitäten** des Landes ausreichen werden, um alle Erkrankte zu versorgen.

So schlimm es auch ist, es muss mit weiteren schweren Krankheitsverläufen gerechnet werden. Wie schnell der Anstieg von Neuerkrankungen sein wird, hängt selbstverständlich auch davon ab, wie schnell es gelingt, die Infektionsquelle zu identifizieren. Es muss - nach Einschätzung des Robert-Koch-Institutes - auch mit weiteren Todesfällen gerechnet werden.

Ich bedanke mich für die Gelegenheit, Ihnen heute einen ersten Überblick geben zu dürfen. Ungeachtet des heutigen Berichts biete ich Ihnen gern an, bereits morgen in der Sondersitzung des Sozialausschusses mit Fachleuten, auch aus meinem Haus, weiter zu berichten und Ihnen selbstverständlich auch für Fragen zur Verfügung zu stehen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, DIE LINKE und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Vielen Dank, Herr Minister. - Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Herrn Professor Peter Herzig, den Direktor des IFM-GEOMAR, auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Der Minister hat seine Redezeit um 3 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der gefährliche Darmkeim EHEC ist besorgniserregend, da er sich mit außergewöhnlich großer Geschwindigkeit ausbreitet und wir seine Quelle noch nicht kennen. Die **EHEC-Infektion** wurde Anfang der 80er-Jahre in den Vereinigten Staaten als Hamburger Disease bekannt und durch nicht ganz durchgebratene Hamburger ausgelöst.

Die hohe Zahl schwerer Verläufe bei dem derzeitigen Ausbruch sei ungewöhnlich, auch die betroffenen Altersgruppen seien untypisch, heißt es beim Robert-Koch-Institut. Im Jahr 2010 wurden 65 Fälle des hämolytisch-urämisches Syndroms gemeldet, wobei nur sechs Betroffene älter als 18 Jahre waren.

In der Vergangenheit lag die **Ursache** für solche Infektionen meistens im Verzehr von Fleisch und Fleischprodukten von Wiederkäuern, da sich in deren Darm das Bakterium befinden kann. Als aktuelle Infektionsquelle wurden zunächst auch Milchprodukte genannt, was aber nicht der Fall zu sein scheint. Es verdichtet sich die Annahme, dass diesmal ungewaschenes Gemüse der Grund für die Ansteckung sein könnte.

Einige Experten vermuten, dass der aggressive Erreger in vorportionierten Salatmischungen zu finden sei. Das könnte auch eine Erklärung dafür sein, dass diesmal ein vorwiegend anderer Personenkreis betroffen ist als in der Vergangenheit.

Sollte sich herausstellen, dass sich des Rätsels Lösung in Salatbars oder vorbereiteten Salateilen liegt, könnte dies ein Anzeichen eines neuen Skandals sein. Wer kennt sie nicht, die verlockend angeordneten Salatbars im Supermarkt oder die vorportionierten Verpackungen, derer sich Singles, berufstätige Frauen oder Hausfrauen, die in Eile sind oder aus praktischen Erwägungen heraus schnell noch einen Salat mitnehmen, bedienen und glauben, sich und der Familie damit etwas Gesundes zukommen zu lassen. Eine unvorstellbare Sache, wenn dieses zuträfe, aber wie gesagt, es sind Spekulationen.

Mit unserem Dringlichkeitsantrag werden wir zwar selbst nichts zur schnelleren Aufklärung beitragen können, aber daran arbeiten, wie wir es von Herrn Minister Dr. Garg gehört haben, andere Kräfte mit Hochdruck. Uns liegt am Herzen, deutlich zu machen, dass die Landesregierung das Problem sehr ernst nimmt und unterstützend dazu beitragen muss, Infektionsquellen zu vermeiden, Vorsorge zu tref-

fen und eventuelles schuldhaftes Verhalten - wenn es so sein sollte - zu ahnden.

Dass wir es aktuell mit einem besonders **aggressiven Erreger** zu tun haben, wird bei 200 Verdachtsfällen allein im Norden innerhalb eines Monats im Vergleich zu früheren Jahren deutlich. Bei zwei größeren Epidemien in den Jahren 1996 und 2002 waren jeweils etwa 30 Kinder betroffen. Es bleibt zu wünschen, dass die Ursache schnell gefunden wird; im Sinne der Betroffenen, und auch damit die Ernährungswirtschaft keinen Ansehensverlust erleidet und damit das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht erneut beeinträchtigt wird.

Trotz aller Bemühungen seitens der Politik sind Lebensmittelskandale nicht vollkommen auszuschließen. Daher geht unser Appell sowohl an Erzeuger und Händler als auch an Verbraucherinnen und Verbraucher, sich ihrer Eigenverantwortung bewusst zu sein, Hygienevorschriften einzuhalten und bei der Zubereitung von Speisen Sorgfalt walten zu lassen. Eine sachliche Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher ist erforderlich. Daher sage ich Dank an Herrn Minister Dr. Garg, der heute aufgezeigt hat, dass alle in Alarmbereitschaft stehen und dass niemand in Panik verfallen muss, obgleich das Ereignis sehr traurig ist. Weder Panikmache noch Gleichgültigkeit sind geeignet, das Problem in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für Ihren Bericht, Herr Minister. Wir werden uns in der nächsten Zeit regelmäßig mit dem aktuellen Stand der Enterohämorrhagischen Escherichia-coli-Bakterie auseinandersetzen, die zu allem Überfluss auch noch das Gift Shiga-Toxin produziert und damit Nierenversagen provoziert. Wir werden uns damit im Gesundheitsausschuss auseinandersetzen. Sie haben angekündigt, dass wir schon morgen in das Thema einsteigen werden.

Die Spurensuche kann nicht verhindern, dass sich Verbände und Organisationen der Lebensmittelproduktion an den Pranger gestellt fühlen. Ermittlungen und die Fahndung nach dem **Ursprung** eines zweifelsohne **bedrohlichen Bakteriums** stehen

(Bernd Heinemann)

aber über allen anderen Interessen. Es geht schlicht um Leben und Tod. Wir Sozialdemokraten wünschen uns keine Abwehrbewegung von Interessenverbänden, sondern wir wünschen uns Unterstützung. Die Gesundheitsfahnder müssen in alle Richtungen ermitteln, und schwarze Schafe gibt es überall. Wir nehmen jede Bedrohung der Bevölkerung ernst und erwarten statt Abwehr eine aktive Beteiligung sowohl vonseiten der Lebensmittelindustrie als auch vonseiten der Landwirtschaft.

Die schlimmsten Bakterien sind allerdings nur schwer in den Griff zu bekommen, nämlich die Bakterien der **Gleichgültigkeit** und der **Panik**. Wir wissen aus der Virendebatte über H1N1, also der Schweinegrippediskussion, aus der Diskussion über A/H5N1, also aus der Vogelgrippediskussion, und aus der BSE-Debatte, dass beide Bakterien schaden. Wir sind an der Seite des Gesundheitsministers und seines Teams, wenn es um die sachliche Einbeziehung aller nur denkbaren Quellen geht und wenn es um die Beschaffung einer umfassenden, qualifizierten Technik bei der Hilfe und bei der Behandlung geht. Wir brauchen aber mehr politische Interventionen, wenn wir nicht in einen Strudel der Hilflosigkeit geraten wollen.

Bei der **Krankenhaushygiene** hinken wir im Vergleich zu den Niederlanden schon heute weit hinterher. Jetzt gibt es Hygienesorgen in den Krankenhäusern. Operationen werden verschoben, wie wir gerade aus Schleswig erfahren haben.

Wir haben noch ganz andere Probleme, zum Beispiel bei den **Viren**. Laut Berufsverband der Hygieneinspektoren hat sich in den letzten fünf Jahren die Verordnung von Antibiotika um 25 % erhöht, und die Tendenz ist weiter steigend, vor allem in der Tiermedizin. Diese Medizin wurde uns als Endverbrauchern noch nicht einmal verschrieben. Wir nehmen sie trotzdem mit unseren Nahrungsmitteln ein. Unser Immunsystem leidet unter dieser Entwicklung, und wir werden noch ganz andere Probleme bekommen, wenn wir hier nicht bald regulierend einwirken, denn wir werden jedes Jahr ein neues epidemisches Problem bekommen; ob in Form von Viren oder in Form von Bakterien. Es wird sich immer wieder und zu Recht öffentliches Interesse daran entzünden.

Wir müssen mehr denn je Leitplanken entwickeln; sowohl bei der Krankenhaushygiene als auch bei jeder variablen Form epidemischer Erregungszustände, die sich zur Pandemie ausweiten können. Wir können von anderen Ländern lernen. In Holland gilt die Anschnallpflicht auch gegenüber bakteriellen und virulenten Lebensrisiken.

Wir werden den Gesundheitsminister nach Kräften bei der Suche nach Antworten unterstützen. Diese Antworten dürfen jedoch nicht vordergründig und reflexhaft daherkommen, sondern sie müssen umfassend und nachhaltig sein. Zum Glück sehen Sie in der Prävention Ihre Stärke, also sind wir auf einem richtigen Weg, Herr Minister. Wir sind gespannt auf einen roten Faden Ihrer Vorschläge.

Wenn die öffentliche Diskussion anhält, wären wir mit einer Hotline mit Ihren hochqualifizierten Mitarbeitenden sehr einverstanden, Herr Minister. Dann wäre sicher auch ein geeignetes Evaluationsverfahren von Vorteil. Auf jeden Fall zweifeln wir nicht an der Ernsthaftigkeit des Gesundheitsministers, wenn es um die Bekämpfung einer Pandemie geht. Wir müssen uns aber auch angemessen mit allen Fragen, die damit zusammenhängen, auseinandersetzen. Das setzt ein besonderes Maß an Klarheit voraus, und dafür werden wir hoffentlich gemeinsam sorgen. Gesundheit ist die Grundlage von allem.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor wir die Aussprache mit dem Kollegen Christopher Vogt fortsetzen, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Bürgerinnen und Bürger aus Südstormarn sowie den SSW-Ortsverband aus Harrislee zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Wir fahren in der Debatte fort. Ich rufe Herrn Abgeordneten Christopher Vogt von der FDP-Fraktion auf.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst geht mein Dank an den Minister für den Bericht und für das schnelle und effektive **Krisenmanagement des Ministeriums**. Es ist wichtig und richtig, die Bürgerinnen und Bürger laufend und umfassend zu informieren. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wie man die Erkrankung erkennt, um sich im Fall der Fälle rechtzeitig von einem Arzt behandeln lassen zu können. Die Bürgerinnen und Bürger müssen darüber informiert werden, welche Maßnahmen sie treffen können, um die Wahrscheinlichkeit einer Erkrankung zu minimieren. Das ist insbesondere von Bedeutung, solange die Infektionsquelle noch nicht abschließend be-

(Christopher Vogt)

kannt ist. Ich halte es deshalb für absolut richtig, dass der Minister und die Landesregierung in dieser Sache offensiv kommunizieren, um eine größtmögliche Transparenz zu erzeugen.

Wir können bis zum jetzigen Zeitpunkt feststellen: Die Krisenmechanismen im Land funktionieren, die Versorgung ist gewährleistet. Ich wünsche den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gesundheitsämtern in Schleswig-Holstein und auch denen des Robert-Koch-Instituts bei der **Suche nach der Infektionsquelle** viel Erfolg. Es ist wichtig, dass hier schnell Klarheit herrscht. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Situation ernst ist und dass jede Form von Panikmache unangebracht ist. Spekulationen bringen uns ebenfalls nicht weiter. Ich glaube, Diskussionen über Salatbars helfen uns nicht weiter.

(Vereinzelter Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Zumindest habe ich festgestellt, dass auch die Mitglieder hier im Hause oben ordentlich in der Mittagspause zugegriffen haben. Ich bin der Meinung, dass man Medienberichte vorsichtig behandeln sollte. Man sollte die Ruhe bewahren. Abschließend möchte ich sagen, dass ich den Angehörigen unser Mitgefühl ausspreche. Den Erkrankten in Schleswig-Holstein und anderswo wünsche ich gute Besserung.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Kollegin Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal sage ich herzlichen Dank an Sie, Herr Minister, für den Bericht. Eines sollte uns allen klar sein: Wir befinden uns erst am **Anfang der Erkrankungswelle**. Derzeit weiß noch niemand, wie der weitere Verlauf sein wird. Wir müssen befürchten, dass noch mehr Menschen in Schleswig-Holstein erkranken werden. Besonders betroffen sind die Kreise Lübeck, Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde. Warum das so ist, wissen wir bisher nicht. Die Schwere der Erkrankung und die auftretenden Komplikationen bis hin zur Dialyse machen allen Experten große Sorge.

Wichtig ist, dass die **Infektionsquelle** zügig gefunden wird. Im Namen meiner Fraktion sage ich ganz deutlich: Ich erwarte, dass aus dieser Situation Konsequenzen gezogen werden. Wenn es Probleme in der Lebensmittelkette gibt, dann müssen diese klar benannt und ausgeräumt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der **Lebensmittelkette** müssen der Gesundheitsschutz in der Bevölkerung und Hygieneregeln oberste Priorität haben. Falls - ich wiederhole - es hier zu Fehlern gekommen ist, müssen die offen benannt werden. Wir Grüne fordern Transparenz und eine ausreichende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiger Mosaikstein bei der Bekämpfung der Krankheitsfälle mit EHEC, enterohämorrhagisches Escherichia coli, ist die Situation im öffentlichen Gesundheitswesen. Wer hier spart, spart am falschen Ende. Das öffentliche Gesundheitswesen muss ausreichend ausgestattet sein. Das sehen wir in Notfällen wie diesen ganz eindeutig.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Arztpraxen, in Krankenhäusern, in Laboren, in Gesundheitsämtern, im Ministerium und im Robert-Koch-Institut - sie alle arbeiten auf Hochtouren, um die Situation zu meistern. Ihnen allen gebührt an dieser Stelle unser Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns darauf einstellen, dass noch mehr Menschen erkranken. Wir alle können nur hoffen, dass es möglichst wenige werden und keine weiteren Todesfälle auftreten. Ihnen allen wünsche ich, dass Sie gesund bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wir bedanken uns für den umfassenden Bericht von Minister Garg. Ich denke, wir werden in den nächsten Tagen und Wochen weiterhin über die Situation dieser Krankheit sprechen müssen. Von daher ist es gut, dass wir heute noch einmal darüber debattieren.

(Antje Jansen)

Die **Infektion**, die wir gerade in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland erleben, ist zweifelsohne furchtbar. Sie macht den Menschen Angst, es gibt eine Vielzahl von Infektionen, gerade auch in Schleswig-Holstein. Es gibt **Todesfälle**, und es gibt schwere **gesundheitliche Schädigungen**. Diese Infektion macht den Menschen vor allem Angst, weil die Quelle des Erregers bisher nicht gefunden werden konnte. Daran wird mit Hochdruck gearbeitet. Wir müssen abwarten, dass diese Arbeit so schnell wie möglich zu Ergebnissen führt.

Natürlich ist das Wichtigste im Moment, die Gefährdung für die Menschheit an ihrer **Quelle** einzukreisen und dann auszuschalten. Aktionismus hilft dabei nicht.

Trotzdem müssen wir uns fragen: Wie können sich die Menschen jetzt schützen? Was können wir ihnen raten? Seien wir ehrlich: Nicht viel. Wir können zur **Einhaltung von Grundregeln** der Hygiene und im Umgang mit Lebensmitteln raten. Obst und Gemüse sollten gründlich gewaschen und wenn möglich auch geschält werden. Gemüse sollte vor dem Verzehr ausreichend erhitzt werden. Häufiges Händewaschen, häufiges Reinigen von Küchengeräten gehört selbstverständlich dazu. Aber das scheint es im Moment schon zu sein.

Wir müssen uns auch fragen, ob wir alles getan haben und tun, um die von der Infektion betroffenen Menschen medizinisch zu versorgen, ob wir alles getan haben und tun, um die Qualität und Verarbeitung von Lebensmitteln zu kontrollieren und die Veredelung des Erregers zu unterbinden. Diese Fragen können heute nicht beantwortet werden, sie stellen auch nicht unser Vertrauen in das medizinische Personal, in die Beschäftigten in Arztpraxen, Krankenhäusern, Forschungseinrichtungen, Labors und Behörden in Zweifel. Im Moment geht es um die Bekämpfung der Infektion. Danach allerdings wird man alle Einrichtungen, die politischen Mechanismen des Gesundheitswesens und Infektionsschutzes, auf den Prüfstand stellen müssen. Ich hoffe auch, dass der Erreger relativ schnell gefunden wird, damit wir weiterhin die Sachen diskutieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SSW-Fraktion hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit der zweiten Mai-Woche ist eine explosionsartige **Ausbreitung des EHEC-Bakteriums** zu verzeichnen. Vor allem ist derzeit der norddeutsche Raum betroffen, also Hamburg, Niedersachsen, Bremen und auch Teile von Hessen. Aber auch hier bei uns in Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der Verdachtsfälle seit Montag - wie der Minister eben sagte - auf mehr als 400 vervierfacht. Diese rasante Entwicklung ist alarmierend. Bundesweit sind in den Jahren zuvor nur rund 900 Erkrankungen mit EHEC-Infektionen im Jahr gemeldet worden. Aber auch die Zahl der schweren Verläufe in diesem kurzen Zeitraum ist sehr ungewöhnlich.

Grundsätzlich gilt: Es ist kein neuer Erreger und kein neuer Krankheitsverlauf, mit dem wir es zu tun haben. Ungewöhnlich ist aber die rasante Ausbreitung und **Aggressivität des Erregers**. An der Ursache wird nun fieberhaft geforscht.

Derzeit ist noch ungeklärt, wo der **Erreger** seinen **Ursprung** hat. Ein Expertenteam des Berliner Robert-Koch-Instituts ist auf der Suche nach der Quelle für die Infektion. Wichtig ist, dass alle zuständigen Behörden landes- und bundesweit zusammenarbeiten. Die Verbreitungswege des Erregers sind bekannt. Jetzt gilt es die Quelle zu lokalisieren. Die Untersuchungen hierfür müssen umfassend und sachlich sein. Solange dies nicht bekannt ist, sollte man sich jedoch mit Verdächtigungen und auch Mutmaßungen zurückhalten.

Wichtig ist aber auch, dass die Bevölkerung sachlich informiert wird. Auf der Homepage der Landesregierung ist derzeit alles Bekannte über EHEC und über das HU-Syndrom nachzulesen. Ebenso gibt es dort Verknüpfungen zu Informationsseiten für Patienten und Ärzte und einen Link zum Robert-Koch-Institut. Ich stelle also erst einmal fest: **Die Informationspolitik des Landes** funktioniert.

Ein Krisenstab wurde eingerichtet, um die Verteilung der Patienten auf die Krankenhäuser zu organisieren. Es wurden auch Geräte zur Blutwäsche aus anderen Bundesländern herangeschafft, um die Kapazitäten bei uns aufzustocken. Auch hier ist festzustellen: Das Krisenmanagement des Landes funktioniert. Im Namen der SSW-Fraktion danke ich deshalb Minister Garg, der leider nicht hier sein kann, und seinem Stab für die eingeleiteten Maßnahmen.

Die Situation ist durchaus ernst zu nehmen. Es besteht jedoch kein Grund zur Panik. Das muss man immer wieder sagen. Wenn heute in großen

(Lars Harms)

Buchstaben vom Killer-Keim zu lesen ist, kann ich nur feststellen, dass niemandem mit reißerischen Überschriften geholfen wird. Wir können feststellen, dass wir ungefähr wissen, wie sich der Erreger verbreitet. Wir können feststellen, in Schleswig-Holstein gibt es genügend **Krankenhauskapazitäten**, um die Betroffenen versorgen zu können. Wir können feststellen, das Land kommt seiner Informationspflicht nach. Und wir können feststellen, ein Krisenstab ist eingerichtet, der die Arbeit hier koordiniert. Es gibt also keinen Grund zur Panik, sondern im Gegenteil: Hier muss ich als Oppositionspolitiker durchaus einmal sagen: Lob und Anerkennung an die Landesregierung, wie schnell hier gehandelt worden ist. Vielen Dank an Herrn Minister Garg. Ich hoffe, dass alle, die von diesem Erreger betroffen sind, eine gute Besserung erfahren werden und wir dieses Problem möglichst schnell in den Griff bekommen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 17/1546 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/1493

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Gesetzentwurf, den wir zur Überführung des IFM-GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft einbringen, leistet beides. Er stärkt die nationale und internationale Strategiefähigkeit der

Meeresforschung in Deutschland und nützt dem Land.

Das **IFM-GEOMAR** gehört mit Sicherheit zu den Flaggschiffen der Forschung in Schleswig-Holstein, universitär wie außeruniversitär. Es ist mit Sicherheit das **Flaggschiff der Meeresforschung** hier im Norden. Es ist 2004 aus der Vereinigung des Forschungszentrums für Marine Geowissenschaften (GEOMAR), eine seinerzeitige relative Neugründung, und dem Institut für Meereskunde an der CAU, das eine lange Tradition hat und hatte, gegründet worden.

Das Institut beschäftigt inzwischen circa 750 Mitarbeiter, davon 400 Wissenschaftler. Es erhält eine jährliche institutionelle Förderung von circa 30 Millionen €, und darüber hinaus stehen dem Institut jährlich circa 30 Millionen € an Drittmitteln zur Verfügung. Das ist eine wirklich außergewöhnliche Leistung und hat dazu geführt, dass das Institut IFM-GEOMAR Spitzenreiter bei der Akquisition von Drittmitteln in der Leibniz-Gemeinschaft gewesen ist und immer noch ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die **Akquisition von Drittmitteln** ist übrigens nicht umsonst auch ein Gradmesser für wissenschaftlichen Erfolg, weil sich der wissenschaftliche Erfolg weitgehend daran bemisst, ob man in der Antragstellung erfolgreich ist. Insofern ist das ein klarer Beweis der Exzellenz des Instituts, das im Übrigen maßgeblich Träger des Clusters in der Meereskunde hier in Kiel ist.

Der Bund hat grundsätzlich das Ziel - übrigens seit längerer Zeit -, die maritime Forschung in Deutschland strategisch neu auszurichten. Der Bund und das Land Schleswig-Holstein waren sich einig darin, dass die Weiterentwicklung des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften, IFM-GEOMAR, zu einem Zentrum der Helmholtz-Gemeinschaft das größte Potenzial zu einer solchen strategischen Neuausrichtung der außeruniversitären Meeres- und Küstenforschung bietet.

Ich weise darauf hin - weil ich ja ahne, was in der Diskussion gleich kommt -, dass diese Überlegung der **strategischen Ausrichtung** älter ist als die Diskussion um Lübeck. Denn es gibt schon lange eine Diskussion darüber, ob wir uns forschungstechnisch richtig und besser dadurch aufstellen, dass wir unsere außeruniversitären Forschungseinrichtungen in mehrere Organisationen aufteilen, oder ob es nicht klüger ist, sie zu bündeln. Wir sind der Auffassung, dass die Überführung dieses Potenzial bildet und die **Profilbildung der deutschen Mee-**

(Minister Jost de Jager)

resforschung ausbaut und an den Erfordernissen der nationalen Strategie tatsächlich ausrichtet.

Es hat eine Taskforce aus beiden Wissenschaftsresorts, dem IFM-GEOMAR sowie der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft gegeben, die die Voraussetzungen für den Übertritt in die Helmholtz-Gemeinschaft als **Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel** am 1. Januar 2012 erarbeitet. Nach Auffassung einer Gutachterkommission der Helmholtz-Gemeinschaft erfüllt das IFM-GEOMAR die Anforderungen, die an Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft zu stellen sind, sehr gut. Über die Aufnahme wird die Mitgliederversammlung der Helmholtz-Gemeinschaft im September dieses Jahres entscheiden.

Die **Gemeinsame Wissenschaftskonferenz** von Bund und Ländern ist über die Absicht informiert worden, und im Juni wird über die Kündigung des IFM-GEOMAR als Leibniz-Einrichtung formell entschieden. Kürzlich haben die Bundesforschungsministerin und der Ministerpräsident den Konsortialvertrag zur gemeinsamen Förderung des IFM-GEOMAR durch den Bund und das Land Schleswig-Holstein unterzeichnet. Dieser Vertrag ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass dies zum 1. Januar kommenden Jahres gelingen kann.

Die **finanzielle Förderung** des Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung teilen sich der Bund und das Land Schleswig-Holstein dann in einem Verhältnis von 90:10. Als Leibniz-Institut wurde es zu 50 % vom Bund, zu 37,5 % vom Land Schleswig-Holstein und zu 12,5 % von der Ländergemeinschaft finanziert. Die Änderung des Finanzierungsschlüssels ist mit erheblichen **Einsparungen** im Landeshaushalt Schleswig-Holsteins verbunden. Da der Bund auch die Kosten für den in den kommenden Jahren zu errichtenden Erweiterungsbau zu 90 % übernehmen wird und das Land ab 2012 nur noch 10 % der Kosten zu tragen hat - früher war der Schlüssel 50:50 -, ergibt sich für das Land eine weitere Einsparung in Höhe von 35 Millionen €. Außerdem entfallen für das Land Kosten für den Bau des für IFM-GEOMAR vorgesehenen Nachfolgeschiffes der „Poseidon“ in Höhe von rund 10 Millionen €.

Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, lautet: Darf man das? Darf man einfach Kostenanteile vom Land auf den Bund übertragen, um eine Entlastung im Landeshaushalt herbeizuführen? Diese Frage werden wir in Deutschland künftig sehr breit diskutieren, weil es nämlich ein Verhältnis gibt zu dem Geld, das in den Landeshaushalten gebunden wird für eine eigentliche Bundesaufgabe,

nämlich die **außeruniversitäre Forschung**, und die Tatsache, dass diese Mitfinanzierung mit den Aufwuchsautomatismen, die es dort gibt, dazu führt, dass die Spielräume fehlen für das, was originäre Aufgabe des Landes ist, nämlich die **Finanzierung der eigenen Hochschulen**.

Dieser Finanzierungszusammenhang wird übrigens auch gemeinsam mit der **Bundratsinitiative zum Kooperationsverbot** zu debattieren sein, die Sie in diesem Landtag gemeinsam beschlossen haben und die die Bundesregierung auf den Weg bringen will, weil das ein Schlüssel dazu ist, dass wir zu einer Klärung der Finanzströme kommen. Insofern ist es ein konsequenter Schritt, die Finanzierungsanteile des Bundes für das IFM-GEOMAR noch einmal zu erhöhen und den Helmholtz-Schlüssel anzupassen, zumal es den Bund dann in die Lage versetzt, die Weichen strategisch für das zu stellen, was er in der Meeresforschung will.

Ein wichtiger Punkt ist, dass mit dem **Konsortialvertrag** gleichzeitig die Fortführung des Kieler Modells vereinbart wurde. Das Kieler Modell ist die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen GEOMAR und der **Christian-Albrechts-Universität** zu Kiel. Es gibt eine Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden Einrichtungen, die unter anderem klärt, wie das Zuweisungsverfahren für Hochschullehrer und die Beibehaltung der Lehrverpflichtung in einer Höhe von vier Semesterwochenstunden zu regeln ist. Die ist in diesem Monat ebenfalls unterzeichnet worden und führt dazu, dass die Meeresforschung, die ein tragendes Element der Forschung an der Christian-Albrechts-Universität ist, durch des GEOMAR weiter begleitet werden kann.

Das Errichtungsgesetz, das wir einbringen, regelt im Wesentlichen den Zweck, das Stiftungsvermögen, die Mittelverwendung, Haushaltsfragen, die Organstellung und das Rechnungs- und Personalwesen. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes gehen die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse beim Leibniz-Institut auf die Beschäftigten über. Das Vermögen, die Verbindlichkeiten und sämtliche Rechte werden an das Helmholtz-Zentrum übertragen. Die Aufsicht der Stiftung wird wie gewohnt bei uns bleiben.

Meine Damen und Herren, insofern ist es ein Wechsel, der sowohl für die Strategiefähigkeit der Meeresforschung als auch für das Land eine erfolgreiche Operation darstellt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich eröffne die Aussprache. Der Minister hat seine Redezeit um zweieinhalb Minuten überzogen. Diese Zeit steht nun auch allen Fraktionen zur Verfügung. Wir beginnen die Aussprache mit dem Abgeordneten Daniel Günther von der CDU-Fraktion.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz hebt die Errichtung der Stiftung Leibniz-Institut für Meereswissenschaften vom 17. November 2003 auf. An die Stelle dieser Stiftung tritt die Stiftung **Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel**. Das ist ein weiterer Baustein auf dem wichtigen Weg zur Umwandlung dieses Instituts. Der Konsortialvertrag, von dem eben berichtet worden ist, der unterschrieben ist, über den wir mit dem Gesetz heute auch abstimmen, ist dann der nächste Schritt, der von uns vollzogen wird.

Wir können an dieser Stelle lange über die Historie miteinander diskutieren, wie es zu diesem Gesetz gekommen ist, wir können auch darüber diskutieren, welche erheblichen **Einsparungen** sich für den Landeshaushalt ergeben. Das ist eben geschildert worden: 8 Millionen € **Betriebskosten** für uns als Land weniger, 35 Millionen € für den **Erweiterungsbau**, den wir nicht zu tragen haben, und für das **Forschungsschiff „Poseidon“** sind es 10 Millionen €, die wir als Land Schleswig-Holstein nicht finanzieren müssen.

Was aus meiner Sicht für das Land viel wichtiger ist, ist die Tatsache, dass wir mit dem vorliegenden Gesetz die Meeres-, Küsten- und Klimaforschung in Schleswig-Holstein strategisch und finanziell verbessern werden.

(Beifall des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU])

Das ist deswegen eine so gute Nachricht, weil es zu Beginn der Überleitung doch diverse kritische Stimmen dazu gegeben hat, Stichwort „Wegfall des Kieler Modells“, das nicht funktioniere, Stichwort „Drittmittel“, die über die Deutsche Forschungsgemeinschaft nicht mehr in gleicher Größenordnung eingeworben werden könnten. Da gab es kritische Nachfragen, ob es überhaupt der richtige Weg sei, den wir beschreiten.

Deswegen gilt dem Wissenschaftsministerium mein ausdrücklicher Dank für die harten Verhandlungen - auch dem Minister selbst -, die mit dem Bund

durchgeführt werden mussten, und die zahllosen Gespräche, die mit den Instituten geführt werden mussten, um das Ergebnis, das uns heute vorliegt, zu erreichen. Aus meiner Sicht sind die wesentlichen Punkte dieses Gesetzes erst einmal der Wechsel vom GEOMAR in die **Helmholtz-Gemeinschaft**, immerhin die größte deutsche Forschungsgemeinschaft mit 3 Milliarden € Jahresbudget, die erfolgreiche **Zusammenarbeit zwischen CAU und dem Institut IFM-GEOMAR** bleibt auch in Zukunft erhalten, und die Durchführung gemeinsamer Berufungen, die Zuweisungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an das IFM-GEOMAR sind weiterhin möglich, ebenso werden die Lehrverpflichtungen von vier Semesterwochenstunden erhalten. Das ist eine gute Nachricht, die mit diesem Gesetz erreicht werden kann.

Ein besonderes Verdienst ist auch, dass ein auskömmlicher Haushalt gewährleistet werden kann. In der bisherigen Haushaltsplanung waren etwas über 30 Millionen € vorgesehen, die zur Verfügung gestellt werden. Das wird jetzt deutlich um mehr als 4 Millionen € erhöht, die wir dem Institut mehr zur Verfügung stellen. Das Geld müssen wir auch zur Verfügung stellen, damit der Wegfall der Drittmittel nicht dazu führt, dass weniger Geld vorhanden ist. Darüber findet an der Stelle die entsprechende Kompensation statt.

Wir reden heute in erster Lesung über den Gesetzentwurf, deswegen werden wir natürlich zustimmen, dass wir das Gesetz im Fachausschuss noch einmal genauer unter die Lupe nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank, liebe Kollegin Erdmann. - Im Fachausschuss können wir uns gern über Einzelheiten unterhalten. Wir können allerdings schon zum jetzigen Zeitpunkt sagen, dass dieses Gesetz den Forschungsstandort Kiel stärkt und ein Gewinn für ganz Schleswig-Holstein ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf krönt die Koalition die Scharade, die sie im vergangenen Jahr aufgeführt hat.

(Dr. Kai Dolgner)

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

Das ist Ihre Wertung. Andere haben Ihre Hochschulpolitik mit diesem Adjektiv beziehungsweise mit diesem Nomen versehen. Das würde ich mir an Ihrer Stelle, Herr Kubicki, noch einmal überlegen.

Zunächst stürzte die sogenannte **Haushaltsstrukturkommission** die Hansestadt Lübeck und das halbe Land mit der geplanten **Schließung der Medizinausbildung** und dem damit absehbaren Ende der Universität Lübeck in Aufruhr.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur Sie mit Ihrer öffentlichen Erklärung!)

- Genau, und die 14.000 vorm Landeshaus haben wir uns alle nur eingebildet. Irgendwie wird man den Verdacht - das ist eine ganz besondere Wahrnehmung, Herr Kollege Kubicki, die lass ich Ihnen auch - nicht los, dass diese Koalition Lübeck hasst wie die Pest.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Da ist die Wahlkreisstreichung eine Sache, die ins Bild passt. Mal sehen, was als Nächstes kommt. Vielleicht stellen Sie Lübeck ja bei ebay ein, um es endgültig loszuwerden.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe)

Nach dieser Ankündigung gingen einige Wochen ins Land.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es ist mir klar, dass Sie das nicht gern hören wollen. Sie können ja gleich noch einmal ans Rednerpult kommen und Ihre Version darstellen.

Während die Bundesregierung allgemeine Erklärungen zur Bedeutung des **Hochschulstandorts Lübeck** abgab und Kiel die größte Demonstration der letzten 30 Jahre erlebte, an die sich nur der Kollege Kubicki nicht mehr erinnert, wurde Schleswig-Holsteins Ruf in der Hochschulszene schwer geschädigt. Unter anderem qualifizierte die Hochschulrektorenkonferenz die Überlegungen der Landesregierung als das, was sie auch waren: eine Provokation.

Und im Juli stieg dann Bundesministerin Professorin Schavan als rettender Engel vom Himmel und verkündete dem staunenden Volk Frieden, Glück, Liebe und die Rettung der Universität Lübeck,

(Zurufe von der FDP)

indem nun plötzlich, völlig überraschend, das GEOMAR zum Rettungsanker für die Universität wurde. Diesen Zusammenhang haben ja nicht wir hergestellt, sondern Sie haben diesen Zusammenhang hergestellt.

Die schwarz-gelbe Koalition wollte sich wegen dieser genialen und vor allem überraschenden Verhandlungstaktik feiern lassen und behauptete jetzt, die Universität Lübeck hätte nie auf der Kippe gestanden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Die Bundesregierung erklärte - Herr Minister de Jager hat es auch erklärt - auf Anfrage der SPD-Fraktion, dass auch ohne die Vorgeschichte der Universität Lübeck eine **Umwandlung des GEOMAR** in ein **Helmholtz-Institut** in Betracht gekommen wäre. Komisch dabei ist nur, dass noch im Juli 2010 der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft völlig überrascht war. Er wusste noch gar nichts von seinem Glück, obwohl es dazu bereits seit Jahren offensichtlich schon strategische Überlegungen gab. Entweder hatte der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft das nicht ganz mitbekommen, oder irgendetwas kann hier nicht stimmen.

Übrigens, Herr Kollege Kubicki, in der gleichen Anfrage verneinte die Bundesregierung, dass es irgendwelche finanziellen Zusagen für die Zustimmung zum **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** gegeben hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie haben hier etwas anderes berichtet. Das können Sie nachlesen. Was ist also Wahrheit, und was ist Dichtung? Wie heißt es so schön in einer alten deutschen Volkssage: „Uns ist in alten Meren wunders vil geseit ...“. Genau daran erinnert auch diese Geschichte.

Für diesen billigen Effekt nahm die Landesregierung einen Affront sowohl gegen das GEOMAR als auch gegen die Leibniz-Gemeinschaft selbst in Kauf. So erklärte der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Professor Karl Ulrich Mayer, am 14. Juli 2010 in der „Berliner Zeitung“, durch diesen Wechsel würde von der ehernen Regel des deutschen Wissenschaftssystems bezüglich der **Aufteilung im außeruniversitären Bereich** abgewichen. Durch seine starke Vernetzung mit der Universität Kiel und sein klares thematisches Profil passe das IFM-GEOMAR perfekt in die Leibniz-Gemeinschaft und halt nicht zu Helmholtz.

(Dr. Kai Dolgner)

Die unterschiedlichen Ausrichtungen der Forschungsgemeinschaften sind der Landesregierung entweder nicht bekannt oder egal - das könnte durchaus sein.

Ja, ich lasse die Zwischenfrage des Kollegen Kubicki zu.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Erst einmal fragen lassen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, schön dass Sie die Zwischenfrage des Kollegen Kubicki zulassen wollen, um die ich Sie gerade gebeten habe. - Herr Kubicki, Sie haben das Wort.

(Das Mikrofon funktioniert nicht)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Die Redezeit läuft die ganze Zeit weiter.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt machen wir es ernsthaft. Die Technik zeigt uns, das Mikrofon sei funktionsfähig. - Herr Kollege, versuchen Sie es mit dem Mikrofon Nummer 5.

(Zuruf von der SPD: Schlaues Mikrofon!)

Wolfgang Kubicki [FDP]: Hier geht es offensichtlich. - Herr Dr. Dolgner, nachdem Sie nun rezitiert haben, was andere sagen, würden Sie uns freundlicherweise mitteilen, wie Ihre Haltung zu der Frage ist, ob nun das Institut in die Helmholtz-Gesellschaft eingliedert werden soll oder nicht? Halten Sie es für sinnvoll, oder soll es rückabgewickelt werden über die Landesgesellschaft? Das wäre doch die spannende Frage! Sagen Sie uns bitte einmal Ihre Meinung!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

- Herr Kollege Kubicki, um Ihre Frage zu beantworten; Sie sagen, ich hätte das nicht so gemacht, wie Sie es eingetütet haben. Das hätten Sie auch meinen vorherigen Ausführungen entnehmen können. Aber zu dem, was man jetzt in dieser Situation, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, Sinnvolles machen muss, dazu komme ich in meinen weiteren Ausführungen. Ich danke Ihnen.

Die unterschiedlichen **Ausrichtungen der Forschungsgemeinschaften**, um den Satz zu wiederholen, den ich schon beendet hatte, sind dieser Landesregierung offensichtlich nicht bekannt, oder ihr ist es schlicht und ergreifend egal. Auch mit der Mathematik nehmen Sie es nicht ganz so genau.

In einer weiteren Anfrage gibt die Bundesregierung die **finanzielle Entlastung des Landeshaushalts** mit, grob geschätzt, 13 Millionen bis 18 Millionen € an. Die Landesregierung hat auch noch andere Zahlen, die der Kollege Günther gerade präsentiert hat. Egal, wie man es rechnet, vor allem wenn man es über die nächsten Jahre rechnet und nicht nur einmalige Investitionen hineinrechnet, sind wir mindestens 7 Millionen € von den berühmten 25 Millionen € entfernt. Man kann das auch noch einmal anders rechnen. Aber, um Ihre Frage zu beantworten, die Operation wird nun durchgezogen.

Wir schließen uns deshalb der pragmatischen Haltung von Professor Dr. Herzig, dem Direktor des GEOMAR, an, das Beste aus dieser Situation zu machen. Wir gehen dabei davon aus, dass die Erklärungen der Landesregierung zutreffend sind, dass der Wechsel die Möglichkeiten des Instituts nicht einschränkt, **Exzellenzcluster** und **Sonderforschungsbereiche** zu finanzieren oder normale DFG-Anträge, den Brot- und Butterbereich, zu stellen.

(Beifall des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Wir werden gucken, ob das klappt. Wir hoffen es natürlich inständig. Wir werden in den Ausschussberatungen ein besonderes Augenmerk auf § 8 zur **Überleitung des Personals** richten. Da haben wir noch einige Fragen.

Herr Minister de Jager, nach einer Pressemitteilung des Personalrats der Wissenschaftler der Universität Lübeck vom 23. Juni 2010 sollen Sie die Auffassung geäußert haben, dass sich Schleswig-Holstein zu viel Exzellenz nicht leisten könne.

Ich kann Sie beruhigen: Ein Übermaß an Exzellenz steht zumindest bei dieser Regierung nicht zu befürchten. Insofern war diese Sorge unbegründet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der FDP erteile ich der Frau Abgeordneten Kirstin Funke das Wort.

(Zurufe von der Regierungsbank)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

- Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie bitte, Kommentare und Zwischenrufe von der Regierungsbank sind in diesem Parlament nicht gestattet. Ich möchte Sie bitten, diese zu unterlassen. - Sie können das gern draußen tun. Dafür gibt es draußen ausreichend Raum. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, es gibt keine Zwischenrufe und keine Kommentare von der Regierungsbank. Das ist die Regel hier, an die sich alle zu halten haben. - Das Wort hat Frau Kollegin Funke.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit den Worten von Professor Dr. Herzig, dem Direktor des IFM-GEOMAR, beginnen, der an dem Tag, als der Konsortialvertrag von Bundesministerin Schavan und Ministerpräsident Carstensen unterzeichnet wurde, das chinesische Sprichwort verwendete - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Wenn Wind aufzieht, bauen die einen Windmühlen, die anderen Mauern.“

Im Institut habe man sich entschieden, Windmühlen zu bauen. Herr Professor Herzig, das freut mich sehr, und es ist richtig und gut so. Denn die Überführung des IFM-GEOMAR in ein **Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung** stellt für den Landeshaushalt nicht nur eine Entlastung dar, sondern ist ebenfalls eine Chance, **Spitzenforschung** weiterhin in Schleswig-Holstein auf sichere Beine zu stellen und das Potenzial für das IFM-GEOMAR zu eröffnen, im **internationalen Wettbewerb** noch besser dazustehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir debattierten heute bereits über die Haushaltssituation, in der sich unser schönes Land seit etlichen Jahren befindet, was uns jetzt schriftlich vom **Stabilitätsrat** bestätigt wurde. So war die Überführung des IFM-GEOMAR in die Helmholtz-Gemeinschaft der einzig gangbare Weg, um nicht nur die Forschung und Wissenschaft, sondern auch Schleswig-Holstein nicht ins Abseits zu stellen.

Denn um es herauszustreichen: Das Forschungszentrum IFM-GEOMAR leistet herausragende Arbeit für Kiel, für Schleswig-Holstein und für den wissenschaftlichen Fortschritt allgemein. Solche Forschungsprojekte wie zum Beispiel das zur **CCS-Technologie**, welches in der vergangenen Woche vorgestellt wurde, sind wichtig, um unsere ökologischen Kenntnisse zu schärfen und daraus auch - im Idealfall - verlässliche und nachhaltige politische

Schlussfolgerungen für unser Land ziehen zu können.

(Beifall bei der FDP)

Insofern ist es für den Wissenschafts-, für den Wirtschafts- und auch für den Tourismusstandort notwendig, dass das IFM-GEOMAR uns entsprechende Erkenntnisse liefert, die in unsere Entscheidungen einfließen können.

Die hier diskutierte Umwandlung des Forschungszentrums in ein Helmholtz-Institut gründet sich allerdings nicht auf Ursachen, die im Bereich des IFM-GEOMAR selbst liegen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, entschuldigen Sie bitte. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Kirstin Funke [FDP]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Dolgner, Sie haben das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Frau Kollegin, Sie haben eben ebenso wie der Minister ausgeführt, dass es an sich auch sinnvoll gewesen wäre oder sinnvoll ist, das IFM-GEOMAR von einem Leibniz-Institut in ein Helmholtz-Institut umzuwandeln. Kann ich aus diesen Ausführungen schließen, dass Sie das auf jeden Fall gemacht hätten, unabhängig von der Diskussion über die Universität Lübeck? Das wäre der Schluss daraus, dass es aus sich selbst heraus sinnvoll ist.

Kirstin Funke [FDP]:

- Wenn Sie meinen Worten gelauscht hätten, wüsten Sie, dass ich keinen Zusammenhang zwischen der **Universität Lübeck** und der **Umwandlung des IFM-GEOMAR** von der Leibniz- in die Helmholtz-Gemeinschaft hergestellt habe. Wenn wir an die Forschung in Schleswig-Holstein denken, ist es einfach ein ganz wichtiger Schritt, dass wir für die Jahre über 2011 und 2012 hinaus diesen Forschungsstandort hier sichern. Dementsprechend möchte ich überhaupt keinen Zusammenhang zwischen Lübeck und Kiel herstellen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Kirstin Funke [FDP]:

Gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Habe ich Sie also richtig verstanden, dass der heutige Gesetzentwurf und die Umwandlung des Instituts nichts mit der Rettung der Universität Lübeck zu tun hat?

- Sie ziehen jetzt diese Schlussfolgerung. Es geht hier allein darum, den Forschungsstandort IFM-GEOMAR sicherzustellen und vor allen Dingen darum, ein **Leuchtturmprojekt** in der Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein zu behalten. Das ist Ziel dieser Gesetzgebung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nun bist du sprachlos! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie haben den Zusammenhang selbst hergestellt, den Ihre Kollegin gerade in Abrede stellt!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Funke. - Ich bitte Sie, in Ihrer Rede fortzufahren.

Kirstin Funke [FDP]:

Um auf den Zwischenruf zu antworten: Nein, ich habe hier nichts in Abrede gestellt, ich habe nur klargemacht, dass ich selbst hier keinen Zusammenhang sehe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist auch in Ordnung!)

- Genau.

Die hier diskutierte Umwandlung des Forschungszentrums in ein Helmholtz-Institut gründet sich allerdings nicht auf Ursachen, die im Bereich des IFM-GEOMAR selbst liegen - um das an dieser Stelle noch einmal zu betonen -,

(Martin Habersaat [SPD]: Aha!)

sondern darauf, dass verschlungene Wege gefunden werden mussten, um allgemein die **Finanzierung von Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen** in Schleswig-Holstein gewährleisten zu können.

(Martin Habersaat [SPD]: Jetzt ist der Zusammenhang da!)

- Das ist kein Zusammenhang mit Lübeck, Herr Habersaat.

(Lachen bei der SPD)

Natürlich ist das von uns allen abgelehnte **Kooperationsverbot** eine Erklärung, warum die Landesregierung diesen Weg gehen musste. Und so sind alle in diesem Haus aufgefordert, sich bei den Kollegen in den anderen Bundesländern und dem Bundestag dafür starkzumachen, dass eine sinnvolle zukünftige Finanzierungsstruktur nur durch den Wegfall des Kooperationsverbots erfolgen kann.

Das Kooperationsverbot war aber an dieser Stelle beileibe nicht grundlegend für diesen Schritt. Grundlegend war vielmehr die desolante Haushaltslage, die die jetzige Landesregierung gezwungen hat, alle rechtlichen Möglichkeiten auszunutzen, um auch den Bund finanziell an der **Erhaltung des Forschungsstandorts Schleswig-Holstein** zu beteiligen. Es mag der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie vielleicht nicht gefallen, aber es ist zum allergrößten Teil ihr Werk, warum wir hier und heute stehen und darüber debattieren. Es ist die finanzielle Erbschaft von über zwei Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung, die das Land Schleswig-Holstein auch in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung an und zum Teil sogar über die Grenzen der Belastbarkeit getrieben hat.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen begrüßt die FDP-Fraktion ausdrücklich den Weg, der hier gemeinsam mit dem Bund und dem IFM-GEOMAR eingeschlagen wurde. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die an dem Erfolg der Verhandlungen mitgewirkt haben.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Montag wurde im IFM-GEOMAR der **Meerespreis** an den Bestsellerautor Frank Schätzing verliehen. Den Preis bekam er verliehen, weil er es mit mehreren Büchern und Dokumentarfilmen geschafft hat, die Meeresforschung und somit die Arbeit des IFM-

(Rasmus Andresen)

GEOMAR den Menschen näherzubringen. Frank Schätzing ist aber auch Science-Fiction-Autor. In seiner Dankesrede warnte er davor, Krisen und wissenschaftliche Zukunftsszenarien herunterzuspielen. In diesem Zusammenhang sagte er unter anderem, dass der Science-Fiction-Roman von heute oft die Reportage von morgen ist.

Wer vor einem Jahr die These aufgestellt hätte, dass das IFM-GEOMAR aufgrund finanzpolitischer Deals zur **Rettung der Universität Lübeck** in die Helmholtz-Gemeinschaft wechseln würde, wäre müde belächelt worden, oder vielmehr, das wäre einfach ein unvorstellbares Szenario gewesen. Viele Monate später wissen wir, dass forschungspolitisch nichts mehr heilig ist, wenn sich die Landesregierung verrechnet oder schlecht verhandelt hat. Es scheint auch so zu sein, dass die Landesregierung ihren harten haushaltspolitischen Kurs nicht mehr ernst nimmt. Sie bekommt in den nächsten fünf Jahren durch die Umwandlung vom Bund insgesamt 37 Millionen € weniger als das, womit sie ursprünglich geprahlt hatte. Nach fünf Jahren steigt der Fehlbedarf sogar auf 18 Millionen € pro Jahr. Als wir und andere diese Finanzpolitik vor einigen Wochen kritisierten, spielten Sie die Kritik mit der Bezeichnung „Pfennigfuchseri“ herunter, Herr de Jager. Ich sage Ihnen: Hätten wir so schlampig gerechnet und verhandelt, hätten Sie zu Recht probiert, uns die Hölle heißzumachen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Halten wir also fest: Finanzpolitisch ist der Deal ein Reinfluss, und die Zukunft der Universität Lübeck ist weiterhin ungewiss. Forschungspolitisch kann der Deal zwischen der Landesregierung und Frau Schavan als überstürzt und fachlich ohne Grundlage beschrieben werden: Forschungspolitik ohne den **Wissenschaftsrat**, inhaltliche Argumente als Rechtfertigung und nicht als Begründung, und - last, but not least - viele Ausnahmeregelungen, die so nicht Schule machen dürfen. - Nein, dieser Akt war kein Glanzstück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir Grüne fordern deshalb eine breitere Debatte über die Forschungspolitik in unserem Land. Strukturen, Verzahnung zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die gemeinsame **Bund-Länder-Forschungsfinanzierung** gehören grundsätzlich neu aufgestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte müssen wir jetzt führen. Wir werden deshalb im nächsten Bildungsausschuss, sobald der Gesetzentwurf auf der Tagesordnung steht, vorschlagen, die Anhörung zu dem Gesetzentwurf auszudehnen auf eine **Anhörung zur Zukunft des Forschungsstandorts Schleswig-Holstein**.

Neben dem unbefriedigenden forschungspolitischen Rahmen geht es natürlich aber auch um die konkreten Folgen aus der Umwandlung. Um es vorweg zu sagen: Viele kritische Punkte sind einvernehmlich gelöst worden. Ich nenne beispielsweise die Vier-Semesterwochenstunden-Lehrverpflichtung der Professoren an der Christian-Albrechts-Universität. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Daniel Günther [CDU])

Viele der Änderungen beim IFM-GEOMAR sind zweischneidig. Es ist gut, dass die DFG-Mittel durch Helmholtz-Mittel zumindest finanziell ausgeglichen werden. Es ist allerdings problematisch, dass dies durch Helmholtz-interne Umschichtungen erfolgt und die **Forschungskultur** dadurch grundsätzlich verändert wird. Und auch das unsägliche Wissenschaftszeitvertragsgesetz inklusive der wissenschaftlerfeindlichen Sechs-plus-sechs-Regel, die jetzt für das IFM-GEOMAR greift, kritisieren wir. Das ist sicherlich eine Fachdebatte. Das führt aber definitiv dazu, dass die **Zukunftschancen von jungen Wissenschaftlern** weiter behindert werden, und wird nicht dazu führen - was wir nämlich auch dringend brauchen -, dass neue junge und motivierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in das Land kommen werden.

Wir Grüne werden das Ganze in den Beratungen weiter verfolgen, ohne aber das Institut aus den Augen zu verlieren. Für uns steht im Zentrum, die Zukunft des IFM-GEOMAR zu sichern. Dementsprechend werden wir uns auch bei der Abstimmung des Gesetzentwurfs verhalten. Allerdings sehen wir gleichzeitig auch aktuelle Fehlentwicklungen in der Forschungspolitik und werden durch eigene Initiativen - wie angekündigt - aktiv werden. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroee das Wort.

Björn Thoro [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Rede mit einem Zitat des Abgeordneten Wolfgang Kubicki beginnen:

(Zurufe)

„... diese Koalition hat sich vorgenommen, keine Versprechungen zu machen, die sie nicht halten kann ... Es ist noch ... keiner Regierung vor dieser gelungen, dem Bund die Zusage einer Dauerfinanzierung in Höhe von 25 Millionen € in einen Wissenschaftsbereich abzurufen...“

So Kubicki am 8. September 2010. Ich kann nur sagen: Auch dieser Regierung ist es nicht gelungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin sehr gespannt, wie Sie Frau Schavan überzeugen möchten, auf die bisherige Finanzierungszusage noch einmal einige Millionen Euro draufzupacken. Sie können natürlich auch eingestehen, dass es mit Ihrem Versprechen nicht sonderlich weit her ist - so richtig überraschen würde das hier nicht viele.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr de Jager nennt das in der „sh:z“ „Pfennigfuchserie“. Ich nenne es vorsätzliche Täuschung der Bürgerinnen und Bürger, eine Mogelpackung, die nicht hält, was sie verspricht.

Noch immer haben wir kein klares Bekenntnis der Landesregierung zum **Medizinstandort Lübeck**. Wenn Sie weiterhin Chaos und Verunsicherung schaffen wollen, ist das der richtige Weg.

DIE LINKE fordert stattdessen, **Anreize** zu schaffen, um den **Forschungsstandort** attraktiver zu machen. Wir brauchen ein Finanzierungskonzept, anderenfalls wird sich die Kompetenzabwanderung in Zukunft fortsetzen.

Wir werden enorme Probleme haben, renommiertes wissenschaftliches Personal dazu zu bringen, ihre Forschungsarbeit an einer Institution aufzunehmen, über der das ewig währende Damoklesschwert der Schließung schwebt.

Herr de Jager, letztes Jahr im November haben Sie uns noch freudig verkündet:

„Ich glaube, dass damit eine Stärkung von IFM-GEOMAR, aber auch der deutschen Meeresforschung erreicht wird.“

Ich muss Ihnen sagen: Diesen Glauben teile ich nicht. Im Gegenteil! Mit dem **Übergang** des IFM-

GEOMAR in die **Helmholtz-Gemeinschaft** ist noch immer unklar, ob Drittmittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeworben werden können, auch wenn Sie auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Heinemann noch angeben, dass man Gespräche führt, um die Antragsfähigkeit des IFM-GEOMAR bei der DFG aufrechtzuerhalten - bisher leider ohne Ergebnis oder schon mit dem gegenteiligen Bescheid.

Auch wenn die damit verbundenen Mittel direkt in den Haushalt des IFM-GEOMAR eingestellt werden, ist das ein klarer Einschnitt in praktische Forschungsarbeit.

DIE LINKE fordert: Die Unabhängigkeit der Forschung muss gewährleistet sein. Wenn Programmforschung zur Regel wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Meeresforschung ihr bundesweites Ansehen ähnlich wie die Uni Lübeck einbüßt.

(Beifall bei der LINKEN)

Individuelle Forschungsideen werden es zukünftig sehr viel schwerer haben.

Doch es gibt auch gute Nachrichten: Frau Schavan erklärt freundlicherweise, auch die bis 2020 notwendige **Ersatzinvestition** für das **Forschungsschiff „Poseidon“** zu übernehmen. Das Land spart damit 10 Millionen €. So weit, so gut. Ich frage mich nur: Kommt das neue Forschungsschiff überhaupt zum Einsatz, oder wird Schwarz-Gelb bis dahin auch die letzten Forscherinnen und Forscher aus dem Land gejagt haben?

Herr de Jager, es scheint mir, als wollten Sie ein weiteres Ranking gewinnen. Es reicht Ihnen nicht, zum schlechtesten Wissenschaftsminister Deutschlands gewählt worden zu sein. Sie möchten offenbar zeigen, dass Sie den Titel auch verteidigen können. DIE LINKE wird sich weiterhin für eine ausfinanzierte, unabhängige Wissenschaft einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh darüber, dass wir gerade vom Minister erfahren haben, was im Herbst letzten Jahres wirklich geschehen ist. Die **Überleitung des IFM-GEOMAR** war nicht Ausdruck für eine Panikhandlung, nein, sie war Ausdruck für langfristige

(Anke Spoorendonk)

strategische Überlegungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Welt ist wieder in Ordnung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schon in der Großen Koalition geplant!)

Ansonsten kann ich sagen: Der Laie staunt, die Fachleute wundern sich. Natürlich war es nicht so, dass der Bund plötzlich sein Herz für die Meeresforschung entdeckte. Die Überleitung ist Teil eines finanziellen und politischen Kuhhandels gewesen. Daran gibt es nichts zu deuteln.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE] - Christopher Vogt [FDP]: Kuhhandel lehnt der SSW ab! Wir werden euch daran erinnern!)

Denn genau vor einem Jahr hat die **Haushaltsstrukturkommission** ihre Sparvorschläge für das Land Schleswig-Holstein bekannt gegeben. Die Schließung des **Medizin-Studiengangs** an der Universität **Lübeck** war nur einer von vielen Vorschlägen, die zu großen Protesten im Land geführt haben. Ich denke, auch das hat keiner von uns vergessen.

Auch der **Bund** hat sich eingemischt. Es ist kein Geheimnis, dass Frau Schavan vorgeschlagen hat, dass IFM-GEOMAR zu übernehmen, wenn die Medizin-Studienplätze in Lübeck erhalten bleiben.

(Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gesagt, getan. Aber ganz so einfach ist es dann doch nicht. Mit der **Überleitung** des GEOMAR in die **Helmholtz-Gemeinschaft** spart das Land Schleswig-Holstein erst einmal Geld, auch wenn unklar ist, wie viel eigentlich. Erst wurden 25 Millionen € **Einsparung** von der Landesregierung gefeiert. Wenn man sich den Gesetzentwurf genau ansieht, ist es aber nicht mehr ganz klar, wie hoch die Einsparungen langfristig eigentlich sind. Der **Bund** übernimmt den Neubau des Forschungsschiffes „Poseidon“, und Schleswig-Holstein finanziert nur 10 % des Erweiterungsbaus sowie langfristig nur noch 10 % des Zuwendungsbedarfs des GEOMAR, der allerdings aktuell noch steigt. Darüber hinaus ist das Land großzügig und stellt der neuen Stiftung Grundstücke, Forschungsgebäude, Werkstätten, Fahrzeuge, Geräte und Lagerhallen, Gebäude zur Tierhaltung, Parkplätze, Schiffsliegeplätze und Kaimanlagen unentgeltlich zur Verfügung. Welchen Wert dies alles hat, bleibt unklar.

Aus Sicht des SSW sind die finanziellen Einsparungen aber nicht alles. Weder das **GEOMAR** noch der **bisherige Träger**, die Leibniz-Gesellschaft,

wurden von Bund oder Land vorab darüber informiert, dass das Forschungsinstitut in den Ring geworfen wurde, um die Medizin-Studienplätze in Lübeck zu retten. Diesen schweren Geburtsfehler gilt es jetzt zu heilen. Zumindest wenn man den Aussagen des Leiters des GEOMAR glaubt, sieht dieser mittlerweile die **Ansiedlung beim Bund** nicht mehr ganz so negativ.

Allerdings wurden von GEOMAR zwei grundlegende **Bedingungen** gestellt. Zum einen soll die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der CAU in Forschung und Lehre weiterhin bestehen. Das GEOMAR ist zwar zukünftig kein An-Institut mehr, aber der Zusammenarbeit in der Exzellenzinitiative und dem Pakt für Forschung und Innovation wurde durch einen Kooperationsvertrag eine neue Grundlage gegeben.

Die zweite Bedingung bezog sich auf die zukünftige Antragsfähigkeit bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Über die Forschungsgemeinschaft hat das GEOMAR bisher jährlich gut 10 Millionen € Zuschuss für Forschungsaktivitäten bekommen. Diese Einnahmequelle möchte sich das Institut natürlich nicht verbauen lassen - verständlicherweise. Allerdings wird die Antragsfähigkeit bei der DFG nicht mehr in dem Maße, wie sie bisher gehandhabt wurde, weitergeführt werden können. Die fehlenden Mittel müssen irgendwie kompensiert werden. Schon jetzt ist der Gesamthaushalt daher von gut 30 Millionen € auf 34,5 Millionen € erhöht worden. Wir wissen aber nicht, wie die exzellente und erfolgreiche Arbeit des GEOMAR langfristig erhalten bleibt und wie die Staffelung des Haushalts ab 2014 aussieht.

Darüber hinaus gilt es, die gesamten **Konsequenzen der Überleitung** zu betrachten. Die Ankündigung der Landesregierung, Forschungspotenzial und Arbeitsplätze zu erhalten und Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen, ist eine Farce, wenn man sich die bisherige sehr erfolgreiche Arbeit des Instituts anguckt. Es ist nicht so, dass der Bund kommen musste, um die Meeresforschung zu stärken. Der **Bund** ist, wie ich vorhin sagte, gekommen, um die **Universität Lübeck** vor der Schließung zu retten. Wir haben es also - auch das sage ich eingangs - nicht mit einem Geniestreich der Landesregierung zu tun, sondern mit einem Kuhhandel auf Kosten der Wissenschaft und Forschung in Schleswig-Holsteins. Genau darum geht es, und genau darum muss es auch in der weiteren Ausschussberatung gehen, nämlich wie dieses geheilt werden kann.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1493 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 39 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/908

Antwort der Landesregierung
Drucksache 17/1241

b) Im Bündnis für Ausbildung neue Schwerpunkte setzen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1516

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1548

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Dann kommen wir zur Beantwortung der Großen Anfrage, und ich erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! **Berufliche Ausbildung** ist ein Schlüsselthema für die Zukunft Schleswig-Holsteins. Dass genügend junge Menschen ausgebildet werden und als Fachkräfte auf den Arbeitsmarkt gehen, davon hängt das Wohlergehen des Wirtschaftsstandorts ab. Umgekehrt, dass genügend **Ausbildungsplätze** bereitstehen, um sich für das Berufsleben zu qualifizieren, davon hängt das individuelle Wohlergehen der jungen Menschen ab. Deshalb freue ich mich, dass wir heute in zwei Punkten über dieses wichtige Thema diskutieren.

Ich fange mit dem erfreulicheren Punkt an, das ist das Bündnis für Ausbildung. Gern werde ich im

Herbst, wenn alle Informationen vorliegen, ausführlich darüber berichten. Zum gegenwärtigen Stand möchte ich drei Bemerkungen machen.

Erstens. Das **Bündnis für Ausbildung** hat sich im vergangenen Jahr erneut bewährt. Am Ende der **Nachvermittlungen** konnten allen Bewerberinnen und Bewerbern Angebote gemacht werden. Die Betriebe haben trotz des bis Sommer noch unsicheren wirtschaftlichen Gesamtumfelds die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze um ein halbes Prozent gesteigert. Das verdient unsere Anerkennung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Zweitens. In diesem Jahr sieht es ebenfalls gut aus, sogar noch besser. Aktuelle Zahlen Ende April zeigen eine **Steigerung** für eingetragene **Ausbildungsverträge** über alle Branchen von 8 %. Darin mögen auch Vorzieheffekte liegen. Immerhin übersteigt die Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Stellen - nämlich plus 15 % - die Zahl der Bewerber - plus 4 % - um 2.729. Insofern sind das sehr gute Zahlen.

Drittens. Der **Ausbildungsmarkt** bleibt allerdings **gespalten**. Es gibt über- und es gibt unterversorgte Regionen. Gute Bewerber können wählen. Bewerber mit ungünstigen Voraussetzungen, auch die weniger gewordenen Altbewerber finden nach wie vor nur schwer einen Ausbildungsplatz. Die jungen Bewerber müssen sich nach wie vor kümmern. Auch aufgrund der **demografischen Entwicklung** können wir auf keinen Jugendlichen verzichten, der gebraucht wird.

Lassen Sie mich zum Thema **Demografie** etwas sagen. Natürlich ist die positive Bilanz, die wir haben, die Tatsache, dass im dritten Jahr mehr Ausbildungsplätze als qualifizierte Bewerber zur Verfügung stehen, ein Vorbote der demografischen Entwicklung. Das ist komfortabel für die Bewerber, aber schwierig für die weitere **wirtschaftliche Entwicklung**. Wir befinden uns im Jahr 2011 zum ersten Mal in einem Jahr, in dem die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter tatsächlich rückläufig ist. Auch das ist ein Vorbote der demografischen Entwicklung.

Wir werden erleben, dass diese demografische Entwicklung in Schleswig-Holstein besondere Probleme mit sich bringt. Wir werden erleben, dass der **Fachkräftemangel** dazu führen wird, dass die Städte gegenüber den ländlichen Regionen im Vorteil sind, und wir werden erleben, dass der Süden Deutschlands gegenüber dem Norden Deutschlands attraktiver ist. Insofern haben wir über die reinen

(Minister Jost de Jager)

Zahlen hinaus die Notwendigkeit, strategisch zu antworten. Wir setzen unter anderem auf die Prävention in den **Schulen vor Ort**. Es geht darum, den **Übergang von Schule in Ausbildung** genauso in den Fokus zu nehmen wie die Attraktivität der **dualen Ausbildung** selber. Es geht darum, den Jugendlichen, den jungen Menschen die **Anschlussmöglichkeiten** bestimmter Ausbildungsgänge tatsächlich deutlich zu machen. Ich glaube, auch das ist eine Beobachtung, die man machen kann. Die Qualifizierungswege werden vielfältiger. Deshalb erleben wir auch, dass das Berufsschulangebot jedes Mal vielfältiger wird.

Lassen Sie mich im zweiten, nicht so erfreulichen Teil zur **Ausbildungssituation in Handel und Gaststättengewerbe** kommen. DIE LINKE hat es sich mit der Großen Anfrage ausgesprochen leicht gemacht. Sie hat fast wörtlich die Fragen übernommen, die die Fraktion DIE LINKE bereits im Bundestag gestellt und bereits beantwortet bekommen hat. Wir hätten es uns natürlich auch so einfach machen können und einfach auf die Drucksache 17/2753 vom 17. August 2010 des Bundestags verweisen können. Aber dann hätten wir nicht die Berechtigung gehabt, über dieses „wegweisende“ Werk der Fraktion DIE LINKE zu reden.

Ich möchte nicht die einzelnen Antworten auf die Fragen vortragen. Bereits in der Landtagsdebatte im Dezember habe ich vorgetragen, dass mir die **Kritik des DGB** an den Verhältnissen in der gastronomischen Ausbildung zu pauschal ist. Ich hoffe, dass wir wieder zu einer sachlichen Debatte kommen. Die jungen Leute, die sich für eine **Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe** entschieden haben, sind unsere Service- und Fachkräfte der Zukunft. Wir als **Tourismusstandort** sind auf sie angewiesen. Deshalb kann es uns auch aus wirtschaftlichen Gründen - aus menschlichen ohnehin nicht - nicht egal sein, wie es ihnen geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber man darf bei den wenigen Fällen, die tatsächlich sehr ernst zu nehmen sind, nicht vergessen, dass der ganz überwiegende Rückfluss der Fragen ein anderer ist. Der **DGB-Ausbildungsreport 2010** stellt fest, dass 69 % der befragten Auszubildenden mit ihrer Ausbildung insgesamt zufrieden oder sehr zufrieden sind. Lediglich 7 bis 9 % äußerten sich eher unzufrieden oder sogar sehr unzufrieden. Insofern, auch wenn man die einzelnen Fälle ernst nehmen muss, wäre es auch der Branche gegenüber nicht richtig, pauschal den Stab zu brechen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe bereits in der vorangegangenen Debatte darauf hingewiesen, dass wir keine originäre Zuständigkeit in diesem Bereich haben. Das ist die **Aufgabe der Industrie- und Handelskammern**. Da soll sie bleiben. Wir haben die Rechtsaufsicht.

Wir haben uns mit den IHKs zusammengesetzt und verabredet, dass es unter Einbeziehung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes bestimmte Maßnahmen gibt. Es ist ein **Bündel von Maßnahmen** geplant, das zu einer Qualitätssicherung in dem Bereich führen wird. Unter anderem ist beabsichtigt, die Betriebe stärker zu überwachen.

Abschließend stelle ich fest: Wir müssen beides im Auge behalten, die Verbesserung der Ausbildungsqualität, wo es nötig ist, aber auch die Anerkennung für die vielen Betriebe, die hervorragend in diesem für Schleswig-Holstein so wichtigen Wirtschaftszweig ausbilden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu diesem Tagesordnungspunkt hat die Fraktion DIE LINKE 10 Minuten Redezeit erbeten, die anderen Fraktionen haben sich auf 5 Minuten verständigt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann können wir jetzt 10 Minuten Kaffee trinken gehen!)

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat der Herr Abgeordnete Björn Thoroë.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist der eigentlich von Beruf?)

Björn Thoroë [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ganz zum Anfang möchte ich klarstellen: Nicht 69 % der Auszubildenden im Hotel- und Gaststättengewerbe sind mit ihrer Ausbildung zufrieden, sondern 69 % von allen Auszubildenden in Schleswig-Holstein. Es war mir wichtig, das am Anfang klarzustellen, weil ich glaube, dass Herr de Jager das gerade in einem anderen Zusammenhang gesagt hat.

Wir reden hier heute über **Jugendliche in Ausbildung** und damit über Jugendliche, die am Anfang ihres Berufslebens stehen. Das ist immer ein Eintritt in einen neuen Lebensabschnitt und ist mit großen Umstellungen verbunden. Unsere Große Anfrage und der **Ausbildungsreport der DGB-Jugend Nord** haben besonders für den Bereich der **Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gast-**

(Björn Thoroë)

stättengewerbe erschreckende Ergebnisse hervorgebracht. Die Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe sind eklatant schlechter als in anderen Bereichen.

Die **Vergütung** ist deutlich geringer als in anderen Branchen. 89 % der Azubis erhalten weniger als 500 € im Monat. In anderen Branchen sind es nur 38 %.

Es arbeiten 63 % der Azubis **über 40 Wochenstunden**. In anderen Branchen sind es nur 20 %.

Nur 20 % der Azubis im Hotel- und Gaststättengewerbe haben mehr als 25 **Urlaubstage**. In anderen Branchen sind das 55 %.

48 % bekommen **keinen Überstundenausgleich**. In anderen Branchen sind dies nur 19 %.

Hinzu kommt oft eine menschlich herabwürdigende **Haltung von Vorgesetzten** gegenüber Auszubildenden. Auch dies konnte man im DGB-Ausbildungsreport lesen.

Im Jahr **2009** standen 1.062 neu abgeschlossenen **Ausbildungsverträgen** 492 Verträge gegenüber, die wieder gelöst wurden. Das entspricht einem Anteil von 38,8 %. Im Durchschnitt aller Ausbildungsberufe wurde im selben Jahr etwa ein Viertel aller Verträge wieder gelöst. **2008** gab es im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes sogar eine **Auflösungsquote** von 42,6 % bei allen Ausbildungsverträgen. Damit nimmt **Schleswig-Holstein** im Vergleich zu anderen Bundesländern eine Spitzenposition ein.

Ein weiterer Beleg für das Verheizen junger Menschen sind die Antworten der Landesregierung für den **Ausbildungsgang Koch**. Von 600 jungen Menschen, die eine Ausbildung zum Koch aufnehmen, schafft es ungefähr die Hälfte zu einem **Berufsabschluss**. Von diesen 300 Jungköchen gelingt etwas mehr als einem Drittel der direkte Übergang in den Beruf. Das sind gerade einmal 100 Jungköche von ehemals 600 Einsteigerrinnen und Einsteigern. Auf ein einzigartiges duales Ausbildungssystem zu schwören und gleichzeitig etwa 80 % der Koch-Azubis auf der Strecke zu lassen, das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Konsequenz dieser Zustände hat der DGB Jugendliche nun vor einer Ausbildung im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes ausdrücklich gewarnt. Das ist für Schleswig-Holstein, ein Land das von der Tourismusbranche lebt, eine Katastrophe. Unerklärlich bleibt mir und meiner Fraktion, dass

die Landesregierung sich weigert, die Situation zur Kenntnis zu nehmen. Die Landesregierung verschließt die Augen und spricht - wir haben es gerade eben wieder gehört - von schwarzen Schafen. Die Landesregierung laviert herum. Ich zitiere aus der Antwort:

„Nach Mitteilung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes Schleswig-Holstein [...] entgeht es dem Verband durchaus nicht, dass es in der Branche schwarze Schafe gibt. Die überwiegende Mehrheit der Ausbildungsbetriebe sei sich der Notwendigkeit von Ethikstandards, die über das bloße Einhalten des Rechtsrahmens hinausgehen, gerade vor dem Hintergrund des Bewerberrückganges durchaus bewusst. Es sei nicht zutreffend, dass die Arbeitsbedingungen des Gastgewerbes per se [...] durch harte Arbeit, Überstunden und rauen Ton geprägt sind. Beispielsweise stelle der Verband im Bereich der Begabtenförderung, deren Teilnehmer auch aus der Sternegastronomie kommen, fest, dass die Arbeitsbedingungen seitens der Auszubildenden zwar als Herausforderung, aber vor allem als Chance gesehen werden, wertvolle Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben.“

So geht es nicht. Ein winziger Bruchteil der Azubis im Hotel- und Gaststättengewerbe profitiert von **Begabtenförderung** in der Sternegastronomie. Auch Spitzenköche kann es nur auf einer breiten Basis von durchschnittlich Ausgebildeten geben. Zudem reicht es nach den Ergebnissen der Großen Anfrage als auch des Ausbildungsreports nicht, sich allein auf die Angaben des **Arbeitgeberverbandes** zu stützen. Die Landesregierung sieht nur, was sie sehen will. Die Landesregierung handelt unverantwortlich gegenüber betroffenen Jugendlichen und unverantwortlich gegenüber dem Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Großen Anfrage ist der Bereich **Jugendarbeitsschutzgesetz**. Oft wird so getan, als ob im Ausbildungsbereich der Anteil von unter 18-Jährigen verschwindend gering sei. Die Antwort der Landesregierung zeigt: Die Realität sieht anders aus. Ein gutes Viertel der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird mit Minderjährigen geschlossen. Eine Aufweichung des Jugendarbeitsschutzes ist unverantwortlich. Unter 18-Jährige länger als bis 22 Uhr arbeiten zu lassen, lehnt DIE LINKE ab.

(Björn Thoro)

(Beifall bei der LINKEN)

Die Begründungen der Landesregierung dafür, den Jugendarbeitsschutz zu lockern, sind fadenscheinig. Mehrgängige Bankette finden nicht nur abends, sondern gerade am Wochenende auch tagsüber statt. Auch Kassenabschlüsse finden nicht nur nach 22 Uhr, sondern nach jeder Schicht statt. Es geht hier um bessere **Ausbeutungsbedingungen** bei Minderjährigen.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung als Rechtsaufsicht die Kontrolle, ob Recht eingehalten wird, für nicht nötig befindet. Ich zitiere aus der Anfrage:

„Das Hotel- und Gaststättengewerbe ist im Rahmen der Vollzugsstrategie für den staatlichen Arbeitsschutz unter Risiko- und Prioritätsaspekten in eine niedrige Gefahrenklasse eingestuft, sodass auch Besichtigungen im Hotel- und Gaststättengewerbe nur in geringem Maße stattfinden.“

Nach den vorliegenden Ergebnissen kann ich nur heftig an Sie appellieren: Sorgen Sie dafür, dass die **Einhaltung von Gesetzen** auch kontrolliert wird, Herr de Jager! Ich bin gespannt, was aus der Zusage, die Sie gerade gemacht haben, wird. Alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung. DIE LINKE fordert unabhängige wirksame **Kontrollen** und die Einrichtung einer **unabhängigen Ombudsstelle**. Nur so können im Betrieb auftretende Konflikte auf annähernd gleicher Augenhöhe behandelt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zur Situation auf dem **Ausbildungsmarkt** insgesamt und zum **Bündnis für Ausbildung!** Es ist schlicht und ergreifend ein Märchen, dass es zu wenig Jugendliche für zu viele Ausbildungsplätze gäbe. Es ist umgekehrt. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist für Jugendliche mit einem schlechteren Schulabschluss noch immer oft aussichtslos. Der direkte Übergang von der Hauptschule in die Lehre liegt bei ungefähr 5 %. Nur fünf von 100 **Hauptschülern** schaffen den direkten Übergang. In Schleswig-Holstein gibt es laut Ausbildungsreport der DGB-Jugend rund 5.000 junge Menschen, die länger als ein Jahr nach einer Ausbildung suchen. Die von den **Kammern** verbreiteten Zahlen sind irreführend, weil sie nur die **aktuellen Schulabgänger** berücksichtigen, aber nicht die Bugwelle, die immer noch vorhanden ist.

Zur vermeintlichen Zahl **unbesetzter Stellen!** Es gibt das bekannte Problem, dass Betriebe seit Jahren Stellen ausschreiben, aber nicht besetzen. Um alle Altbewerberinnen und Altbewerber zu berücksichtigen

und jedem Jugendlichen eine Auswahlmöglichkeit zuzugestehen, müssten einmalig rund 40.000 Ausbildungsplätze von den Betrieben in Schleswig-Holstein angeboten werden. DGB-Vize und CDU-Mitglied Ingrid Sehrbrock kommentiert dies so: Diese Zahlen zeigen: Der Fachkräftemangel ist hausgemacht. Schuld ist die Wirtschaft. Diese wählt die besten Schulabgänger aus und schreibt den Rest als „nicht ausbildungsfähig“ ab.

Wir brauchen ehrliche Zahlen. DIE LINKE hat schon vor über einem Jahr die schnelle Einführung einer **integrierten Ausbildungsstatistik** gefordert. Die Landesregierung verschleppt die Einführung ohne Not immer weiter in die Zukunft.

Der Antrag der SPD ist deutlich zu kurz gesprungen. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Soll das Bündnis für Ausbildung wirklich Sinn machen, darf es nicht auf freiwilligen Selbstverpflichtungen beruhen. Die Forderung der LINKEN nach einer **Ausbildungsplatzumlage** bleibt aktuell und richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Betriebe, die nicht ausbilden, müssen zahlen.

In die **Landesverfassung** gehört ein **Recht auf Ausbildung**. DIE LINKE wird dazu noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf einbringen. DIE LINKE streitet für gute Ausbildung für alle.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Anette Langner das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle nur kurz auf die Beantwortung der Großen Anfrage zur Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättenbereich eingehen, da wir über dieses Thema auf der Grundlage eines Antrags unserer Fraktion im Dezember 2010 bereits ausführlich diskutiert haben.

Nach wie vor bleibt festzustellen: Auch wenn es sich vielleicht nur um wenige schwarze Schafe handelt, in deren Betrieben die **Ausbildung** unter schwierigen, zum Teil auch nicht **rechtmäßigen Bedingungen** stattfindet, muss es im Interesse aller Betriebe in Schleswig-Holstein sein, die eine qualitativ gute Ausbildung anbieten, diese Missstände zu beseitigen.

(Anette Langner)

(Beifall bei der SPD)

Hier sind die Ausbildungsbetriebe, die Kammern, die Aufsichtsbehörden, die beruflichen Schulen und nicht zuletzt die Landesregierung gemeinsam gefordert, in diesem für das Touristikland Schleswig-Holstein so wichtigen Ausbildungsbereichen **attraktive Ausbildungsbedingungen** zu schaffen. Ich danke dem Minister, dass dort schon Gespräche gelaufen sind und es dort insgesamt Verständigungen über Maßnahmen gibt, um das auch zu gewährleisten.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Insgesamt, und das gilt für den gesamten Ausbildungsstellenmarkt, muss neben der quantitativen Bewertung die Diskussion über die **Qualität der Ausbildung** eine größere Rolle spielen. Der Anteil der **Ausbildungsabbrüche** in den Hotel- und Gaststättenberufen ist natürlich besonders hoch, aber auch für alle anderen Ausbildungsberufe gilt: 20 bis 25 % aller Auszubildende werden während der Laufzeit des Vertrages gekündigt oder aufgelöst. Das sind einerseits verschwendete Ressourcen bei den Ausbildungsbetrieben und andererseits ein demotivierender Start ins Berufsleben für die Auszubildenden. Deshalb müssen wir alle ein Interesse daran haben, die **Auflösungsquote** in der Ausbildung deutlich zu senken.

Damit komme ich zu unserem Antrag. Seit der Gründung des **Bündnisses für Ausbildung** haben sich die Rahmenbedingungen am Ausbildungsstellenmarkt verändert. Hatten wir in den letzten Jahren noch eine deutliche Lücke zwischen angebotenen Lehrstellen und Bewerbern, ging es natürlich vor allem darum, Betriebe und Unternehmen zu motivieren, **mehr Ausbildungsstellen** zur Verfügung zu stellen, **neue Formen** der Ausbildung wie Ausbildungsverbünde und Teilzeitausbildungen zu entwickeln oder **Ausbildungsplätze** für **Migrantinnen und Migranten** zu akquirieren.

In dieser Hinsicht ist und war das Bündnis für Ausbildung mit seinen Partnern in Schleswig-Holstein eine Erfolgsgeschichte. Heute sind die Herausforderungen andere: Viele Betriebe können ihre Ausbildungsstellen nicht besetzen, und in verschiedenen Berufen droht ein **Fachkräftemangel**. Daneben steigt die Zahl der Jugendlichen im sogenannten **Übergangsbereich** seit 2005 um mehr als 20 %.

Diese Maßnahmen sollen eine Integration in Ausbildung zum Ziel haben, aber in vielen Fällen wird dieses Ziel leider nicht erreicht. Deswegen muss im

Bündnis für Ausbildung eine neue **Schwerpunktsetzung** gelegt werden, die nicht allein mit der Frage der Ausbildungswilligkeit und der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen zu beantworten ist, die zurzeit - wie wir aus Gesprächen erfahren haben - im Bündnis für Ausbildung sehr kontrovers diskutiert wird.

Es bleibt die gemeinsame Verantwortung der Bündnispartner hier in Schleswig-Holstein, möglichst jedem jungen Menschen, der die Schule mit dem Wunsch einer beruflichen Ausbildung verlässt, ein Angebot zu machen. Nach der integrierten Ausbildungsstatistik für 2010 - Herr Thoroer, es gibt mittlerweile eine **integrierte Ausbildungsstatistik des Statistischen Bundesamts** - befinden sich über 18.000 Jugendliche in dem sogenannten Übergangsbereich, der nicht immer eine erfolgreiche Vermittlung in die Ausbildung gewährleistet.

Potenziale konsequent entfalten und Benachteiligte zu Fachkräften machen, ist deshalb die notwendige Forderung, die sich im Übrigen auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihren Handlungsempfehlungen zur Fachkräftesicherung zu eigen gemacht hat. **Andere Länder** wie Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben auf diese Situation beispielsweise so reagiert: Das **Übergangssystem** wird gestrafft und umgestaltet. Die Bündnispartner gewährleisten eine ausreichende Anzahl betrieblicher, schulischer und außerbetrieblicher Ausbildungsplätze unter Berücksichtigung der Anforderungen der **regionalen Wirtschaft** und des **Arbeitsmarkts**.

Die strategisch-konzeptionelle **Neuausrichtung** des Übergangssystems konzentriert sich auf zwei ganz klare Wege: Erstens. Wer eine Ausbildung schaffen kann, der soll eine erhalten; auf den üblichen Wegen im dualen System oder in vollzeitschulischen Bildungsgängen. Zweitens. Wer eine Ausbildung voraussichtlich noch nicht schafft, erhält gezielte individuelle Förderung in dualisierten Formen der Berufsvorbereitung mit klaren Übergängen und einem Anspruch auf eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung.

(Beifall bei der SPD)

Diese systematische Bündelung aller Aktivitäten zu einer Bildungskette, in der Angebote sinnvoll aufeinander aufbauen, macht aus Warteschleifen echte Perspektiven für Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf und bindet die Kompetenzen der Partner im Ausbildungssystem dort, wo sie am wirkungsvollsten sind. Wir hätten damit das Ende einer Debatte in der Frage, ob Betriebe ausbil-

(Anette Langner)

dungsfähige Jugendliche, ausbildungsunfähige Jugendliche oder **Jugendliche mit Problemen** ausbilden müssen. Jeder Partner im Bündnis bringt vielmehr seine Stärken an der Stelle ein, an der sie gefordert sind.

Die guten Grundlagen, die wir in Schleswig-Holstein im **Bündnis für Ausbildung** und mit dem Programm **Schule & Arbeitswelt** in den vergangenen Jahren geschaffen haben, in diesem Sinne weiterzuentwickeln, muss deshalb Zielsetzung für das Bündnis für Ausbildung sein; nicht nur, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, um keine Jugendlichen zurückzulassen und um alle Talente und Potenziale zu nutzen, sondern auch, weil eine unzureichende Berufsausbildung die öffentlichen Haushalte pro Altersjahrgang bundesweit mit 1,5 Milliarden € belastet. Dies sage ich auch vor dem Hintergrund der Debatte von heute Morgen.

Es gilt also, das Bündnis für Ausbildung in diesem Sinne weiterzuentwickeln, jedem Jugendlichen eine Chance zu geben und jeden Jugendlichen auszubilden. Das ist auch Finanzpolitik im besten Sinne. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der DGB-Nord-Vorsitzende Uwe Polkaehn ist seit etwa einem Jahr im Amt. Er hat seitdem viele Pressemitteilungen in die Diskussion eingebracht. Eine dieser Pressemitteilungen scheint die Grundlage für die Große Anfrage der LINKEN gewesen zu sein, zumal sie parallel im Bundestag eingebracht wurde. Nehmen wir aber zur Kenntnis: Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit knapp zwei Jahrzehnten. Wir haben trotz der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise Gott sei Dank wieder eine brummende Wirtschaft, und wir haben auch eine grundsätzlich sehr gute Ausbildungssituation. Das alles nimmt die **DGB-Nord-Zentrale** leider nicht so positiv wahr.

Ich habe den Eindruck, dass der DGB Nord das **Bündnis für Ausbildung** nicht wirklich mitträgt und sich ständig in Kritik verliert, obwohl das Bündnis ein Erfolg für das gesamte Land ist. Ich habe manchmal den Eindruck, es geht immer weni-

ger um Inhalte. Es geht nicht um Fakten, es geht um ideologiebegleitete Konfrontation. Ich bin schon etwas enttäuscht darüber, dass sich der wichtigste **Sozialpartner auf Arbeitnehmerseite** dermaßen von einer konstruktiven Zusammenarbeit verabschiedet. Vielleicht ist der DGB-Nord-Vorsitzende da eher in seiner Rolle als SPD-Ortsvorsitzender gefangen.

(Zurufe von der SPD)

Trotz allem und auch trotz der aus meiner Sicht etwas überzogenen Demonstration des DGB im November vor dem Landeshaus werden wir den **Dialog** fortsetzen. Wir sind jedoch ein selbstbewusster und kritischer Diskussionspartner. DGB und LINKEN überbieten sich hingegen mit postmarxistischen Parolen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN - Olaf Schulze [SPD]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Da wird wohl um den Führungsanspruch links außen gekämpft. In jedem Fall wird es Ihnen hier nicht gelingen, die **Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein** schlechtzureden. Während Sie vor dem Landeshaus rote Fahnen schwenken, kümmern wir uns um die Arbeitnehmer und Auszubildenden in Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Loedige [FDP] - Lachen bei der SPD)

Seitdem die CDU in Schleswig-Holstein wieder regiert, ist die Anzahl der **abgeschlossenen Ausbildungsverträge** von 19.000 auf 21.300 gestiegen.

(Beifall bei der CDU)

Noch wichtiger ist, dass das **Lehrstellenangebot** auf ein hohes Niveau gehoben werden konnte. Der Minister hat es gesagt: Das Angebot ist deutlich höher als die Nachfrage. Das ist das Ergebnis unserer vernünftigen Wirtschaftspolitik und ein Erfolg für das gesamte Land.

(Beifall bei der CDU)

Es ist aber auch richtig, dass wir die **Qualität der Ausbildung** im Auge haben müssen. Da mag es das eine oder andere schwarze Schaf geben, das Auszubildende nicht mit dem nötigen Respekt behandelt. Wir sind uns aber hoffentlich alle einig, dass die überwältigende Mehrheit der Betriebe ordentlich ausbildet, gut mit seinen Mitarbeitern umgeht und sie anständig bezahlt.

Doch was machen wir mit den schwarzen Schafen? - Der Minister hat darüber berichtet, welche Mög-

(Hartmut Hamerich)

lichkeiten es in Schleswig-Holstein gibt, um **Misstände** zu beseitigen. Er hat ebenso ausgeführt, warum diese Strukturen vollkommen ausreichen. Wir haben die **IHKs**, die sich darum kümmern. Wir haben die einzelnen **Kammern**, die beteiligt sind, und wir haben die **regionalen Ausbildungsbetreuungsstellen** als Anlaufpunkte. Ich kann da nicht unbedingt ein Defizit erkennen.

Wir haben eine sehr gute Ausbildungssituation, und wir haben ein gutes Bündnis für Ausbildung, an dem übrigens auch die SPD ihren Anteil hat.

(Zurufe von der SPD)

- Wenn Sie das bestreiten, dann können Sie das gern tun. Ich nehme das dann zurück.

All dies müssen wir zugegebenermaßen an die heutigen Gegebenheiten anpassen. Ich nenne hier nur den Fachkräftemangel. Darüber werden wir im Ausschuss diskutieren. Ja, es gibt wenige schwarze Schafe, aber unser Instrumentenkasten ist für diese Fälle gut bestückt, und im Moment sehe ich keine Notwendigkeit für Verschärfungen. Der Antrag der SPD-Fraktion zeigt eine aktuelle Situationsbeschreibung, über die wir gern im Ausschuss reden wollen. Weil uns allen daran liegt, werden wir dann möglicherweise einen interfraktionellen Antrag formulieren oder aber einen Änderungsantrag stellen.

Ich beantrage, den Antrag von der SPD und von der LINKEN sowie die Antwort auf die Große Anfrage an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam als Gäste der SPD-Fraktion Pflegefachkräfte und Betriebsräte aus verschiedenen Pflegeeinrichtungen und Krankenkassen in Schleswig-Holstein. - Herzlich willkommen im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Wir setzen die Debatte fort. Ich rufe als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Christopher Vogt von der FDP-Fraktion auf.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass auf der linken Seite des Hauses eine gute Stimmung herrscht. Herr Hamerich, vielen Dank für die Vorbereitung. Zunächst möchte ich betonen, dass das **Bündnis für Ausbil-**

dung in Schleswig-Holstein ein Erfolgsmodell ist. Die **Ausbildungsbereitschaft** der Betriebe ist hoch, Herr Kollege Rother. Die Zahl der Ausbildungsplätze stieg in den letzten Jahren, und die große Mehrheit der Betriebe bildet in vorbildlicher Art und Weise junge Menschen aus. Ganz wichtig ist dabei, dass auch die große Mehrheit der Auszubildenden mit der Ausbildungssituation zufrieden ist. Das ist ein Erfolg für die Wirtschaft und für die Bündnispartner im Bündnis für Ausbildung insgesamt, den dieses Parlament anerkennen muss.

Es muss aber auch in unserem Interesse liegen, dass der unbestritten vorhandene **Verbesserungsbedarf** gesehen und angepackt wird. Das betrifft insbesondere - aber nicht ausschließlich - das **Hotel- und Gaststättengewerbe**, dem in unserer Wirtschaft im Gegensatz zu anderen Bundesländern eine besonders große Bedeutung zukommt. Hier ist der Anteil der Auszubildenden besonders hoch.

Es wurde eben schon angesprochen: Wir haben bereits im Dezember hier in diesem Haus über die Ergebnisse des **Ausbildungsreports der DGB-Jugend** und der **Landeschülervertretung der Beruflichen Schulen** debattiert. Jetzt müssen wir feststellen, dass die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage zumindest teilweise die Ergebnisse bestätigen. Gerade im **Hotel- und Gaststättengewerbe** ist das nicht überraschend, denn das ist eine **Branche**, in der generell viele **Überstunden** geleistet werden. Das **Lohnniveau** ist dort relativ niedrig. Natürlich sind die **Zustände**, die dort anscheinend in einigen Betrieben vorherrschen, nicht hinnehmbar. Auch die hohen **Abbruchquoten** müssen dem Hotel- und Gaststättengewerbe zu denken geben.

Ich glaube, die **Ursachen** hierfür - das war auch Teil des Ausbildungsreports - sind sehr vielschichtig. Es wurden oft persönliche Gründe angegeben, aber auch schlechtes betriebliches Klima in vielen Unternehmen und oft auch eine mangelnde Wissensvermittlung in der Ausbildung in einigen Betrieben. Das sind natürlich Probleme, die bei den Jugendlichen nachwirken. Ich will es an dieser Stelle wiederholen; ich habe es schon im Dezember gesagt: Wir können es uns nicht nur aufgrund des wachsenden **Fachkräftemangels** überhaupt nicht leisten, dass ein Teil unserer Jugendlichen schon völlig demotiviert in das Berufsleben startet und trotz begonnener Ausbildung keinen Berufsabschluss mehr erreicht.

Extrem viele Ausbildungsplätze sind heute - das haben auch die Antworten der Landesregierung gezeigt -, gerade im Hotel- und Gaststättengewerbe,

(Christopher Vogt)

schon unbesetzt. Das wird sich in den nächsten Jahren vermutlich verschärfen. Insofern bin ich der Meinung, müssen die Betriebe ein Interesse haben, dass die schwarzen Schafe erkannt und die Probleme angepackt werden. Ich glaube, so, wie ich das von Vertretern des **DEHOGA** gehört habe, ist das Interesse groß, dass man das in den nächsten Jahren beseitigt.

Meine Damen und Herren, die Politik sehe ich im Bereich der Ausbildung vor allem bei der **Rechtsaufsicht** über die Überwachung bei der **IHK**, bei der **Berufsorientierung**, also beim Übergang zwischen Schule und Berufsleben und auch bei der leider oft mangelnden **Ausbildungsreife** vieler Jugendlicher in der Pflicht. Das ist schon angeklungen.

Wir haben momentan rund 15 % eines Jahrgangs, die nach dem Schulabschluss oder auch ohne Schulabschluss als nicht geeignet für eine Ausbildung angesehen werden und dann in **Nachqualifizierungsmaßnahmen** stecken. Das ist natürlich kein Zustand, der haltbar ist. Insofern sind weiterhin große Anstrengungen notwendig, damit Jugendliche auf der einen Seite in der Lage sind, in der Ausbildung überhaupt die theoretische Prüfung zu bestehen, und auf der anderen Seite die notwendige Sozialkompetenz mitbringen, um eine Ausbildung zu absolvieren.

Meine Damen und Herren, in den nächsten Jahren kommen insofern gewaltige Herausforderungen auf unsere Wirtschaft zu, da es mittlerweile mehr Menschen gibt, die in den Ruhestand gehen, als Jugendliche, die in das Berufsleben starten. Die **Nachwuchslücke** wird auch deshalb größer, weil wir in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren noch profitiert haben von Bewerberinnen und Bewerbern aus allen Bundesländern, aber besonders aus Mecklenburg-Vorpommern. Das wird auch immer weniger. Jahr für Jahr kann man das sehen. Die **Bewerber aus anderen Bundesländern** werden immer weniger, weil natürlich auch dort ein großer demografischer Wandel in Gange ist. Insofern wird das Problem dadurch noch verschärft.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

- Vielleicht, weil sie schon alle hier sind, Herr Buder, kann sein.

Dennoch gab es vor ein paar Jahren noch 30.000 Jugendliche pro Jahrgang; jetzt sind es noch 10.000. Das ist also wirklich eine dramatische Entwicklung. Wenn man sich vor Augen führt, dass über 40 % der **arbeitslosen Menschen** in Schles-

wig-Holstein **keine Ausbildung** beziehungsweise keinen Ausbildungsabschluss haben, dann muss uns daran gelegen sein, alle Bemühungen zu verschärfen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich zum Antrag der SPD kommen, der die Zielsetzungen **des Bündnisses für Ausbildung** den geänderten Rahmenbedingungen, die wir hier besprochen haben, anpassen möchte. Das ist an sich löblich. Aber ich glaube, dass die Bündnispartner schon erkannt haben, dass sich die **Rahmenbedingungen** verändert haben. Insofern stimmen wir der Ausschussüberweisung zu, um dort den Antrag weiter zu beraten und vielleicht ein bisschen mehr Substanz hineinzubringen. Den Antrag der LINKEN werden wir ganz sicher ablehnen. Insofern bitte ich um Ausschussüberweisung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, haben Sie jetzt gerade Ausschussüberweisung für beide Anträge beantragt?

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist der Änderungsantrag zu dem Antrag!)

- Sie wollen beide beraten. So habe ich es auch verstanden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hamerich, wenn Leute Ihres Kalibers beim Bündnis für Ausbildung dabei wären, dann wäre ich anstelle des DGB auch ausgeschieden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bisher eine sehr differenzierte Debatte gehabt. Ich finde es schade, dass es da solche Ausreißer gibt.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir werden Sie daran erinnern!)

Minister de Jager, vielen Dank für Ihren Bericht.

„Jeder Jugendliche wird gebraucht! Wir müssen bereits heute an den Fachkräftenachwuchs von morgen denken!“, so war eine Pressemitteilung der Regionaldirektion Nord der Agentur für Arbeit vor einigen Tagen überschrieben.

(Ines Strehlau)

Ja, wir brauchen jeden Jugendlichen. Die **Wirtschaft** braucht sie als **Fachkräfte**, und die **Gesellschaft** braucht **Jugendliche**, die auf eigenen Beinen stehen und die ihr Einkommen selbst erarbeiten können. Und die Jugendlichen selbst müssen alle eine Perspektive haben, auch einen **Ausbildungsplatz** zu bekommen.

Die **Ausbildungsplatzsituation** für die Jugendlichen - wir haben es gehört - hat sich in der letzten Zeit verbessert. Aktuell stehen laut Agentur für Arbeit etwa 7.700 **unbesetzten Ausbildungsplätzen** circa 6.800 **unversorgte Bewerberinnen und Bewerber** gegenüber. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn die mehreren tausend Altbewerberinnen und -bewerber, die teilweise mehrere Jahre in berufsvorbereitenden Maßnahmen verbringen, fehlen bei diesen Zahlen. Um aber einen wirklichen Überblick über die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz zu bekommen, brauchen wir endlich eine **integrierte Ausbildungsstatistik**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Bündnis für Ausbildung** hat sich im Prinzip bewährt. Positiv ist, dass dort alle an der Ausbildung Beteiligten an einem Tisch sitzen, um möglichst viele Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu optimieren, um die Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu verbessern und um auch Teilzeitausbildungsplätze bei den Betrieben zur Verfügung zu stellen. Positiv ist auch, dass es in einigen Bereichen konkrete Konzepte gibt. So das **Handlungskonzept „Schule & Arbeitswelt“**, mit dem die Ausbildungsreife der Jugendlichen verbessert wird.

Was aber fehlt, ist ein **Gesamtkonzept**, wie allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann und wie sie gefördert werden, falls sie noch nicht ausbildungsreif sind. Da ist es mit dem „Bündnis für Ausbildung“ allein nicht getan. Wir müssen weg von den unkoordiniert nebeneinander stehenden Maßnahmen hin zu einem transparenten, qualifizierenden System. Hier müsste die Landesregierung handeln. Das **Hamburger Modell** bietet eine gute Basis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bündnis für Ausbildung ist in diesem Jahr noch nicht abgeschlossen. Da ist die Landesregierung, wenn ich mich recht erinnere, spät dran. Es wäre gut, im Bildungsausschuss zu hören, warum es für 2011 noch nicht abgeschlossen wurde.

Wichtig für uns Grüne ist, dass in der neuen Vereinbarung auch die **Misstände** aufgegriffen werden, die in der Großen Anfrage zur Ausbildungssituation im **Hotel- und Gaststättengewerbe** deutlich werden. Es gibt in dem Bereich dringenden Handlungsbedarf. Der wurde auch von vielen gesehen. Sogar der Minister hat es dieses Mal anders bewertet als im Dezember letzten Jahres.

Es gibt Handlungsbedarf. Die **Lösungsquote** der Ausbildungsverträge im Hotel- und Gaststättenbereich mit im Schnitt über 40 % ist enorm hoch. Nach dem Ausbildungsreport des DGB arbeiten über 60 % der Auszubildenden mehr als 40 Wochenstunden. Weniger als die Hälfte aller Auszubildenden bleibt nach der Ausbildung in diesem Bereich erwerbstätig.

Auch der **Jugendarbeitsschutz** ist teilweise ein Problem.

Zur Klarstellung: In diesem Bereich gibt es viele Betriebe, die ihre Ausbildungsverpflichtung sehr ernst nehmen und in denen die Auszubildenden an ihrem Arbeitsplatz zufrieden sind. Aber bei den vorliegenden Zahlen kann man nicht nur von einzelnen schwarzen Schafen sprechen, die die Branche in Misskredit bringen.

Es scheint notwendig, dass sich alle an einen Tisch setzen, um die **Situation** im Sinne der Jugendlichen und der Betriebe zu verbessern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der LINKEN)

Da scheint die Landesregierung aktiv geworden zu sein. Das begrüßen wir. Wir werden im Bildungsausschuss kritisch nachfragen, wie das vonstatten gegangen ist und ob zum Beispiel der DGB einbezogen wurde.

Mittelfristig brauchen wir aber einen **strukturellen Wechsel** beim **Übergang Schule/Beruf**, weg vom Dschungel der Maßnahmen und hin zum System. Wir Grünen werden am kommenden Wochenende auf dem grünen Landesparteitag dazu ein Konzept verabschieden. Viele Punkte unseres Konzepts sind im Antrag der LINKEN enthalten.

Da das Thema komplex ist, werden wir die weitere Beratung im Bildungs- und Wirtschaftsausschuss führen und freuen uns da auf die weiteren Beratungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Tourismus** ist für Schleswig-Holstein einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Dies gilt insbesondere für unsere Küstenregionen. Aus diesem Grund ist es richtig, dass wir uns mit der Problematik und der **Qualität der Ausbildungssituation** befassen. Wir können es uns nicht leisten, dass sich die Standards oder die Qualität in diesem Wirtschaftszweig verschlechtern. Dies hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Gästezahlen. Hier muss das **Hotel- und Gaststättengewerbe** verstehen, dass die Auszubildenden von heute die Fachkräfte von morgen sind.

Bereits im Dezember des letzten Jahres haben wir hier im Landtag über die Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe diskutiert. Anlass zu dieser Diskussion gab der **Ausbildungsreport des DGB**, und dieser dient auch als Grundlage für die umfangreiche vorliegende Große Anfrage. Die Antwort der Landesregierung vermittelt einen guten Überblick über die derzeitige **Situation im Hotel- und Gaststättengewerbe**. Unter anderem geht daraus hervor, dass es für Auflösungen von Arbeitsverträgen oder auch Ausbildungsverträgen vielfältige Ursachen gibt.

Hervorzuheben ist in diesem Fall, dass die Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung ergab, dass 70 % der **Vertragsauflösungen** auf eine schlechte betriebliche Sphäre zurückzuführen sind. Konflikte mit Ausbildern, Unzufriedenheit mit der Vermittlung von Ausbildungsinhalten und ungünstige Arbeitszeiten spielten dabei eine Rolle. Es ist aber nicht Aufgabe der Landesregierung oder des Landtags, dafür zu sorgen, dass die **betriebliche Sphäre** in Ordnung ist. Die Landesregierung kann zwar genau wie der Landtag für ordentliche Rahmenbedingungen sorgen, aber letztlich muss es im ureigensten Interesse der Betriebe sein, dass das Betriebsklima stimmt.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP - Unruhe)

Hier sind die **Kammern** und der **DEHOGA** gefordert, Konzepte zu erarbeiten, wie der negativen Entwicklung entgegengewirkt werden kann. Denn es hilft nichts, die Augen davor zu verschließen, wenn etwas in den eigenen Reihen schiefläuft.

Wie gesagt, das Land kann für entsprechende **Rahmenbedingungen** sorgen. Daher ist es zu begrüßen, dass die Landesregierung die Initiative ergriffen hat, die Zahl der jungen Menschen, die eine Ausbildung abbrechen, deutlich zu reduzieren. Hervorzuheben sind hierbei das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt und das Bündnis für Ausbildung.

(Anhaltende Unruhe)

Der SSW begrüßt diese Maßnahmen. Um junge Menschen in Ausbildung zu bekommen, müssen verschiedene Akteure auf unterschiedlichen Ebenen aktiv werden, um gemeinsam zum Ziel zu kommen, und das Ziel muss ganz klar heißen: Alle jungen Menschen sollen eine **Chance auf einen Ausbildungsplatz** haben.

Dabei hat die **duale Ausbildung** aus Sicht des SSW ganz klar Vorrang vor anderen Ausbildungsformen. Allerdings ist auch klar, dass die betriebliche Ausbildung durch zusätzliche Angebote ergänzt werden muss. Laut Statistik haben wir 7.000 freie Plätze, circa 6.500 „neue“ Bewerber, und wir haben 40.000 Altbewerber, die sich in Warteschleifen befinden. Es gilt, sich um die zu kümmern. Deswegen müssen wir neu denken. Da reicht die duale Ausbildung allein möglicherweise nicht mehr aus, sondern da müssen wir im Bündnis für Ausbildung möglicherweise neue Konzepte erarbeiten.

Das **Bündnis für Arbeit** darf aber nicht zum Schlagwort verkommen. Auch hier gilt, dass das **Konzept** fortgeschrieben und angepasst werden muss. Nur so kann die Erfolgsgeschichte der letzten 14 Jahre fortgesetzt werden. In der letzten Debatte hierzu hat sich der SSW zu diesem Thema bereits geäußert. Es ist erfreulich, dass im vorliegenden Antrag der SPD unsere Punkte aufgegriffen werden. Aus diesem Grund werden wir den Antrag der SPD natürlich unterstützen.

Wir würden es aber begrüßen, beide Themen, sowohl die Ausbildungsfrage an sich als auch die Frage Hotel- und Gaststättengewerbe, im Ausschuss zu vertiefen, zum einen, um zu erfahren, welche Bestrebungen es vonseiten des Hotel- und Gaststättengewerbes gibt, um die missliche Situation zu verbessern - hier liegt die eigentliche Verantwortung -, zum anderen, um mit den Bündnisakteuren zu sprechen, ob es zusätzliche Punkte gibt, um das Bündnis für Ausbildung weiterzuentwickeln.

Für uns ist es bei diesem **Bündnis** ganz wichtig, dass es nicht nur darum geht, von oben herab zu sagen, was geändert werden soll, oder dies politisch zu formulieren, sondern alle Akteure immer wieder

(Lars Harms)

an einen Tisch zu holen und zu gucken, wo etwas im Argen liegt, wo wir gemeinsam etwas verbessern können. Denn nur wenn wir in diesem Bereich gemeinsam etwas verbessern, wird es Früchte tragen. Wenn da jemand allein läuft, wird er Schiffbruch erleiden, und das wollen wir nicht. Wir wollen den möglichen Auszubildenden in Schleswig-Holstein einen Ausbildungsplatz verschaffen, und das geht nur, wenn wir gemeinsam weiter an einem Strang ziehen, wie wir es in den letzten 40 Jahren getan haben.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD - Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer den Antrag Drucksache 17/1516, den Änderungsantrag Drucksache 17/1548 sowie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 17/1241 federführend

dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so erfolgt. Ich weise darauf hin, dass die Antwort der Landesregierung den Ausschüssen zur abschließenden Beratung überwiesen wurde.

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, Tagesordnungspunkt 13 heute nicht mehr zu behandeln, sondern morgen in die Tagesordnung einzureihen. Damit sind wir für heute am Schluss der Sitzung. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Abend.

Die Tagung wird morgen früh um 10 Uhr fortgesetzt. Die Sitzung ist geschlossen. Auf Wiedersehen!

Schluss: 17:55 Uhr